



Editorial	<i>Peter Klasvagt (Dortmund)</i> Demokratie neu stärken Zu diesem Heft	2
Schwerpunktthema	<i>Wolfgang Thierse (Berlin)</i> Seriosität, Anstand, Respekt ... Der Ton macht die Musik? Zum Stil politischer Kommunikation in Zeiten von Globalisierung und Digitalisierung	3
	<i>Oliviero Angeli (Dresden)</i> Migration als Problem moderner Demokratien	9
	<i>Rolf Ahlrichs (Stuttgart)</i> Gegen die Gefährdungen der Demokratie Chancen einer partizipativen Demokratiebildung im Verein	15
	<i>Ute Scheub (Berlin)</i> Stärkung und Zukunft der Demokratie	22
	<i>Oliver Hidalgo (Regensburg)</i> Normativ-theoretische Dimensionen der Demokratie in Geschichte und Gegenwart Das Konzept der demokratischen Antinomien	30
Arts & ethics	<i>Matvey Slavin (Berlin/Kopenhagen)</i> „Nothing Beats A Nice Cup of Tea And The Breaking News!“	28
	<i>Johannes Frühbauer (Heidelberg)</i> „Vertrauen in die Demokratie stärken“ Notizen zum Gemeinsamen Wort der Kirchen	40
Abschied	Chefredakteur DDr. Richard Geisen im Ruhestand	42
Buchbesprechungen	Europa verkauft und verführt?	43
	Deutschland ist gerechter, als wir meinen	45
	Ethik der Menschenrechte	46
	Gut wirtschaften	47
	Grenzen – der Rechtsstaat und die Herausforderung Migration	48
	Medizin als Heilsversprechen	50
Umweltpolitik: global und gerecht	51	
Der Überblick	Summaries	54
	Résumés	55
	Bisherige Schwerpunktthemen und Vorschau	56
Impressum		U2



Peter Klasvogt

Über 400 Millionen Menschen waren vor kurzem aufgerufen, ein neues Europäisches Parlament zu wählen: aufgefordert, ihre Stimme abzugeben und so an der politischen Willensbildung und Entscheidungsfindung mitzuwirken. Wahlen sind die Grundpfeiler der repräsentativen freiheitlichen Demokratie, denn „alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ (GG, Art. 20).

Was so lapidar daherkommt, ist das Ergebnis eines jahrhundertlangen Ringens um Freiheits- und Partizipationsrechte. Umso erstaunlicher – und leider im Trend auch durch die Europawahlen bestätigt – mutet es an, dass sich in unseren Tagen Demokratiemüdigkeit breit macht, denn mittlerweile *„erweisen sich Wahlen [...] offenbar weniger als Mittel zur demokratischen Korrektur und Infragestellung der Politik denn als Gelegenheit, um aus der Demokratie selbst ‚abzuwandern‘.“*¹ Doch wie kann es in der westlichen Welt des 21. Jahrhunderts dazu kommen, dass sich ein Überdruß an der Demokratie breit macht? Allenthalben macht sich „Demokratiemüdigkeit“ breit (Arjun Appadurai). Die Gründe für die Abkehr von der Demokratie sind vielfältig wie umstritten: die zunehmende soziale Ungleichheit, ein tiefer Graben zwischen der politischen und wirtschaftlichen Elite und den Wählern, die Verunsicherung durch die unverstandene Komplexität der globalen, digitalen Welt, Zukunftsängste um den erreichten Wohlstand, der Mangel an Respekt in der Gesellschaft.

Populisten haben auf alle Probleme eine einfache Antwort. Demokratische Politik ist aber nicht einfach, und liberale Demokratie ist nicht selbstverständlich, so Wolfgang Thierse in diesem Heft. Zu ihrer Wiederbelebung

Demokratie neu stärken

formuliert er angesichts der gegenwärtigen Krise zehn Einsichten politischer Kommunikation, die sich auch als Regeln politischen Anstands lesen lassen. Die Beiträge von Ute Scheub und Rolf Ahlrichs plädieren anhand von konkreten Beispielen für eine partizipative Demokratiebildung. Zentral ist dabei die Erfahrung demokratischer Willensbildung in der Lebenswelt, um die Reduzierung demokratischer Beteiligung auf „Wahlen“ zu überwinden. Oliviero Angeli diskutiert den Streit um die Zuwanderung als neue Herausforderung nationalstaatlich geprägter Demokratien. Oliver Hildago zeigt in einer breit angelegten theoretischen Untersuchung auf, wie die inneren Spannungen normativer Widersprüche in der Demokratie, etwa der alte Streit um Freiheit oder Gleichheit, als spezifisches normatives Gerüst lebendiger Demokratie gedeutet werden können.

Alle Beiträge lesen sich auch als Kommentare zur aktuellen Krise der Demokratie. Gemeinsamer Ausgangspunkt ist allen der Einsatz für eine liberale, pluralistische, rechts- und sozialstaatliche Demokratie. Dass das Vertrauen in die Demokratie nicht selbstverständlich ist, betonen auch die beiden großen Kirchen in ihrem neuen Gemeinsamen Wort „Vertrauen in die Demokratie stärken“ (siehe dazu den Beitrag von Johannes Frühbauer). Sie fordern eine „demokratische Sittlichkeit“ ein – die faire Teilhabe, respektvolle Teilnahme und wechselseitige Verantwortung im demokratischen

Meinungsstreit –, um die Demokratie zu stärken und als Regierungsform der Freiheit zu erhalten.

Als Francis Fukuyama im Wendejahr 1989 mit seinem Essay „Das Ende der Geschichte“ den Fall des Eisernen Vorhangs als Höhepunkt der gesellschaftlichen Evolution bezeichnet hatte: den unumkehrbaren Weg hin zu einer weltumspannenden Demokratie, konnte sich keiner vorstellen, welche Faszination eine Generation später das Gegenmodell einer „illiberalen Demokratie“ ausüben würde. Mit seinem neuen Buch ist Fukuyama, so scheint es, in der „Gegenwart der Geschichte“ angekommen, in der ernstlich *„die weltweite Ausmusterung der liberalen Demokratie und ihre Ersetzung durch irgendeine Form des populistischen Autoritarismus“*² zu befürchten ist. Schon im Titel seines Buches deutet sich an, was Demokratietheoretikern vergangener Tage (und auch ihm selbst) möglicherweise entgangen ist: *„Identität. Wie der Verlust der Würde unsere Demokratie gefährdet“*. Der Versuch, die ökonomischen Faktoren mit den politischen Emotionen in Beziehung zu setzen, erscheint auf dem Hintergrund der globalen Dimension der Identitätsproblematik plausibel und eröffnet neue Handlungsperspektiven, denn Demokratien, auch historisch gewachsene, so zeigt sich, sind keine Selbstläufer, sondern sind je und je neu auf eine lebendige demokratische Kultur angewiesen, die das Bedürfnis nach Würde und Stolz befriedigen kann.

¹ Arjun Appadurai, in: Heinrich Geiselberger (Hg.), Die große Regression. Eine internationale Debatte über die geistige Situation unserer Zeit, Suhrkamp Verlag Berlin 2017, 27.

² Arjun Appadurai, Demokratiemüdigkeit, 17.



Seriosität, Anstand, Respekt ... Der Ton macht die Musik?

Zum Stil politischer Kommunikation in Zeiten
von Globalisierung und Digitalisierung

Das Vertrauen in die Demokratie und den sozialen Rechtsstaat schwindet auf alarmierende Weise. Gewohntes und Selbstverständliches löst sich angesichts von Globalisierung, Digitalisierung und Zuwanderung auf. Die Komplexität der Zukunft wirkt verunsichernd und ängstigend. Es wächst die Sehnsucht nach einfachen, autoritären Sicherheiten. Diese bedrohliche Krise verlangt die aktive Verteidigung der Demokratie. Dazu werden zehn zentrale Aspekte ihrer Stärkung benannt. Der folgende Text dokumentiert die Rede Wolfgang Thierses während des Kommendefestes im November 2018.



Wolfgang Thierse

Regen wir uns zu wenig auf oder zu viel – über Ausländerfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus und Demokratiefeindschaft – angesichts von Chemnitz, von Köthen, von Dortmund, von Kandel ...? Sind wir in falscher Dauerhysterie oder etwa zu lahm oder zu bequem, gar blind für die Gefährdungen unseres sozialen und kulturellen Friedens, unserer Demokratie?

Es gibt zahllose Äußerungen, Umfrageergebnisse und politologisch-soziologische Analysen, deren Befund heißt: Wir seien in einer Krise der repräsentativen Demokratie, in einer Vertrauenskrise der Volksparteien, in einer Wertekrise. Demokratieskepsis nähme zu, Politiker-Verdrossenheit sei ubiquitär. Ist es vor dem Hintergrund des grassierenden Krisendiskurses eine Übertreibung, dass man das Gefühl einer historischen Zäsur hat, wenn nach 60 Jahren eine Partei in den Deutschen Bundestag eingezogen ist und inzwischen auch in alle Landtage, die zwischen konservativ, rechtspopulistisch und rechtsextre-

mistisch changiert? Sind die Besorgnisse um unsere Demokratie und den inneren Zustand unserer Gesellschaft mal wieder gänzlich übertrieben, also alarmistisch? Oder eher nicht?

Beteuern doch alle, versichern wir es uns doch immer wieder wechselseitig: Die Demokratie in Deutschland ist nicht in Gefahr, wir leben in einem politisch besonders stabilen Land, es gibt keinen Anlass für Unruhe, Krisenstimmung oder gar Alarmismus. Das gelte trotz terroristischer Anschläge, trotz rechtsextremistischer Gewalt (die in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen hat), trotz des linksextremistischen Gewaltexzesses in Hamburg, trotz der Wahlergebnisse für die AfD und auch trotz des anhaltenden Krisendiskurses. Wir leben schließlich in einem wirtschaftlich erfolgreichen, wohlhabenden Land mit einer gefestigten, selbstverständlich gewordenen Demokratie, mit einem verlässlichen Rechtsstaat, einem einigermäßen gut funktionierenden Sozialstaat. Gewiss, gewiss.

Warum aber zeigen dann alle Stimmungsabfragen der letzten Jahre das gleiche zwiespältige Bild? Eine große Mehrheit der Deutschen meint, dass es ihnen gut gehe. Eine ebenso große Mehrheit aber äußert zugleich die Befürchtung, dass es nicht so bleiben, dass es uns nicht weiterhin und dauerhaft so gut gehen werde. Und dass der Wohlstand ungleich verteilt sei. Mit der positiven ökonomisch-sozialen Gegenwartsbeurteilung korrespondieren auf eigentümliche Weise eine starke Zukunftsunsicherheit und das Empfinden sozialer Ungerechtigkeit.

Für diesen Zwiespalt gibt es Gründe. Wir leben in einem reichen Land, aber der Reichtum ist höchst ungleich verteilt. Die Einkommensunterschiede, die Gegensätze zwischen reich und arm sind in den letzten 30 Jahren deutlich gewachsen – nicht nur, aber auch in unserem Land. Die soziale Spaltung hat zugenommen, die Armutsrisikoquote ist gestiegen. Das obere Zehntel der Bevölkerung besitzt 52 Prozent des Nettoprivatvermögens, die untere Hälfte

nur 1 Prozent. Das ist die Herausforderung: Starke Gerechtigkeitspolitik ist

notwendig – auch um der Zukunft unserer Demokratie willen.

Gründe und Fakten zur Krise der Demokratie

Das ist das Eine. Woher aber kommt die von so Vielen empfundene Zukunftsunsicherheit, worin gründen das vielfach artikulierte demokratische Krisenempfinden, die verbreiteten Zweifel und die hör- und sichtbare Distanz gegenüber dem demokratischen System bei nicht wenigen Menschen? Eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung hat zu dieser Situation den passenden Titel: „Gesplante Mitte. Feindselige Zustände“. Und gerade ist eine neue Leipziger Studie erschienen zur Zunahme von Polarisierung und Minderheitenfeindlichkeit in der deutschen Gesellschaft.

Wie sehr sich die Stimmung (und die Lage) verändert, ja verfinstert hat, verdeutlicht eine Erinnerung. Ein gutes Vierteljahrhundert ist das alles erst her: die friedliche Revolution, die Überwindung des Ost-West-Systemkonflikts, die Vereinigung Deutschlands und die Überwindung der Spaltung Europas. Welche Euphorie damals, welche Hoffnung auf ein goldenes Zeitalter des Friedens! Das Ende der Geschichte, der endgültige Sieg der Demokratie wurde von dem amerikanischen Politikwissenschaftler Francis Fukuyama verkündet. Welch ein Kontrast zur Gegenwart! Was ist inzwischen passiert? Ich vergegenwärtige holzschnittartig nur einige Fakten und Entwicklungen.

Wir haben in Deutschland und Europa in den vergangenen beiden Jahren erlebt, wie sich durch die Flüchtlingsbewegung die politische Tagesordnung und die gesellschaftliche Stimmung verändert haben. Es ist noch nicht wirklich absehbar, welche langfristigen Wirkungen die nun nicht mehr leugbare Tatsache haben wird, dass Deutschland ein Einwanderungsland geworden ist und eine Einwanderungsgesellschaft werden muss. Vermutlich werden diese Veränderungen folgenreicher sein als

die Wirkungen der Deutschen Wiedervereinigung. Die Flüchtlingsbewegung ist jedenfalls das tagespolitisch bei weitem umstrittenste Thema.

Sie ist aber selbst Teil eines umfassenderen Prozesses, den wir mit dem Schlagwort „Globalisierung“ bezeichnen. Gemeint sind damit Verschärfung der Konkurrenz, Entgrenzung der Welt und Beschleunigung der ökonomischen Entwicklung, der internationalen Arbeitsteilung, des wissenschaftlich und technischen Fortschritts, insgesamt eine rasante Dramatik vielfältiger Veränderungen.

Mit und seit der Finanzmarktkrise erleben wir die Rückseite der Globalisierung, vor allem eine Verschärfung sozialer Gegensätze, der Reichtums-Armut-Unterschiede, eben auch in Deutschland. Selbst das Weltwirtschaftsforum Davos, linker Gesinnung gewiss nicht verdächtig, beklagt die wachsende wirtschaftliche und soziale Ungleichheit als eine der großen Gefahren für die Welt.

Viele erleben die Globalisierung als Gefährdung, ja als Verlust des Primats demokratischer Politik gegenüber den Märkten, gegenüber finanzökonomischer Macht. Sie nehmen Politik wahr als atemloses Hinterherhetzen hinter finanzökonomischen Prozessen und Entscheidungen. Sie nehmen eine zunehmende Diskrepanz wahr zwischen dem Tempo und der Reichweite finanzökonomischer und technisch-wirtschaftlicher Prozesse und Entscheidungen einerseits und der Langsamkeit und (häufig) natio-

Die Wiederkehr alter Geister

Wir erleben – als fatale Folge all dessen – die Wiederkehr alter Geister – des Nationalismus, des Rassismus, der autoritären Politik. Was für eine Welt, die von Putin, Xi Jin Ping, Erdogan

nenalen Begrenztheit politisch-demokratischer Prozesse und Entscheidungen andererseits. Eine Wahrnehmung, die bei nicht wenigen Menschen Ungeduld und Unzufriedenheit erzeugt.

Ein Gefühl des Kontrollverlustes über das eigene Schicksal, die eigene Zukunft, breitet sich dramatisch aus. Abstiegsängste und Zukunftsunsicherheit nehmen gerade auch in den sozialen Mittelschichten zu. Zu den Verunsicherungsfaktoren zählen gewiss auch die unbewältigten ökologischen Probleme und auch der rasante und zugleich beunruhigende Fortschritt der Gentechnologie.

Abstiegsängste nehmen in den Mittelschichten zu

Diese Gefühlslage wird verstärkt durch den sich beschleunigenden Prozess der digitalen Transformation vor allem (aber nicht nur) der Arbeitswelt. Die weitere Entwicklung der Digitalisierung und ihre Konsequenzen sind noch nicht voll überschaubar, deren politische, rechtliche und soziale Gestaltung hinkt – erklärlicherweise – hinterher. Die Zukunft der Arbeit, also der Arbeitsbiografien ist fragil, ist unsicher.

Der islamistische Terrorismus, alte und neue, ungelöste und unlösbar erscheinende kriegerische Konflikte, die Schwäche der internationalen Organisationen (vor allem der UNO), die Krise der EU (der Brexit als Menetekel) runden das beunruhigende Bild ab. Das alles vermittelt den irritierenden Eindruck einer Weltunordnung. „Die Welt ist aus den Fugen“ hat Frank Walter Steinmeier treffend bemerkt, „Die Welt wird neu vermessen“ beschreibt die Situation nur wenig freundlicher.

beherrscht wird und nun von Donald Trump, der demokratische Wahlen gewonnen hat, mit Chauvinismus, Rassismus und Sexismus befeuert und nun eine unberechenbare Außenpolitik be-



treibt. Ein hetzerischer Spalter und notorischer Lügner: Die New York Times hat Trump 6.000 Lügen in den vergangenen zwei Jahren nachgewiesen.

Deshalb ist es keine Überraschung, wenn im „Angst-Index der Deutschen“ vom September 2018 sich folgende Reihung ergibt: Platz 1 – gefährlichere Welt durch Trump-Politik, Platz 2 – Überforderung durch Flüchtlinge, Platz 3 – Spannungen durch Zuzug von Ausländern, Platz 4 – Überforderung der Politiker, Platz 5 – Terrorismus, Platz 6 – EU-Schuldenkrise, Platz 7 – politischer Extremismus.

Das Vertrauen in die Demokratie ist geringer als in autoritäre Staaten

Noch mehr beunruhigt der „Democracy Perception Index 2018“, aus dem man im Sommer dieses Jahres erfahren konnte, dass das Vertrauen in die

Gefährdungen der Demokratie

Schauen wir ringsum: Die liberale, offene, pluralistische, rechtsstaatliche und sozialstaatliche Demokratie ist nicht die Regel, sie ist eher die Ausnahme. Sie ist ein zerbrechliches politisches System, sie erweist sich als gefährdet, selbst in Europa. Der Blick nach Polen, nach Ungarn, nach Russland, in die Türkei erinnert an eine beunruhigende historische Erfahrung: „Zur Abschaffung von Demokratie eignet sich nichts besser als Demokratie“, so hat Peter Sloterdijk zutreffend bemerkt. In dem Buch des amerikanischen Politikwissenschaftlers Levitsky „Wie Demokratien sterben“ findet sich die Beobachtung, dass heute Demokratien nicht durch Putsch zerstört werden, sondern auf demokratischem Wege, etwa durch Wahlen und ihre Folgen (exemplifiziert am Beispiel der USA, Ungarns und Polens).

Dass die Demokratie eben nicht mehr selbstverständlich, sondern gefährdet ist, fordert zu ihrer aktiven Ver-

Politik von Demokratien und demokratischen Regierungen geringer ist als in autoritäre Staaten. Das ist wirklich alarmierend.

Optimismus oder wenigstens Gelassenheit fallen gegenwärtig offensichtlich schwer. Im Gegenteil. Ein vertrauter, gefährlicher, angstgetriebener Mechanismus wird wieder sichtbar und wirksam: Je komplexer und bedrohlicher die Problemfülle erscheint, umso stärker das Bedürfnis nach den einfachen Antworten, umso stärker die Sehnsucht nach den schnellen Lösungen, ja nach Erlösung, nach der starken Autorität. (Wir kennen das aus unserer deutschen Geschichte.) Das ist die Stunde der Populisten, der großen und kleinen Vereinfacher und Schuldzuweiser und Verfeinder. Wir erleben sie in unserer Nachbarschaft: in Holland und Frankreich, in Ungarn und Polen, in Österreich und Italien, in den USA eben auch und ebenso in Deutschland mit der AfD.

teidigung heraus. Gerade auch in dem, was Krise der Parteiendemokratie, Vertrauenskrise der Volksparteien genannt wird. Gerade auch gegen das, was viele zu Recht als Vergröberung der kommunikativen Sitten erleben: Die Lügen halten Hof als „alternative Fakten“, die sozialen Medien werden immer mehr zu Echoräumen der eigenen Vorurteile,

Die Gefährdung der Demokratie fordert zu ihrer aktiven Verteidigung heraus

der Entladung von Hass und der Steigerung von Aggressivität.

Wir bemerken gegenwärtig, dass unser Land, dass die deutsche Gesellschaft sich insbesondere durch Migration verändert. Sich auf diese Veränderung einzulassen, ist offensichtlich eine anstrengende Herausforderung. Sie erzeugt Misstöne und Ressentiments und macht vielen (Einheimischen) Angst, vor

allem unübersehbar und unüberhörbar im östlichen Deutschland. Pegida ist dafür ein schlimmes Symptom, die Wahlerfolge der AfD sind ein anderes.

Vertrautes, Selbstverständliches, soziale Gewohnheiten und kulturelle Traditionen: Das alles wird in der Wahrnehmung vieler Menschen unsicher, scheint gar verloren zu gehen. Individuelle und kollektive Identitäten werden infrage gestellt – durch das Fremde und die Fremden die uns nahe gerückt sind, durch die Globalisierung, die offenen Grenzen, die Zuwanderer, die Flüchtlinge. Die Folge sind (wie ich das nenne) „Entheimungsängste“, die sich in der Mobilisierung von Vorurteilen, in Wut und aggressiven Protest ausdrücken und eben auch in Rassismus und Gewalt. Genau das ist unsere demokratische Herausforderung und die ist eine politische wie moralische Herausforderung: Dem rechtspopulistischen, rechtsextremistischen Trend, der sichtbar stärker und selbstbewusster geworden ist, zu begegnen, zu widersprechen, zu widerstehen. Die Wahlergebnisse der letzten Jahre sind Beunruhigung und Herausforderung genug.

Politiker sollten Sorgen und Ängste nicht abtun

Es gibt also in der gegenwärtigen Welt wirkliche Anlässe und Gründe für Besorgnisse und Ängste! (Ich habe einige Stichworte genannt). Man sollte diese Besorgnisse und Ängste nicht arrogant abtun, Politiker sollten das schon gar nicht. Denn es gibt ja (die beschriebenen) Anlässe und wirkliche, nicht nur eingebildete Gründe für Besorgnisse und Ängste. Das zu bestreiten wäre nicht nur (gefährliche) Naivität, sondern Realitätsverlust, die die Vorurteile gegenüber Politik und Politikern („denen da oben, die die Wirklichkeit nicht kennen“) bestätigen und die Ängste eher befördern als abbauen würden. Eine Vorlage geradezu für die Populisten à la AfD, die den Acker der Ängste eifrig bestellen, Ängste also be-



stärken, um sie politisch zu instrumentalisieren, sie ausbeuten zu können. So werden Ängste zu einem Machtfaktor, zu Ängsten, die ängstigen!

Aus Ängsten, aus Verunsicherung und Besorgnissen werden verfestigte Vorurteile, wird Feindlichkeit und Rassismus bis hin zur Gewalt. So bekommen Ängste demokratiegefährdende, ja zerstörerische Qualität. Wie also mit Ängsten umgehen?

„Angst treibt man nicht aus, indem man sie für dumm und grundlos erklärt“, schreibt der Journalist Herbert Prantl in der Süddeutschen Zeitung. Er hat Recht. „Ängste lassen sich nicht dementieren, Wut lässt sich nicht weg argumentieren“, lese ich in Melanie Amanns Buch „Angst für Deutschland – Die Wahrheit über die AfD“. Das entspricht meiner Erfahrung: Der Ver-

such, per Sach-Argument den mit ihrer Angst Argumentierenden beizukommen, scheitert meist. Gegebenenfalls werden die Fakten zu den Gefühlen passgerecht gemacht. Es gibt eben auch eine Art wütender Lust an der Angst, einer wütenden Lust, Opfer zu sein.

Weil diskursive Auseinandersetzung schnell an Grenzen kommt, ist trotzdem das Gegenteil nicht erlaubt, jedenfalls politisch nicht vernünftig: nämlich Anbiederung, Übernahme der Sprache der Angst, der Sprache der Populisten. Davor kann ich nur warnen, das bestätigt und stärkt diese nur! Vielmehr sollte es vor allem darum gehen, Lösungen für die Probleme zu finden, in denen die Auslöser für die Zukunftsangst stecken. Darüber gemeinsam zu streiten und gemeinsam zu handeln! Das ist der Weg.

mokratie, der Faszination plebiszitärer Demokratie auszuliefern. Mehr Teilhabemöglichkeiten, ja. Aber die repräsentative Demokratie ist und bleibt das stabilere System und dient dem Gemeinwohl besser, weil sie auch die Mehrheit einem Verständigungs- bzw. Aushandlungsgebot mit der Minderheit im parlamentarischen Prozess unterwirft, also Mehrheit und Minderheit in den diskursiven Prozess zwingt. (Wir sollten übrigens auch den Verheißungen einer Internetdemokratie misstrauen – aber da ist wohl inzwischen Ernüchterung eingetreten.)

4. Streit und zwar friedlicher Streit nach Regeln der Fairness ist ein wesentliches Element der Demokratie. Sie ist eben eine diskursive Herrschaftsform. Genau als solche gilt es sie zu verteidigen – gegen das populäre Missverständnis, Demokratie sei einfach Volksherrschaft, Herrschaft der Mehrheit (dieses Missverständnis begründet illiberale Demokratie). Es gibt keine Demokratie ohne Rechtsstaat und ohne Minderheitenrechte. Das Volk pflegt ja immer im Plural aufzutreten, nicht im Singular. Er ist eine Vielheit, das wusste schon Aristoteles. Die Art, wie wir Meinungsverschiedenheiten und Interessenskonflikte austragen, macht die Qualität der politischen Kultur aus: Der diskursive Entscheidungsweg ist es, der die Legitimität getroffener Entscheidungen begründet. Mäßigung, Kompromiss, Konsenssuche als notwendige Elemente demokratischer Kultur sind immer wieder neu zu verteidigen gegen die autoritären Versuchungen. Wir sollten auf der Würde des demokratischen Kompromisses bestehen (und ihn nicht immerfort als „schäbigen Kompromiss“ denunzieren).

5. In unserer Demokratie sind und bleiben die Parteien die besonders wichtigen Akteure des diskursiven politischen Prozesses: Sie zu verachten, heißt demokratische Politik zu verachten. Die Parteien sind zugleich Teil der Zivilgesellschaft und Brücke in das notwendige

Zehn Aspekte zur Verteidigung der Demokratie

Lassen Sie mich in zehn Punkten formulieren, was ich für besonders dringlich halte, um unsere Demokratie in umkämpften Krisenzeiten zu verteidigen und zu stärken.

1. Die Politiker (also Parlamente wie Regierungen) sollen selbstverständlich ihre Pflicht tun, also an der schrittweisen Lösung der ängstigenden Probleme arbeiten. Ich betone schrittweise, weil es in der Demokratie nicht schneller geht. Demokratische Politik kann (und darf) Erlösungsbedürfnisse nicht befriedigen. Die wirkliche Politik ist auch keine Talkshow, in denen es um die schnelle und treffende Pointe geht. Die wirkliche Politik ist schweißtreibend und langsam und immer auf der Suche nach möglichst gelingenden und überzeugenden Konsensen oder Kompromissen. Ich lobe die Langsamkeit demokratischer Politik, weil diese erst ermöglicht, dass sich an ihren Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozessen möglichst viele beteiligen können, wenn sie es denn wollen. Aber das verlangt leider so-

wohl Engagement, wie auch Ausdauer und Geduld.

2. Politiker sollen ihre Arbeit, also ihre Ziele, die Alternativen, die Strategien, Instrumente und Schritte von deren Verwirklichung in einer verständlichen und einladenden Sprache erklären, also auch erklärend debattieren. Das schlimmste Wort für die politische Kommunikation der letzten Jahre war das Wörtchen „alternativlos“! Politiker müssen sichtbare kommunikative Anstrengungen unternehmen, der sich immer wieder einstellenden Tendenz zur Selbstbezüglichkeit der politischen „Klasse“ zu begegnen und zu widerstehen. Und die Medien, die Journalisten, die ja selbst Teil der politischen Klasse sind, müssen dabei helfen.

3. Wir sollten alle Formen der Öffnung der Politik, der Partizipationsmöglichkeiten, der Teilhabe an politischer Meinungsbildung und Entscheidung nutzen und wenn möglich erweitern. Dies allerdings in einer Weise ohne uns allzu sehr den Suggestionen direkter De-

 Die Parteien sind zugleich Teil der Zivilgesellschaft und Brücke in das notwendige politische Regierungshandeln.

ge politische Regierungshandeln. Wenn ich die Rolle der Parteien betone, will ich damit nicht einen Ausschließlichkeitsanspruch erheben und nicht sagen, dass soziale Bewegungen zu missachten seien. Im Gegenteil: Bürgerschaftliches Engagement ist so viel wie möglich zu fördern und zu unterstützen. Gerade auch Parteien sollten ein Interesse daran haben, dass es vielfältige Möglichkeiten der Erfahrung von politischer Selbstwirksamkeit gibt. Aber ich bin zutiefst misstrauisch gegenüber jedem Versuch, politische Bewegungen an die Stelle der Parteien zu setzen.

6. Was ist zu tun gegen den drastischen Vertrauensverlust von demokratischen Institutionen, von Parteien, von „Eliten“? Dafür gibt es kein Patentrezept. Natürlich gehört die eigene überzeugende Arbeit an den Problemlösungen an die erste Stelle der Antworten auf diese Frage. Aber Problemlösungen bleiben ja immer langsam und enttäuschen unweigerlich die heftigen Sehnsüchte und Erwartungen. Sie sind nicht selten durchaus autoritärer Art. („Die da oben, die im Westen ...“) Deshalb müssen autoritäre Denkmuster und Einstellungen selbst zum Gegenstand der Demokratiedebatte werden und deren Überwindung ist auch Aufgabe von Demokratieerziehung.

An die Stelle von Personalisierung und Skandalisierung der – gewiss Ungeduld erzeugenden und oft mühseligen – Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse in der Demokratie, sollte in den Medien deren Übersetzung ins Verständliche und Nachvollziehbare treten. Ein frommer Wunsch?

7. Eine entscheidende Zukunftsaufgabe ist die Neuausrichtung des Internets: Es muss aus einem Echoraum der eige-

nen Vorurteile, aus einer Sphäre, in der sich Aggressivität und Hass entladen, zu einem Raum der Demokratie werden. Demokratie aber gibt es nicht ohne Sichtbarkeit und ohne persönliche Verantwortungsbereitschaft. Genau dafür brauchen wir Regeln! Die gibt es aber bisher nicht, weshalb das Internet bisher auch nicht zu einem Raum der Demokratie geworden ist.

 Demokratie gibt es nicht ohne persönliche Verantwortungsbereitschaft

8. Gelingende Demokratie in einer pluralistischen Gesellschaft verlangt nach einem Fundament von Gemeinsamkeiten, nach einer gemeinsamen Antwort auf die Frage nach ihrer politischen Identität. Um der Zukunft der Demokratie willen müssen wir uns immer wieder neu des ethischen und kulturellen Fundaments der Demokratie als Lebensform der Freiheit vergewissern. Gerade in umkämpften Zeiten, in zersplitterter Kommunikation, angesichts von zunehmender sozialer, kultureller und weltanschaulicher Heterogenität haben wir nach dem „Wir“ der politischen Gemeinschaft zu fragen: Wie möchten wir leben? „Als Freie und Gleiche in einem offenen, demokratischen Gemeinwesen oder in einem eher geschlossenen autoritären System?“ (Andreas Voßkuhle).

9. Die Stärkung der Demokratie ist deshalb wesentlich auch eine kulturelle Aufgabe. Eine pluralistische und zunehmend heterogener werdende Gesellschaft ist geprägt durch Wert- und Identitäts-Konflikte, also durch Kulturkonflikte. Damit haben wir weniger (positive) Erfahrungen als mit der Austragung von (sozialökonomischen) Interessenskonflikten. In welcher Sprache tragen wir sie zwischen falschem Korrektheitskorsett einerseits und der Sprache der Ausschließung, der Aggressivität, des Hasses andererseits aus? Wie ermöglichen wir die Erfah-

rung des Gehörtwerdens (und überwinden das Gefühl, „die da oben wissen nichts von uns, die verstehen uns nicht ...“)? Das Schließen der sogenannten Repräsentationslücke darf ja nicht heißen, dass Hass und Aggressivität, dass Rassismus und Antisemitismus nun auch im Parlament stattzufinden hätten!

10. Genau das passiert aber nun: Missstimmung, Wut, Verachtung, Hass – das alles hat nach den Landtags- und Bundestagswahlen seinen Weg in die Parlamente gefunden. Es wird unüberhörbar jetzt auch im Deutschen Bundestag ausgedrückt. Der bisherige parlamentarische Common sense ist durch die AfD aufgekündigt. Wer anfangs wie manch journalistischer Kommentator meinte, erwarten zu dürfen, dass durch den Einzug der AfD die Bundestagsdebatten lebendiger würden, der sollte inzwischen belehrt sein durch deren Auftritte. Hass und Hetze sind keine Lebendigkeit! Gezielte Provokationen befördern nicht die argumentative Debatte – so wenig wie Fouls ein Fußballspiel wirklich bereichern. Mit absichtsvollen rhetorischen Tabuverletzungen und politisch-moralischen Grenzüberschreitungen verschieben die AfD-Parlamentarier Sitzungswoche für Sitzungswoche das, „was man doch noch mal sagen darf“. Wir, die Bürgerinnen und Bürger, sollten genau hinzuhören und hinschauen, was die AfD innerhalb und außerhalb der Parlamente sagt und tut. Welche Sprache sie spricht. Und wir sollten deren „framing“ erkennen, die sprachliche Strategie durchschauen lernen.

 Der bisherige parlamentarische Common sense ist durch die AfD aufgekündigt

Aber über diese Partei hinaus gilt: In einem nervösen Land hat prägende Kraft und Wirkung nicht nur das, was Politiker sagen, sondern auch wie sie es tun. Der Ton macht auch hier die Mu-



sik. Begriffe wie „Asylgehalt“, „Asyltouristen“, „Antiabschiebe-Industrie“, sind eben nicht von nüchterner und sachlich-argumentativer Qualität, sondern sind vergiftete Begriffe von durchaus demagogischer Art. Die Absicht ihrer Verwendung ist durchschaubar, ihre Wirkung allerdings ist höchst problematisch: Das Kopieren von AfD-Parolen macht die Rechtspopulisten und Rechtsextremisten nicht etwa kleiner, sondern größer.

Zum Schluss

Demokratie ist Streit, ist Debatte. Sie wird schwieriger angesichts von Rechtspopulisten und Extremisten in den Parlamenten und angesichts der aggressiven Stimmung im Alltag. Wie gelingt ein demokratischer Diskurs in solchen Zeiten und mit wütenden Bürgern und rechtspopulistischen Ideologen? Es geht darum, die richti-

ge Mischung zu finden zwischen Verstehens-Orientierung und Konfrontationsbereitschaft. Beschimpfungen und Stigmatisierungen helfen nicht. Das Gespräch zu suchen, ist übrigens nicht nur Aufgabe von Politikern, sondern es ist Bürgeraufgabe. Als Demokraten sollten wir immer wieder neu versuchen, „Hermeneuten der Wut“ (Bernhard Pörksen) zu werden. Je konkreter, je faktenbezogener, je versachlichender das Streitgespräch, die Problembe-sprechung ist, umso besser! Dauerempörung über die Anderen ist hilflos. Besser ist der Versuch, falsche Behauptungen sachlich richtig zu stellen, ideologische Motivationen und Absichten sichtbar zu machen. Aber gelegentlich hilft auch nur die Bereitschaft zum unterschiedenen Widerspruch.

Wir sollten auf Unterscheidungen achten: Angst und Hass sind sehr verschiedene Emotionen, Angst überwindet man nicht durch Schulterklopfen oder Beschimpfungen, sondern

KURZBIOGRAPHIE
Dr. Wolfgang Thierse, war von 1998–2005 Präsident, von 2005–2013 Vizepräsident des Deutschen Bundestages. Der SPD-Politiker gehörte dem Deutschen Bundestag von 1990–2013 an. Zahlreiche politische Ämter, u. a. viele Jahre Vorsitzender der SPD-Grundwertekommission.
Weiteres zur Person und Veröffentlichungen: www.thierse.de.

durch Aufklärung, durch Gespräch, durch Begegnung, durch gemeinsames Handeln. Hass (gegen Fremde, gegen Ausländer, gegen Juden, gegen Demokraten) haben wir offensiv und selbstbewusst zu begegnen und zu widersprechen. Die Artikulation von Besorgnissen ist etwas gänzlich anderes als Hetze. Wir sollten in jedem Fall auf solche Unterscheidungen achten und danach handeln.



Migration als Problem moderner Demokratien



In den Kontroversen um die „Flüchtlingskrise“ wird Migration als eine neue Herausforderung wahrgenommen. Hinter dem aktuellen Phänomen der Migration liegt aber eine lange Entwicklungsgeschichte territorial bestimmter, demokratischer Nationalstaaten und deren Wohlfahrtspolitik, die Migration zum „Problem“ haben werden lassen. Aktuell ist dagegen die starke politische Polarisierung zwischen traditionellen und liberalen Vorstellungen von Gesellschaft, die im Streit, wer zum „Volk“ (nicht) dazugehört, sichtbar geworden ist. Dabei ist das deutlich hervortretende Spannungsverhältnis zwischen Migration und Demokratie nicht einseitig aufzulösen. Moderne Demokratien müssen mit der Pluralität und Konkurrenz politischer Ansichten über kontroverse Themen wie Migration nicht nur leben – sie sollten den Streit um Wahrheit und Richtigkeit offen austragen.



Oliviero Angeli

Migration als Problem

Migration ist in vielen Ländern Europas ein kontrovers diskutiertes Thema. Erhebungen des Eurobarometers zeigen, dass das Thema Migration spätestens seit der ‚Flüchtlingskrise‘ konstant zu den dringlichsten Sorgen der europäischen Bevölkerungen gehört. Dabei sind Flucht und Migration gewiss keine Phänomene des 21. Jahrhunderts.

Menschen sind seit jeher quer durch europäische Länder gewandert, ob freiwillig oder aus der Not heraus. Migration ist ein fester Bestandteil der europäischen Geschichte:

 Menschen sind seit jeher quer durch Europa gewandert

Die Mauren zogen nach Spanien, die Normannen nach England und die Hugenotten nach Deutschland und auch das 20. Jahrhundert kennt viele Beispiele von gewünschter und benötigter (Arbeits-)Migration. Warum also spaltet das Thema Migration heute

so sehr? Natürlich tragen Rechte und Populisten eine Verantwortung für die aufgeheizte Stimmung. Sie haben in den letzten Jahren gezielt Ängste vor Masseneinwanderungen und den angeblich damit verbundenen sozialen und kulturellen Kosten geschürt. Den Fokus allein auf Rechte und Populisten zu legen, wäre allerdings zu kurz gegriffen. Denn in Teilen der Bevölkerung waren Sorgen und Bedenken über das Thema Migration schon vor 2015

Territoriale Grenzen

„Wir können es nicht zulassen, dass all diese Leute in unser Land einmarschieren“, schrieb der US-amerikanische Präsident Trump 2019 auf Twitter. Mit „Leute“ sind Einwanderer aus Mexiko und anderen lateinamerikanischen Ländern gemeint. Trumps Aussage richtet sich gegen diese Einwanderer und verweist zugleich auf eine in Anspruch genommene Selbstverständlichkeit, nämlich, dass Staaten

vorhanden – sprich bevor Parteien, wie die AfD, sie gezielt instrumentalisierten. Die (oftmals negative) Wahrnehmung von Migration ist aber nicht aus dem Nichts entstanden ist. Ihr geht eine lange Entwicklung voraus, genauer: eine sich über Jahrhunderte fortsetzende Entwicklung von Migration hin zum *Problemphenomen*. Vier Entwicklungsphasen dieser zunehmenden Problematisierung von Migration lassen sich rückblickend gut nachzeichnen:

den Zutritt in das eigene Territorium verwehren können. Dabei wird Territorium implizit in den Kategorien des Privateigentums gedacht: Wie Eigentümer bestimmen, wer Zutritt zu ihrem Land erhalten soll, so entscheiden allein die Bürgerinnen und Bürger, wer in ihr Land einwandern bzw. sich dort niederlassen kann, wobei dieses Recht – ähnlich wie das Eigentumsrecht – in gewisser Weise vererbbar ist. In der An-

tike und im Mittelalter wäre diese privatrechtliche Auslegung der Zutrittskontrolle noch weitestgehend unvorstellbar gewesen (Spruyt 1994). Mittelalterliche Königreiche und Fürstentümer waren territorial nicht klar eingegrenzt und für Wanderer relativ durchlässig. Erst mit der Entstehung des westfälischen Staatensystems gehört die Kontrolle der Einhaltung nationaler Grenzen zu den Kernaufgaben der Staaten (Grewe 1984: 87–90). Umgesetzt wurden diese Kontrollen aber erst im frühen 20. Jahrhundert.

Zu den Verlierern dieser Entwicklung gehören ganz klar Migranten und vor al-



Verlierer der neuen Grenzkontrollen sind Migranten und Flüchtlinge

lem Flüchtlinge. Denn mit der Territorialisierung staatlicher Macht geht einher, dass sich Menschen in zwei Klassen unterscheiden, den Besitzenden (eines Territoriums) und den Nichtbesitzenden – wobei letztere die Erlaubnis zum Zutritt erhalten müssen. Tun sie dies nicht, so werden sie als Eindringlinge wahrgenommen und behandelt – ein Schicksal, das heute vor allem ‚illegale‘ bzw. irreguläre Migranten ereilt.

Die neue Unterscheidung von Einheimischen und Fremden

Zur Geschichte moderner Staatlichkeit gehört auch die Entstehung und Etablierung von Nationalstaaten. Mit ihr gewann eine weitere Unterscheidung an Bedeutung, nämlich die zwischen Einheimischen und Fremden. Es ist freilich nicht so, dass Migranten vor der Entstehung der Nationalstaaten nie als Fremde wahrgenommen wurden¹. Allerdings wurde ihr Fremdsein zumeist über Merkmale wie Religion bzw. Sprache definiert. Will heißen: Wer sich in einem anderen Land niedergelassen hatte, war nicht *per se* ein Fremder. Zur generellen Verknüpfung von Migration und Fremdheit trägt die Entstehung territorial geschlossener Nationalstaaten bei. Diese werden implizit oder explizit als homogene Sozialräume mit möglichst einheitlicher Sprache, Religion, Kultur oder Ethnie gedacht. Wer von außen kommt – also Zuwande-

rer und Flüchtlinge – wird fast zwangsläufig als potentielle Herausforderung für die als homogen imaginierte Nationalgesellschaft wahrgenommen. Für Zuwanderer und Flüchtlinge hat diese Entwicklung erhebliche Konsequenzen. Migration wird zunehmend auf die Frage hin untersucht, ob sich Migranten als Träger fremder Kulturen in die Aufnahmegesellschaft integrieren lassen (Favell 2007). Dieses Verständnis von Migration als gesellschaftliche Herausforderung trägt zu Praktiken der Ausgrenzung und Diskriminierung bei. Ordnungspolitisch läuft es auf integrationspolitische Maßnahmen hinaus, die auf eine graduelle Anpassung oder gar Assimilation der Neuankömmlinge abzielen. Doch auch der Ausschluss bzw. Ausweisung von Migranten wird oftmals mit Verweis auf vermeintliche Integrationsprobleme begründet.

Sozialstaatliche Kosten der Migration

Rechtspopulisten betonen in der Regel nicht nur die kulturellen Kosten der Migration. Migration koste dem Aufnahmestaat auch viel Geld, heißt es oft. Ganz unrichtig ist die Behauptung indes nicht. Tatsächlich erwerben Einwanderer in Europa mit zunehmen-

der Dauer ihres Aufenthaltes Rechtsansprüche auf wohlfahrtsstaatliche Leistungen. Rechtspopulisten spielen damit auf etwas an, was erst seit der Etablierung sozialstaatlicher Strukturen und Vorgaben überhaupt denkbar ist. Davor waren Neuankömmlinge nicht mit

positiven Rechten (d.h. Rechten darauf, bestimmte Güter oder Dienstleistungen zu erhalten) ausgestattet, die sie gegenüber der einheimischen Bevölkerung geltend machen konnten. Wer sich in einem fremden Land niederließ, war froh, wenn ihm nicht feindselig begegnet wurde (und damit war vor allem Schutz vor religiöser Verfolgung gemeint).

Haben Zuwanderer also von der Entstehung der Sozialstaaten profitiert? Nicht unbedingt. Die sozialstaatlichen Kosten der Migration werden oft als Grund für eine restriktive Einwanderungspolitik angeführt. Denn das Gefühl, Migration koste zu viel, findet in breiten Teilen der Bevölkerung Anklang – nicht nur in traditionellen Wohlfahrtsstaaten. Laut Eurobarometer sehen viele Europäer die Auswirkungen von Migration auf die Sozialsysteme kritisch (Europäische Kommission: 2018). Manche halten Migration und Sozialstaat sogar für inkompatibel. Demnach ist Sozialstaatlichkeit nicht für Einwanderungsgesellschaften bzw. Gesellschaften mit hoher Einwanderungsrate ausgelegt². Schließlich sind Einwanderer oftmals überproportional häufig auf staatliche Unterstützung angewiesen und konkurrieren damit um das knappe Gut der sozialstaatlichen Unterstützung mit den sozial benachteiligten, einheimischen Gesellschaftsschichten.



Für die meisten Ökonomen ist Migration eher Segen denn Fluch

Unter Ökonomen ist diese Sichtweise überaus umstritten. Für die meisten von ihnen ist Migration eher Segen denn Fluch – vor allem für die

¹ So kann der lateinische Begriff „peregrius“ beispielsweise gleichbedeutend für einen „Fremden“ bzw. „Ausländer“ oder für einen Migranten bzw. Pilger verwendet werden.

² So zum Beispiel Milton Friedman: „It’s just obvious you can’t have free immigration and a welfare state“ (Friedman 1997).



heimische Wirtschaft. In den öffentlichen Debatten und in den Medien überwiegt dennoch das Gefühl der Überforderung – und dieses wird durch die Rede vom „Asylmissbrauch“ bzw. von der „Einwanderung in die Sozialsysteme“ zusätzlich befeuert.

Diese drei Entwicklungsphasen der Migration lesen sich wie eine Verfallsgeschichte bzw. als Abstieg vom Ideal der mehr oder weniger ungehinderten Bewegungsfreiheit in die heutige Realität des staatlichen Monopols auf die legitimen Mittel der Mobilität. Für sich genommen sind sie jedoch nicht unbedingt negativ zu beurteilen. Das Prinzip staatlicher Territorialität zum Beispiel hatte schon immer zwei Seiten, nach außen (z.B. gegenüber Zuwanderern) exklusiv und nach innen inklusiv. Denn Territorien sind Bezugsgrößen für die Zuteilung von Rechten. In modernen Territorialstaaten sind alle, die auf Dauer im gleichen Territorium

ansässig sind, vom Prinzip her rechtlich gleichzustellen. Dient das Territorium als Bezugsgröße für die Zuteilung von Rechten, so treten andere, zumeist askriptive Zuteilungskriterien (wie Hautfarbe, Alter oder soziale Herkunft) in den Hintergrund oder werden gar abgelöst. Auch das Aufkommen der Nationalstaaten hat nicht nur einen Nationalismus hervorgebracht, der Kriege anzettelt und wenig Raum für gesellschaftliche Diversität lässt. Laut Jürgen Habermas hat der Aufbau moderner Demokratien die Nation als Idee von gesinnungsbildender Kraft benötigt, die stärker als Volkssouveränität und Menschenrechte an Herz und Gemüt appelliert (Habermas 1996: 136).

Auch die vierte Entwicklungsphase der Migration – die Demokratisierung –, die ich nun eingehender betrachten möchte, wirft sowohl Licht als auch Schatten auf die Wahrnehmung von Migration.

europäische Demokratien in doppelter Weise durch Migration herausgefordert werden:

Der Streit um die Zugehörigkeit

Die erste Herausforderung betrifft die Grenzen demokratischer Zugehörigkeit. Diese sind solange unsichtbar und letztlich unbedeutend, bis an ihnen gerüttelt wird. Und genau das tut Migration. Im Zuge von Migration und zunehmender Pluralisierung europäischer Gesellschaften wird die Frage nach dem ‚Wir‘ bzw. dem *Demos* selbst zum Gegenstand demokratischer Selbstverständigung. Wer gehört eigentlich zum Volk? Diese Frage lässt sich nicht selbst demokratisch klären, da dies wiederum eine Klärung der Zugehörigkeit zum Volk voraussetzt. Rechte und Rechtspopulisten konstruieren ein homogenes Volk mittels vertikaler sowie horizontaler Unterscheidungen – als „wir gegen die da oben“ und als „wir gegen die da draußen“. Letzteres ist vor allem gegen Zuwanderer und Flüchtlinge gerichtet, die als das Andere/Fremde wahrgenommen und entsprechend dargestellt werden. Zugehörigkeit zum *Demos* wird im Liberalismus dagegen eher über Kriterien der Betroffenheit bzw. des Betroffenen-Seins definiert. Der Kerngedanke dabei: Jeder Mensch, der dem Gesetz unterworfen ist, muss es mitbeschließen können, damit seine Freiheit gewahrt bleibt. Laut Michael Walzer kann kein demokratischer Staat die Etablierung dauerhafter Statusunterschiede zwischen Bürgern und Ausländern zulassen. „Die in ihm lebenden Personen sind der Autorität dieses Staates entweder unterworfen, oder sie sind es nicht; wenn sie ihr unterworfen sind, dann müssen sie bei dem, was ihre Obrigkeit tut, ein Mitspracherecht und letztlich sogar ein gleiches Mitspracherecht haben“ (Walzer 1992: 105).

Praktisch bedeutet dies, dass sich die Migrations- und Integrationspoli-

Migration als Politikum

Eine wichtige Voraussetzung für die Politisierung und Problematisierung des Themas Migration stellt die Verbreitung bzw. Vermehrung moderner, parlamentarischer Demokratien im 19. Jahrhundert dar.

Früher taugte Migrationspolitik nicht zum politischen Aufreger

Dabei ist der politische Stellenwert der Migrationspolitik zunächst gering. Anfang des 20. Jahrhundert haben nur wenige Staaten Politiken und Mechanismen der Migrationskontrolle etabliert. Migrationspolitik taugte nicht zum politischen Aufreger. Eine Ausnahme stellen u. a. die Vereinigten Staaten dar, die schon im Jahr 1882 das „Gesetz zum Ausschluss der Chinesen“ (*Chinese Exclusion Act*) erließen, um die Zuwanderung chinesischer Migranten einzudämmen. Der Verabschiedung des Gesetzes waren politi-

sche Auseinandersetzungen zwischen Befürwortern und Gegnern einer liberalen Einwanderungspolitik vorausgegangen, wobei sich letztere auch fremdenfeindlicher Argumente bedienten. In Europa rückt das Thema Migration erst in der Nachkriegszeit und insbesondere ab den 60er Jahren in den Vordergrund politischer Debatten und wird zunehmend zum Politikum. Vor allem rechte Parteien entdecken das Thema für sich. Im Westeuropa gilt ‚rechts sein‘ inzwischen fast als synonym für Einwanderungskepsis bzw. -feindlichkeit.

Die Geschichte der Migration im Westen ist damit eine Geschichte der Institutionalisierung von Migrationspolitik und der gleichzeitigen Etablierung von Migration als Gegenstand kontroverser, politischer Auseinandersetzungen. Doch warum ist das so? Warum beherrscht das Thema Migration so oft die demokratische Auseinandersetzung? Meine These ist, dass



tik nicht nur an den legitimen Interessen der Aufnahmegesellschaft ausrichten darf. Sie muss auch auf die legitimen Bedürfnisse und Interessen der Zuwanderer eingehen (vgl. Abizadeh 2008: 26). Doch genau darin liegt ein Problem: Impliziert dieses Verständnis demokratischer Inklusion auch, dass Migranten über Einwanderungsbeschränkungen mitbestimmen können? Dies würde auf eine Kritik an der Existenz staatlicher Grenzen hinauslaufen. Denn wer würde schon Einwande-



Liberaler Politik muss auf die Bedürfnisse der Zuwanderer eingehen

rungs- bzw. Integrationsgesetzen zustimmen, die ihn oder sie (potentiell) ausschließen? Dabei kann es nicht der Sinn demokratischer Inklusionsprinzipien sein, staatliche Ausschlusskriterien grundsätzlich in Frage zu stellen. Inklusion setzt schließlich Grenzen voraus, auch wenn diese nicht undurchlässig sein müssen.

rialistischen und insbesondere identitätspolitischen Themen. Begonnen hat es in den 1970er und 1980er Jahre als linke und insbesondere grüne Parteien in Westeuropa verstärkt benachteiligte oder wenig berücksichtigte „Identitäten“ vertraten: von Frauen, sexuellen Minderheiten und eben ethnischen Minderheiten⁴. Das erschloss zwar den linken Parteien neue Wählerpotenziale, sorgte aber zugleich für die zunehmende Entfremdung anderer Bevölkerungsschichten, die an einem traditionelleren Gesellschaftsverständnis festhielten. Von diesen „entfremdeten“ Wählerschichten und deren politischen Vertretern ging in Reaktion darauf eine „stille Gegenrevolution“ aus, die sich gegen vieles richtet, was abwertend als Elitenprojekt wahrgenommen wird. Im Gegensatz zum liberalen und kosmopolitischen Gesellschaftsverständnis, fordern die „stillen Gegenrevolutionäre“ die Rückkehr zu traditionellen Werten wie ‚Recht und Ordnung‘, die Ablehnung des Multikulturalismus und eine restriktivere Einwanderungspolitik. Vor diesem Hintergrund scheint Migration nicht nur einwanderungskritische Einstellungen zu aktivieren bzw. verstärken, sondern auch die latent vorhandene Konfliktlinien zwischen zwei Gesellschaftsverständnissen sichtbar werden lassen (MIDEM 2018).

Traditionelle und liberale Gesellschaftsbilder

Zum zweiten kann die Migration einen Keil zwischen „Volk“ und Repräsentanten treiben und so die Legitimation repräsentativer Demokratie aushöhlen. Tatsächlich gilt die Einwanderungspolitik in der Migrationsforschung schon lange als Paradebeispiel für eine politische Domäne mit schwacher demokratischer Legitimation. Von einem demokratischen ‚disconnect‘ oder ‚gap‘ zwischen dem überwiegend einwanderungskritischen Volk und der relativ liberalen Einwanderungspolitik seiner Repräsentanten ist die Rede (Freeman 1995)³. In der Sprache der Rechtspopulisten: Die politische Elite ist abgehoben und hört nicht auf das Volk. Denn das Volk – so die Rechtspopulisten – will keine Migration (oder zumindest keine offene bzw. liberale Migrationspolitik gegenüber nicht-EU Angehörigen).

bzw. migrationsfeindlichen Einstellungen, der ungefähr bei einem Drittel der Bevölkerung liegt. Zudem verbergen sich hinter solchen Statistiken Polarisierungstendenzen: Jene, die für Flüchtlinge und deren Akzeptanz in einer liberalen und weltoffenen Gesellschaft eintreten, stehen anderen zunehmend unversöhnlich gegenüber, die in einer negativen Haltung zu Migration und kultureller Vielfalt verharren. Dabei ist diese starke Polarisierung nicht von heute auf morgen aufgetreten. Sie ist das Ergebnis einer schon länger beobachtbaren Hinwendung der Wählerschaft (linke Wähler und Wählerinnen eingeschlossen) zu postmate-

Migration demokratisch denken

Migration und Demokratie stehen derzeit in einem Spannungsverhältnis, so viel steht fest (vgl. Angeli 2018). Dieses wird in politischen Debatten zumeist einseitig zugunsten der Migration oder

der Demokratie aufgelöst. Ersteres, also die Auflösung zugunsten der Migration, fordern jene – nennen wir sie Migrationsbefürworter –, die Migration als ein (Menschen-)Recht betrach-



Europa ist nicht generell migrationsfeindlicher geworden

Ganz so einfach ist die Sache freilich nicht. Tatsächlich sind europäische Bevölkerungen auch im Zuge der ‚Flüchtlingskrise‘ nicht generell migrations-skeptischer oder -feindlicher geworden (Europäische Kommission 2018). In den meisten europäischen Ländern gibt es dennoch einen stabilen Sockel an fremdenfeindlichen

³ Tatsächlich ist die Integrationspolitik der europäischen Staaten im Laufe der letzten Jahrzehnte liberaler geworden. Die meisten Bürgerrechte sind auf alle Einwohner mit legalem Status ausgedehnt worden. Dabei haben ansässige Ausländer einen erheblichen Zugewinn an Rechten erfahren. Auch die Einwanderungspolitik ist nicht restriktiver, sondern selektiver geworden. Leidtragende der ‚selektiven‘ Einwanderungspolitik sind fast ausschließlich irreguläre Migranten, auch wegen der zunehmenden Sicherung der europäischen Außengrenzen (vgl. de Haas, Natter und Vezzoli 2018).

⁴ „Materialistische“ Themen wie Ungleichheit und sozialen Gerechtigkeit verschwanden zwar nicht von den Parteiprogrammen linker Partei, in ihrer öffentlichen Wahrnehmung jedoch überlagerten identitätspolitische Fragen diese Themen sehr häufig.

LITERATUR

- Abizadeh, Arash. 2008. Democratic Theory and Border Coercion: No Right to Unilaterally Control Your Own Borders. *Political Theory* 36, 1: 37–65.
- Angeli, Oliviero. 2018. Migration und Demokratie. Ein Spannungsverhältnis, Ditzingen, Reclam.
- Europäische Kommission. 2018. Eurobarometer 90 (Erscheinungsdatum November 2018) verfügbar unter: <http://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/index.cfm/Survey/getSurveyDetail/instruments/STANDARD/surveyKy/2215> (letzter Zugriff: 25.04.2019).
- Favell, Adrian. 2007. Rebooting Migration Theory. Interdisciplinarity, Globality and. Transdisciplinarity in Migration Studies. In: *Migration Theory. Talking Across Disciplines*, Hrsg. Bretell, Caroline und James Hollifield, 259–278. New York & London: Routledge.
- Freeman, Gary P. 1995. Modes of immigration politics in liberal democratic states. *International Migration Review*, 881–902.
- Friedman, Milton. 1997. „Milton Friedman at 85“, Milton Friedman im Interview mit dem Forbes. Verfügbar unter: <https://www.forbes.com/forbes/1997/1229/6014052a.html#47eaeefa75d8> (letzter Zugriff: 25.04.2019).
- Grewe, Wilhelm. 1984. Epochen der Völkerrechtsgeschichte. Baden-Baden: Nomos.
- Haas, Hein de, Natter, Katharina und Simona Vezzoli. 2018. Growing Restrictiveness or Changing Selection? The Nature and Evolution of Migration Policies. *International Migration Review* 52, 2: 324–367.
- Habermas, Jürgen. 1996. Die Einbeziehen des Anderen. Studien zur politischen Theorie. Berlin: Suhrkamp.
- Spruyt, Hendrik. 1994. The Sovereign State and its Competitors. Princeton: Princeton University Press.
- Walzer, Michael. 1992. Sphären der Gerechtigkeit. Ein Plädoyer für Pluralität und Gleichheit. Frankfurt am Main: Campus.

ten, das Demokratien im Prinzip nicht einschränken dürfen. Migrationsbefürworter können sich dabei auf den Umstand berufen, dass in modernen Demokratien ohnehin nicht jedes Recht der demokratischen Deliberation unterzogen ist. Gerade Grundrechte stehen unter einem besonders hohen Schutz. Stellt jede Form von Migration – also nicht nur das Recht der Flüchtlinge – ein solches Grundrecht dar? Darüber lässt sich streiten. Sicher ist nur, dass es beim Thema Migration um einen Kernbereich demokratischer Selbstbestimmung geht, nämlich um die Frage der Zugehörigkeit zum Demos. Den Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern das Recht, über Migration zu entscheiden, zu entziehen und zwar mit der Begründung, dass moralisch verwerfliche Entscheidungen getroffen werden könnten, kommt daher einer Art Entmündigung gleich. Die Gefahr dabei ist, dass die Autorität moralischer Überzeugungen die Anerkennung, die demokratischen Entscheidungen zuteil wird, untergräbt. Denn sie lenkt den Blick ab von dem, was moderne Demokratie wesentlich ausmacht, nämlich die Pluralität und Konkurrenz politischer Ansichten über zentrale Fra-

gen des politischen Lebens – zu denen auch die Fragen der Migration gehören.

Zu denjenigen, die das Spannungsverhältnis zwischen Migration und Demokratie einseitig zugunsten der Demokratie auflösen möchten, gehören im Prinzip auch die Rechtspopulisten. Für sie sind Wahlen das ausschließliche Richtmaß migrationspolitischer Fragen. Sprich: Nur des Volkes Wille zählt – und nicht was aus moralischen Gründen geboten erscheint. Auf diese Weise wird den demokratischen und insbesondere direktdemokratischen Entscheidungen so viel Autorität beigegeben⁵, dass jede politische Meinung über Migration gleichermaßen akzeptabel erscheint. Denn für denjenigen, der demokratische Entscheidungen prinzipiell nicht kritisch hinterfragen, geschweige denn verurteilen möchte (getreu dem Motto des früheren Labour-Parteichefs Mike Moore: „Das Volk hat immer recht. Selbst wenn es

falsch liegt, hat es recht“), gibt es keine guten und falschen Entscheidungen mehr. Dabei bleiben falsche (d. h. unbegründete) Einstellungen über Migration falsch und kritikwürdig – auch wenn sie Grundlage von Wahlerfolgen sind⁶.

Das Spannungsverhältnis zwischen dem Wert der Migration und der Demokratie darf also nicht einseitig zugunsten der Migration oder der Demokratie aufgelöst werden. Misst man der demokratischen Entscheidungsautonomie wenig Bedeutung bei, so ist es durchaus folgerichtig, dass Fragen der Einwanderung nicht mehr zum Gegenstand demokratischer Entscheidung gemacht werden. Wenn (internationale) Gerichte – und nicht mehr Parlamente – über Migration entscheiden wäre die Gefahr gebannt, dass schlechte Entscheidungen getroffen werden. Eine solche Perspektive unterminiert das was Demokratie letztlich ausmacht, nämlich die Auseinanderset-

⁵Es wäre jedoch verkehrt, die Forderung nach Einführung direktdemokratischer Beteiligungsmöglichkeiten als Beleg eines plebiszitären Demokratieverständnisses. Rechtspopulisten verfolgen mit dieser Forderung eher den Zweck, die Bevölkerung gegen die etablierten Parteien in Stellung zu bringen.

⁶Als Beispiel könnte man Donald Trumps Behauptung, wonach die demokratische Präsidentschaftskandidatin Hillary Clinton 650 Millionen Menschen in die USA wöchentlich einreisen lassen wolle.



zung zwischen unterschiedlichen Positionen politisch auszutragen. Doch zugleich möchte ich nicht so weit gehen, die Einwanderungspolitiken als moralisch indifferent oder inkommensurabel zu betrachten. Als Demokrat sollte man sich nicht daran erfreuen, dass die Einwanderungspolitik durch Vorurteile sowie einseitige Interessen geprägt ist, die Rechtspopulisten zu beachtlichen Wahlerfolgen verhelfen können. Dies zu kritisieren – und zugleich für ein vorurteilsfreies Verständ-

nis von Migration zu sorgen –, gehört zu den Aufgaben einer fest in demo-

kratischen Werten verwurzelten Wissenschaft.

KURZBIOGRAPHIE

Oliviero Angeli (*1973), Dr. phil., lehrt seit 2010 Politische Theorie und Ideengeschichte an der TU Dresden und ist wissenschaftlicher Koordinator des Mercator Forum Migration und Demokratie (MIDEM). Neben zahlreichen Originalarbeiten ist er Autor einer Monographie mit dem Titel „Migration und Demokratie. Ein Spannungsverhältnis“, die 2018 beim Reclam Verlag erschienen ist. Forschungsschwerpunkte: Allgemeine Fragen der Demokratietheorie sowie der Migrationsforschung, Populismus und moderne politische Ideengeschichte.



Bis in die jüngste Zeit war die Katholizismusforschung von nationalen Blickwinkeln bestimmt. Das Interesse richtete sich z. B. auf den Katholizismus in den Niederlanden oder in der Schweiz, in Frankreich, Deutschland oder in den Vereinigten Staaten. Lediglich in deren Beziehungen zum Papst als dem Zentrum der römisch-katholischen Weltkirche kam eine übernationale Sicht zum Tragen. Der vorliegende Band will solche traditionellen Perspektiven aufbrechen.

Katholizismus transnational

Beiträge zur Zeitgeschichte und Gegenwart in Westeuropa und den Vereinigten Staaten. Herausgegeben von Andreas Henkelmann, Christoph Kösters, Rosel Oehmen-Vieregge, Mark Edward Ruff.

2019, VIII und 470 Seiten, geb. 39,90 EUR. ISBN 978-3-402-24600-9

NEU
bei
Aschen-
dorff

Die Studie verfolgt die These, dass im Kontext einer modernen Gesellschaft kirchliches Handeln unbedingt auf die Profession, auf ein professionelles Amt angewiesen ist. Das bedeutet zugleich nicht, darauf verzichten zu müssen, beim Laien und bei der Sendung aller anzusetzen. Das zeigt die Geschichte der katholischen Kirche in den USA eindrucksvoll. Dort ist seit dem Zweiten Vatikanum ein wachsendes freiwilliges Engagement von Laien zu beobachten. Die so entstandenen Berufe sind heute als *Lay Ecclesial Ministers* bekannt und nicht mehr aus der kirchlichen Praxis wegzudenken.

Graciela Sonntag

Konfessionalisierung ins kirchliche Amt?

Die Entstehung der *Lay Ecclesial Ministers* in der katholischen Kirche der USA nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil.

2019, 452 Seiten, geb. 39,- EUR. ISBN 978-3-402-13412-2



Die hohe Einsatzbereitschaft von *volunteers*, Freiwilliger, ist überall in den USA ein auffallendes Phänomen – ob im kulturellen, im sozialen, im gesellschaftlichen, im sportlichen oder eben im kirchlichen Bereich. Sie opfern ihre Zeit, ihre Fähigkeiten und oft auch ihre finanziellen Mittel, um dem Gemeinwohl, der Kirchengemeinde, den Notleidenden zu dienen. Im kirchlichen Bereich bildet der Begriff *Stewardship* ein Prisma dieser zahlreichen Phänomene ehrenamtlichen Engagements.

Arnd Franke

Stewardship

Das bedeutendste Pastoral-konzept in den USA als Inspiration für den deutschen Kontext.

2019, 284 Seiten, geb. 29,90 EUR. ISBN 978-3-402-13380-4

Aschendorff
Verlag

Gegen die Gefährdungen der Demokratie

Chancen einer partizipativen Demokratiebildung im Verein



Ein differenzierter Blick auf die Ursachen der aktuellen Spaltung der Gesellschaft und der damit zusammenhängenden Krise der Demokratie weist auf tieferliegende Ängste vor einem sozialen, ökonomischen und politischen Kontrollverlust hin. Dagegen werden zunehmend Formen der Demokratiebildung gefordert, denen jedoch sowohl eine demokratietheoretische als auch eine institutionelle und pädagogische Grundlage fehlen.

Der Artikel schlägt ein lebensweltliches Demokratieverständnis vor, das die dominante Idee der Konkurrenzdemokratie überwindet und im Sinne einer deliberativen oder radikalen Demokratie auch bislang ausgeschlossene Gruppen in demokratische Entscheidungen integriert. Damit stellt sich jedoch die Frage, wo Menschen entsprechender Erfahrungen demokratischer Aushandlungsprozesse machen können. Dies führt zur Kommune und speziell zum kommunalen Verein als Ort diskursiver Öffentlichkeit.



Rolf Ahlrichs

Einleitung: Die Krise der Demokratie und ein möglicher Ausweg

Ob in Polen oder Ungarn, in England oder Frankreich, in Deutschland oder Italien – die gegenwärtig intensiv diskutierte „Krise der Demokratie“ ist in Europa deutlich spürbar, wenn auch in völlig unterschiedlichen Erscheinungsformen. Diese Krise wird befeuert durch populistische Kräfte, denen es gelingt, die Kritik gegen politische Entscheidungen auf nationaler oder europäischer Ebene und die skeptische Haltung gegen das Prinzip der Repräsentation zu mobilisieren und nationalistisch, rassistisch oder sexistisch umzudeuten. Zum Wesen des Populismus gehört die Abgrenzung „des Volkes“ mit einem doppelten Feindbild gegen „die da oben“ und gegen „die anderen“ (Müller 2016). Die Krise der Demokratie allerdings allein auf den Populismus zurückzuführen, greift zu kurz. Der Populismus ist eher Folge denn Ursache dieser Krise. Zunächst ist der Blick da-

her auf die Ursachen für die Polarisierung der Gesellschaft und die Krise der Demokratie zu richten.

Interessanterweise berufen sich auch populistische Kräfte uneingeschränkt auf die Demokratie. Weil Demokratie Herrschaft des Volkes bedeutet und populistische Kräfte für sich beanspruchen, für „das Volk“ zu sprechen, ist das aus ihrer Perspektive auch logisch. Der populistischen Positionen zugrunde liegende Demokratiebegriff verkennt jedoch nicht nur einen Wesenskern der Demokratie, nämlich die Pluralität der Meinungen und deren Austausch. Er ignoriert auch die seit langem geführten komplizierten De-

batten über unterschiedliche Formen demokratischer Aushandlungsprozesse bzw. über die Frage, wer auf welcher Ebene wie mitbestimmen soll. Gerade diese Debatten wären jedoch vor dem Hintergrund der Krise der Demokratie ein zentraler Ansatzpunkt. Denn erst mit der Verständigung darüber, was wir unter Demokratie verstehen wollen, können Vorschläge diskutiert werden, die zur Stabilisierung der Demokratie und zur Bildung von Demokrat*innen führen sollen. Einen solchen Vorschlag macht dieser Beitrag, indem er Demokratiebildung pädagogisch als Erfahrungslernen akzentuiert und institutionell in demokratischen Vereinen verortet.

Die schwierige Suche nach den Ursachen

Die gesellschaftliche Polarisierung ist empirisch messbar. So kommt die regel-

mäßig durchgeführte Bielefelder „Mitte-Studie“ zu dem Ergebnis, dass die

deutsche Gesellschaft gespalten ist, wie seit langem nicht mehr – auf der einen Seite regiere „Wut, Hass und Aggression [...], auf der anderen eine gewisse Ratlosigkeit“ (Zick et al. 2016, S. 111). Zwar findet eine deutliche Mehrheit der Befragten, die deutsche Demokratie funktioniere „im Großen und Ganzen ganz gut“. Aber mehr als jede*r Fünfte wünscht sich „eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert“ (ebd., S. 124). Insbesondere bei Wähler*innen der AfD finden sich zudem hohe Zustimmungsraten zu nationalistischen, ausländergefeindlichen, antisemitischen und rassistischen Aussagen. So gibt gut jede*r Dritte Befragte dieser Gruppe an, in Deutschland lebten zu viele Ausländer, fast jede*r Zweite erklärt, es brauche „endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl“. Und fast jede*r Zehnte ist überzeugt, die Weißen seien zu recht führend in der Welt – ein deutliches Zeichen des Glaubens an die „white supremacy“, die weiße Überlegenheit (ebd., S. 137).

Folgt man der aktuellen These des amerikanischen Politikwissenschaftlers Francis Fukuyama (2019)¹ lassen sich diese Spaltungstendenzen auf eine linke Identitätspolitik zurückführen, die sich zunehmend den Schutzrechten und der gesellschaftlichen Gleichstellung bestimmter gesellschaftlicher Gruppen verschrieben hat. Das Eintreten für die Rechte von Frauen, von Menschen anderer Hautfarbe, von Homosexuellen oder von Menschen mit Transidentitäten habe, so lautet die Kritik an der Identitätspolitik im Kern, zu einer Segmentierung der Gesellschaft geführt. Die Konzentration auf marginalisierte Gruppen beeinträchtigt den gesellschaftlichen Zusammenhalt, weil sie die Differenz betont und nicht zur Solidarität aufrufe. Damit sei das große Ziel der politischen Linken, die Überwindung von Herrschaftsstrukturen und Klassengegensätzen, einer partikularen Politik der Gruppenidentitäten gewichen. Der politischen Rechten gelang es, die so entstandene Lücke zu füllen und eine

neue Einheit zu beschwören. Gemeint ist damit freilich eine „homogene Volksgemeinschaft“, aus der anders denkende, anders glaubende und anders lebende Menschen ausgeschlossen sind. Fukuyama argumentiert, dass der linke Fokus auf Partikularinteressen am Aufstieg des Rechtspopulismus in den USA und in Europa mitschuldig sei. So aufschlussreich der Diskurs über verschiedene Solidaritäts- und Identitätsverständnisse sicher ist (vgl. dazu Weber 2019), hilft uns Fukuyamas Argumentation für die Frage nach der Krise der Demokratie kaum weiter, weil sie den Blick auf wirkmächtigere Entwicklungen verstellt.

Neben der Identitätspolitik werden auch die Sozialen Medien für die Krise der Demokratie verantwortlich gemacht. Soziale Medien bieten jedem Menschen die Möglichkeit, eine Meinung zu veröffentlichen, die dann tausendfach von anderen Nutzer*innen geteilt werden kann. Binnen Sekunden kann ein Millionenpublikum erreicht werden und zwar rund um den Erdball. Noch vor nicht allzu langer Zeit waren mit den Sozialen Medien gerade deshalb große Hoffnungen verbunden: Bürger*innen könnten kritische Informationen verbreiten, Missstände aufdecken, Meinungsbildung betreiben. Dieser Optimismus zur demokratischen Kraft Sozialer Medien ist inzwischen einer größeren Skepsis gewichen. Kommunikations-

wissenschaftler*innen sprechen von „Echokammern“ und „Filterblasen“, in denen die eigene Meinung geteilt und weiterverbreitet, verstärkt und verzerrt wird.

 Soziale Medien führen eher zu weniger Kommunikation unterschiedlicher Meinungen

Soziale Medien führen offenbar eher zu weniger Kommunikation zwischen Menschen unterschiedlicher Meinung – und wenn, dann zu Beschimpfungen und Beleidigungen. Der demokratische Diskurs geht verloren, es dominieren Vorurteile, Falschmeldungen und Verschwörungsmythen. Denn es ist schwer zu erkennen, ob es sich bei einer geteilten Nachricht um eine Meinung, eine Tatsachendarstellung oder ein gut begründetes politisches Argument handelt. Hinzu kommt der Einsatz technischer Mittel zur Manipulation der öffentlichen Meinung und zur Beeinflussung des Wahlverhaltens. Die Sozialen Medien können damit durchaus als Katalysator für die schnelle Ausbreitung des Rechtspopulismus verstanden werden, die Ursache für die Krise der Demokratie sind sie indes nicht. Diese liegen sehr viel tiefer.

Abstiegsängste und Vertrauensverlust gefährden die Demokratie

Die amerikanische Philosophin Martha Nussbaum (2019) sieht in der Angst vor Kontrollverlust einen wesentlichen Motor der aktuellen Krise der Demokratie. Durch die neoliberale Politik und den globalisierten Kapitalismus sei das Vertrauen in die liberale Demokratie verloren gegangen. Dieses Vertrauen ging einher mit einem kontinuierlichen Aufstiegsversprechen und der Hoffnung, dass die nächste Generation es einmal besser haben wird. Das Wirtschaftswachstum der Nachkriegsjahrzehnte konnte dieses Ver-

sprechen lange erfüllen, inzwischen haben sich die Einkommen in den westlichen Industrienationen jedoch massiv auseinander entwickelt. Einige Gesellschaftsgruppen konnten in den letzten Jahrzehnten exponentielle Einkommenszuwächse verzeichnen, viele durchschnittlich verdienende Haushalte haben dagegen einen Rückgang ihrer

¹ Fukuyama ist nicht der erste, der diese These vertritt. Mit der vielschichtigen Kritik an der Identitätspolitik setzt sich kritisch van Dyk (2019) auseinander.



Reallöhne und die Prekarisierung ihrer Arbeitsverhältnisse zu beklagen, bei gleichzeitiger Steigerung der Lebenshaltungskosten. Gerade Menschen aus der Mittelschicht entwickeln deshalb zunehmend Angst vor gesellschaftlichem Abstieg. Diese Angst hat ihre Ursache in durchaus realen politischen Problemen, deren Lösung komplex und langwierig ist. Einfacher scheint es da, die Gründe bei Migrant*innen, ethnische Minderheiten usw. zu suchen und ein Gegenüber von „Wir“ und „Die“ zu konstruieren. Die einfache Lösung ist, die vermeintliche Gefährdung des eigenen nationalen Wohlstandes durch „die anderen“ zu verhindern, beispielsweise durch Mauern oder strikte Einwanderungsgesetze.

In ganz ähnlicher Weise argumentiert Wilhelm Heitmeyer (2018), wenn er das Aufkommen des Rechtspopulismus als Reaktion auf einen individuell empfundenen Kontrollverlust durch die Folgen eines „autoritären Kapitalismus“ interpretiert. Heitmeyer schließt mit dieser Begrifflichkeit an einen Aufsatz von Ralf Dahrendorf an. Dieser warnte schon kurz vor der Jahrtausendwende vor einem „autoritären Jahrhundert“ (Dahrendorf 1998). Dahrendorf sah in der Globalisierung eine neue Herausforderung für die Demokratie, weil die wachsende Ungleichheit den Zusammenhalt der Bürger*innen untergrabe. Heitmeyer zeigt nun, dass sich seit der Jahrtausendwende auf ökonomischer Ebene ein globalisierter, autoritärer Kapitalismus entwickelt hat, dessen ambivalente Erscheinungen einerseits Aufstiegsoptimismus, andererseits massive Abstiegsängste produzieren. Neben ökonomischen Sorgen haben sich durch islamistischen Terror und Flüchtlingsbewegungen allerdings auch andere Bedrohungen ergeben, die Menschen verunsichern (Heitmeyer 2018, S. 94).

Nun führen diese äußeren Umstände nicht zwangsläufig zur Hinwendung zu autoritären politischen Angeboten. Entscheidend ist vielmehr, wie Menschen die ökonomischen, sozialen und

politischen Veränderungsprozesse erleben und verarbeiten. Wenn zu den beschriebenen objektiven Bedrohungen subjektive Erfahrungen mangelnder Anerkennung kommen, wächst die Offenheit für autoritäre Versuchungen (ebd., S. 146 ff.). Menschen fühlen sich machtlos und verlieren das Vertrauen in die Demokratie, wenn sie den Eindruck haben, keinen wesentlichen Einfluss auf politische Entscheidungen zu haben und von den politischen Parteien nicht repräsentiert zu werden. In diesem Zusammenhang ist an die Postdemokratie-These zu erinnern (z.B. Crouch 2008). Sie konstatiert im Kern die Verschiebung politischer Entscheidungen von demokratischen Institutionen hin zu einer Gruppe nicht demokratisch legitimierter Eliten, etwa Lobby-Verbänden, Kommissionen oder Rating-Agenturen. Dies führt zu einer zunehmenden Entpolitisierung der Bevölkerung. Politische Entscheidungen werden unter der Maßgabe einer

Nicht Mehrheiten, sondern Kompromisse sind der Kern der Demokratie

Die zahlreichen Aufforderungen zur Rettung der Demokratie oder zur Prävention von Populismus und Extremismus suggerieren, dass immer schon klar wäre, wovon wir reden, wenn wir von Demokratie reden. Tatsächlich schwirren jedoch die unterschiedlichsten Demokratieverständnisse durch die Debatte. Da wird beispielsweise in bester angelsächsischer Tradition die Konkurrenzdemokratie beschworen, wenn die Opposition verspricht, die Regierung zu „jagen“ (Alexander Gauland). Die politische Bühne wird hier zur Arena, in der sich Opposition und Regierung bekämpfen. Konkurrenzdemokratische Vorstellungen folgen der Annahme, in der Demokratie ginge es vor allem darum, die eigene Meinung durchzusetzen und Mehrheiten für Abstimmungen zu organisieren.

Nicht wenige Menschen halten Abstimmungen für die Königsdisziplin der

„marktkonformen Demokratie“ (Angela Merkel) mit dem Etikett der „Alternativlosigkeit“ versehen und beschleunigt. Demokratische Institutionen und Verfahren werden damit zwar nicht aufgehoben, aber ihre Bedeutung für politische Entscheidungen nimmt ab.

Misstrauen in die Politik und fehlende politischer Einfluss bieten den Boden für Populismus

Misstrauen in die Politik, fehlende Erfahrungen politischer Einflussnahme und vielfältige Kontrollverluste bieten den Boden für populistische Angebote. So unterschiedlich die Ursachenanalyse auch ausfällt, herrscht über politische und nationale Grenzen hinweg doch große Einigkeit darüber, dass etwas gegen die sinkenden Zustimmungsraten zur Demokratie getan werden muss. Doch welche Demokratie soll eigentlich gerettet werden?

Demokratie. Doch die Reduzierung der Demokratie auf den Kampf um Mehrheiten verstärkt die Tendenz zur Polarisierung. Denn Abstimmungen produzieren notwendigerweise neben der siegreichen Mehrheit immer auch eine unterlegene Minderheit. Alexis de Tocqueville warnte deshalb bereits im neunzehnten Jahrhundert vor der „Tyrannei der Mehrheit“ (Tocqueville 2011, S. 145 ff.). Gleichwohl ist die Idee der Konkurrenzdemokratie in der westlichen Welt tief verwurzelt, weil sie den kapitalistischen Konkurrenzgedanken auf Politik und Gesellschaft überträgt. So verwundert es nicht, dass parallel zur Liberalisierung der Märkte in Zeiten des autoritären Kapitalismus auch die verfassungsmäßigen Hindernisse für eine „Tyrannei der Mehrheit“ immer wieder attackiert werden, beispielsweise die richterliche Unabhängigkeit, die Presse- und Meinungsfrei-



heit, die Privatsphäre, der Datenschutz oder geregelte Gesetzgebungsverfahren – übrigens nicht nur von populistischen Parteien. Folgen wir dieser konkurrenzdemokratischen Sichtweise, wird die Demokratie kaum zu retten sein. Es besteht vielmehr die Gefahr zu immer stärkerer Polarisierung, zu wachsender Unzufriedenheit in Teilen der Bevölkerung und zum Abbau demokratischer Schutz- und Partizipationsrechte.



Demokratie ist immer pluralistisch

Demokratie ist immer pluralistisch, sie lebt vom Diskurs, vom Austausch der Meinungen, vom Kompromiss. Ein fairer, politischer Kompromiss ist kein Resultat fehlender Durchsetzungsmacht, sondern ein Wesenskern der Demokratie. Im Idealfall nimmt er die unterschiedlichen Argumente auf, die im Zuge eines demokratischen Verständigungsprozesses in der Zivilgesellschaft geäußert wurden. Jürgen Habermas entwickelt dazu das Bild einer „dezentrierten Gesellschaft“ (Habermas 1998, S. 362), in deren politischer Öffentlichkeit Meinungs- und Willensbildungsprozesse stattfinden, die relevante gesellschaftliche Fragen klären. Aktuell ist etwa beim Kohleausstieg, bei der Frage nach Organspenden, beim Klimaschutz oder auch bei der Gentechnik zu beobachten, wie unterschiedliche Gruppen ihre Argumente in öffentliche Diskurse einbringen, um Deutungshoheit, aber auch um Kompromisse ringen. Im Idealfall gibt die so entstehende öffentliche Meinung die Richtung für Recht und Gesetz vor und legitimiert damit politisches Handeln. Die in der Öffentlichkeit formulierten Argumente erreichen durch ein System von „Schleusen“ (ebd., S. 430) die politische Administration und fließen in die parlamentarische Entscheidungsfindung ein. Der Verhandlung in parlamentarischen Gremien ist somit die Verständigung in der Öffentlichkeit vorgelagert.

Herausforderung der Demokratie: Betroffene an Entscheidungen beteiligen

In diesem deliberativen Demokratieverständnis geht es nicht darum, wer sich durchsetzt, sondern darum, faire Kompromisse zu schließen, die alle Interessen berücksichtigen und denen alle Betroffenen zumindest prinzipiell zustimmen können, weil sie an der Entscheidungsfindung beteiligt waren. Selbstverständlich argumentieren in Verhandlungen nicht alle Parteien fair, verständigungsorientiert und zwanglos. Sehr wohl kann aber die Verhandlungsweise, also das Verfahren, einvernehmlich geklärt und durch Rechte abgesichert werden. Sofern alle Parteien die gleichen Chancen zur Teilnahme, zur Einflussnahme und zur Durchsetzung ihrer Interessen haben, besteht nach Habermas Aussicht auf einen fairen Kompromiss (ebd., S. 205 f.). Jane Mansbridge (2015) macht daran anknüpfend die Kompatibilität der Deliberation mit verschiedenen Formen des Verhandeln deutlich, die sie als „deliberative Verhandlungen“ bezeichnet. Sie unterscheidet neben einer klassisch deliberativen Lösung, also einer konsensuellen Einigung, drei Formen deliberativer Verhandlungen und grenzt diese von „kooperativen Gegenspieler-Verhandlungen“ ab, in denen die Konfliktparteien mit strategischen Falschaussagen oder Zwang agieren und es darum geht, die eigene Position möglichst weitreichend durchzusetzen (ebd., S. 12 ff.):

- „unvollständig theorisierte Einigungen“: die Konfliktparteien einigen sich auf eine Lösung, ohne die Argumentationen der anderen Konfliktpartei(en) zu teilen – es entsteht also kein Konsens, aber ein auf jeweils guten Gründen übereinstimmendes Ergebnis;
- „integrierte Verhandlungen“: klassische Win-Win-Lösungen schaffen einen Mehrwert für alle Parteien auf der Grundlage recht unterschiedlicher Beweggründe;

- „vollständig kooperative Verhandlungen“: sofern eine andere Lösung nicht erreichbar ist, einigen sich die Parteien auf eine gerechte Lösung, die alle Interessen gleichermaßen berücksichtigt, aber auch von allen Parteien Zugeständnisse erfordert.

Alle diese Formen deliberativer Verhandlungen basieren auf idealen Kommunikationsbedingungen, d. h., es wird kein Zwang ausgeübt und die Konfliktparteien suchen nach einem fairen Kompromiss. Nun sind jedoch die Kommunikationsbedingungen in der Regel nicht ideal. Ein zentrales Problem deliberativer Verhandlungen ist vielmehr die Einbeziehung aller (potentiell) Betroffenen. Jaques Rancière hat darauf hingewiesen, dass einige Teile der Bevölkerung grundsätzlich von der öffentlichen Meinungsbildung ausgeschlossen sind und sich damit nicht an einer Entscheidungsfindung beteiligen können. Die „Anteillosen“ – „die Armen der Antike, der dritte Stand oder das moderne Proletariat“ (Rancière 2002, S. 22) gehören zwar zur Gesellschaft, haben aber nichts zu sagen bzw. ihre Äußerungen werden als „Lärm“ und nicht als „Sprache“ wahrgenommen. Rancière zeigt, dass dieses „Unverstehen“ ihrer Argumente auf einem Konflikt zwischen den Klassen beruht, die zwar um eine gerechtere Aufteilung gesellschaftlicher Güter streiten, wobei jedoch die Anliegen der unteren Klassen gar nicht vernommen werden. Anders als Habermas konstatiert Rancière deshalb, dass Konflikte – und nicht etwa der faire Kompromiss – der eigentliche Beginn demokratischer Praxis seien. Konflikte entstehen dann, wenn die Anteillosen im Sinne der demokratischen Gleichheit ihre Ansprüche in der Öffentlichkeit formulieren, wenn sie also ihren Anteil an der Gesellschaft einfordern. Demokratie trägt in Rancières Verständnis dazu bei, die herrschende Gesellschaftsordnung zu hinterfragen und ggf. zu verändern und damit die

demokratische Partizipation aller Betroffenen zu ermöglichen (ebd., S. 41).

Rancières radikales Demokratieverständnis ist relevant, wenn wir die Analysen der zunehmenden Polarisierung ernst nehmen. Er argumentiert, dass innerhalb der Idee eines rationalen, kompromiss- bzw. konsensorientierten Diskurses im Sinne Habermas' das Unvernehmen nicht mitgedacht wird (ebd., S. 59). Im Unterschied zu deliberativen Demokratietheorien bezieht sich Rancière nicht auf ideale Kommunikationsbedingungen, sondern verweist auf die Machtasymmetrie, die dazu führt, dass dominante gesellschaftliche Gruppen die Anteillosen nicht hören – es sei denn, die aus öffentlichen Meinungsbildungsprozessen Ausgeschlossenen ergreifen als politische Wesen das Wort, kritisieren und stellen die herrschende Ordnung der Gemeinschaft infrage. Rancière schlägt den Streit um das Unvernehmen als dringend benötigten demokratischen Prozess vor. Offen bleibt dabei aber, wie die Anteillosen befähigt werden sollen, ihren Anteil am demokratischen Gemeinwesen einfordern und sich am demokratischen Diskurs so beteiligen zu können, dass eine Verständigung trotz unterschiedlicher Ziele möglich wird. Denn Rancière ist ja darauf angewiesen, dass diejenigen, die bislang in demokratischen Diskursen ungehört blieben, ihre Argumente vorbringen wollen und können und zwar in einer verständigungsorientierten Weise.

Auch für Habermas stellt sich das Problem, dass Bürger*innen „von ihren Kommunikations- und Teilhaberechten auch einen gemeinwohlorientierten Gebrauch machen“ (Habermas 1998, S. 678). Für ihn setzt die deliberative Demokratie eine politische Kultur und Sozialisation sowie Meinungsbildungsprozesse in der Zivilgesellschaft voraus, auf die der Staat keinen Einfluss nehmen kann (ebd., S. 366). Damit schließt Habermas indirekt an das berühmte Diktum des ehemaligen Verfassungsrichters Ernst-Wolfgang Böckenförde (1976, S. 60) an, dass der

freiheitliche Staat von Voraussetzungen lebt, die er selbst nicht garantieren kann. Anders als Böckenförde setzt Habermas allerdings nicht auf eine sittlich-moralische Erziehung, sondern auf die „Gleichursprünglichkeit“ von Menschenrechten und demokratischen Entscheidungsprozessen (Habermas 1998, S. 135). Mit anderen Worten: Die



Demokratie setzt demokratische Bildung voraus

Grundrechte garantieren die Teilnahme am öffentlichen Diskurs und ermöglichen die diskursive Willensbildung in der Öffentlichkeit, die wiederum in demokratische Entscheidungen einfließt und somit gewährleistet, dass Bürger*innen zugleich Urheber*innen von Entscheidungen und deren Adressat*innen sind – also dass die Herr-

Demokratie muss gelernt werden!

Das im Anschluss an Habermas und Rancière skizzierte Demokratieverständnis ist durchaus voraussetzungs-voll. Neben rechtlich abgesicherten, demokratischen Verfahren braucht es Sprachfähigkeit und Offenheit für den Diskurs in der Öffentlichkeit, die Fähigkeit, eigene Argumente zu formulieren und Argumente anderer anzuhören, sowie die Bereitschaft, eigene Positionen zu überprüfen, ggf. zu verändern und einen Kompromiss zu schließen. Oskar Negt sieht darin eine Bildungsaufgabe, die das gesamte Leben umfasst: „Demokratie ist die einzige politisch verfasste Gesellschaftsordnung, die gelernt werden muss – immer wieder, tagtäglich und bis ins hohe Alter hinein“ (Negt 2016, S. 13).

In seinem 1916 erschienenen pädagogischen Hauptwerk *Democracy and Education* (Dewey 2011) hat der amerikanische Reformpädagoge John Dewey dargestellt, wie eine solche Demokratiebildung aussehen könnte. Die Demokratie sei, so Dewey, zu ihrem

Fortbestand auf eine Erziehung angewiesen, die wesentlich auf demokratischen Erfahrungen beruht. Ausgangspunkt dafür ist der Sozialraum: „Die Demokratie muss zuhause beginnen, und ihr Zuhause ist die nachbarliche Gemeinschaft“ (Dewey 1996, S. 177). Hier bildet sich die öffentliche Meinung als „Urteil, das von denjenigen, welche die Öffentlichkeit bilden, gefällt und gestützt wird“ (ebd., S. 150) und hier lernt das Individuum Methoden des gemeinschaftlichen Austauschs und der gemeinschaftlichen Lösung von Problemen (Dewey 2011, S. 63 f.). Dieses Lernen geschieht unbewusst in vielfältigen Interaktionen des Individuums mit seiner sozialen Umwelt.

Demokratiebildung zielt darauf, Menschen Erfahrungen zu eröffnen, in denen sie sich demokratische Fähigkeiten und Kenntnisse aneignen und sie reflektieren können. Diese Idee basiert auf einem Demokratieverständnis, welches in der demokratischen Gemeinschaft nicht einfach eine Alternative zu

anderen Prinzipien assoziierten Lebens sieht, sondern die „Idee des Gemeinschaftslebens selbst“ (Dewey 1996, S. 129). Demokratie ist damit „mehr als eine Regierungsform; sie ist in erster Linie eine Form des Zusammenlebens, der gemeinsamen und miteinander geteilten Erfahrung“ (Dewey 2011, S. 121).



Demokratiebildung eröffnet Erfahrungen, in denen Menschen sich demokratische Fähigkeiten aneignen

Wo lässt sich nun diese Idee des demokratischen Gemeinschaftslebens verwirklichen? Habermas (2015, S. 46) sieht, wie auch Dewey, in nachbarschaftlichen Gemeinschaften ein zen-

trales Element der öffentlichen Meinungsbildung. Dazu zählen neben Kirchen, Parteien, Gewerkschaften und Bürgerinitiativen vor allem Vereine. Schon Tocqueville (2016, S. 253) erkannte die Bedeutung der Vereine für die Demokratie. Eine funktionierende Öffentlichkeit mit einer Vielzahl von unterschiedlichen weltanschaulichen Vereinen war für ihn die entscheidende Basis der Demokratie. Sie gewährleisten und fördern das politische Handeln im lokalen Umfeld und machen die Menschen so zu verantwortungsbewussten und am Gemeinwesen interessierten Bürger*innen. Demokratiebildung müsste folglich vor allem in der Kommune, speziell in kommunalen Vereinen verortet sein (Richter 2001, S. 211).

In der Institution des Vereins können verständigungsorientierte Aushandlungsprozesse unter Mitgliedern stattfinden, die die Erfahrung demokratischer Selbstbestimmung vermitteln. Diese Aushandlungsprozesse sind nicht zufällig, sondern sie gründen auf demokratischen Strukturen und Mitgliedschaft. Damit wird sichergestellt, dass die Betroffenen zugleich Urheber*innen von Entscheidungen sind. Vereine bringen zudem Anliegen und Bedürfnisse ihrer Mitglieder in öffentliche Diskurse ein und nehmen selbst Themen aus kommunalen Diskussionen in vereinsinterne Aushandlungsprozesse auf. Die Kommune ist dabei einerseits als territorialer Begriff, als konkreter Sozialraum oder Stadtteil, andererseits als Abgrenzung der Ge-

LITERATUR

- Ahrichs, Rolf (2019): Demokratiebildung im Jugendverband. Grundlagen – empirische Befunde – Entwicklungsperspektiven. Weinheim.
- Böckenförde, Ernst-Wolfgang (1976): Staat, Gesellschaft, Freiheit. Studien zur Staatstheorie und zum Verfassungsrecht. Frankfurt/M.
- Crouch, Colin (2008): Postdemokratie Frankfurt/M.
- Dahrendorf, Ralf (1998): Anmerkungen zur Globalisierung. In: U. Beck (Hrsg.): Perspektiven der Weltgesellschaft. Frankfurt/M., S. 41–54.
- Dewey, John (1927/1996): Die Öffentlichkeit und ihre Probleme. Herausgegeben von Hans-Peter Krüger. Bodenheim.
- Dewey, John (1916/2011): Demokratie und Erziehung. Eine Einleitung in die philosophische Pädagogik. Herausgegeben von Jürgen Oelkers (8. Aufl.). Weinheim.
- Fukuyama, Francis (2019): Identität. Wie der Verlust der Würde unsere Demokratie gefährdet. Hamburg.
- Habermas, Jürgen (1998): Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats (4. Aufl.). Frankfurt/M.
- Habermas, Jürgen (1962/2015): Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft (14. Aufl.). Frankfurt/M.
- Heitmeyer, Wilhelm (2018): Autoritäre Versuchungen. Signaturen der Bedrohung. Frankfurt/M.
- Mansbridge, Jane J. (2015): Deliberative und nicht-deliberative Verhandlungen. In: A. Bächtiger, S. Shikano, E. Linhart (Hrsg.): Jahrbuch für Handlungs- und Entscheidungstheorie. Deliberation und Aggregation (Bd. 9). Wiesbaden. S. 1–39.
- Müller, Jan-Werner (2016): Was ist Populismus? Frankfurt/M.
- Negt, Oskar (2016): Der politische Mensch. Demokratie als Lebensform. Göttingen.
- Nussbaum, Martha (2019): Königreich der Angst. Gedanken zur aktuellen politischen Krise. Darmstadt.
- Rancière, Jacques (2002): Das Unvernehmen. Politik und Philosophie. Frankfurt/M.
- Richter, Helmut (2001): Kommunalpädagogik. Studien zur interkulturellen Bildung. Frankfurt/M.
- Richter, Helmut (2015): Demokratie. In: H.-U. Otto & H. Thiersch (Hrsg.): Handbuch Soziale Arbeit. Grundlagen der Sozialarbeit und Sozialpädagogik (5. Aufl.). München. S. 272–280.
- Sturzenhecker, Benedikt (2013): Demokratiebildung in der Debatte um Rancières Begriff der Demokratie und Postdemokratie. In: Widersprüche, Jg. 33, Heft 130, S. 43–58.
- Tocqueville, Alexis de (1835/2016): Über die Demokratie in Amerika. Stuttgart.
- van Dyk, Silke (2019): Identitätspolitik gegen ihre Kritik gelesen. Für einen rebellischen Universalismus. In: Aus Politik und Zeitgeschichte: Identitätspolitik, Heft 11/2019, 69 Jg., S. 25–32.
- Weber, Joachim (2019): Kritik der Solidarität. In: Widersprüche, Jg. 39, Heft 151, S. 19–31.
- Zick, Andreas; Krause, Daniela; Küpper, Beate (2016): Rechtspopulistische und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. In: A. Zick, B. Küpper, D. Krause (Hrsg.): Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016. Bonn, S. 111–142.



meinschaft zu verstehen, die miteinander interagiert.

 Die Kommune ist ein überschaubarer Ort, in dem Erfahrungen demokratischer Partizipation gemacht werden können

Gerade im Kontext der zuvor beschriebenen Globalisierungstendenzen kommt der Kommune eine wichtige Funktion zu, weil sie als überschaubar und beeinflussbar erlebt wird, als Ort, in dem Erfahrungen demokratischer Partizipation gemacht werden können, weil sich die Mitglieder einer kommunalen Gemeinschaft leichter verständigen und gemeinsam als Betroffene über strittige Fragen des Zusammenlebens entscheiden können.

In der kommunalen Öffentlichkeit kann durch den Rückgriff auf Vereine als vermittelnden Institutionen die von Rancière beklagte fehlende Inklusion verschiedener sozialer Gruppen in de-

mokratische Aushandlungsprozesse ausgeglichen werden, zumindest dann, wenn sich die Vereine als grundsätzlich offen und lokal gebunden verstehen und die Vereinsprinzipien berücksichtigen. Demokratiebildung ist demnach theoretisch idealer Weise im Verein zu verorten, weil dieser „seine Mitglieder zu Demokraten qualifiziert, indem er sie zugleich immer auch schon Demokraten sein lässt“ (Richter 2015, S. 278).

Empirisch zeigt sich jedoch, dass Vereine keineswegs Demokratiebildung als ihre Kernaufgabe verstehen (Ahlrichs 2019). Insbesondere fehlen Strategien und Konzepte, um die Beteiligung der Mitglieder an der öffentlichen Meinungsbildung als politisch Handelnde zu fördern.

 Vereine verstehen Demokratiebildung nicht als ihre Kernaufgabe

Eine Antwort auf die Krise der Demokratie wäre damit die Stärkung eines weltanschaulich pluralen, lokal

KURZBIOGRAPHIE

Rolf Ahlrichs (Jg. 1972), Dr. phil., ist Studienleiter am Evang. Bildungszentrum Hospitalhof Stuttgart mit dem Schwerpunkt Politik und Gesellschaft

verorteten und demokratisch ausgestalteten Vereinswesens, das für die Vielfalt der lokalen Bevölkerung offensteht und strukturell wie konzeptionell in kommunale demokratische Entscheidungsverfahren einbezogen wird bzw. sich dort einbringt. In derart gestalteten nachbarschaftlichen Gemeinschaften können Menschen positive demokratische Partizipations- und Anerkennungserfahrungen als gleichberechtigte politische Bürger*innen machen. Auf diesen positiven Demokratieerfahrungen aufbauend, können Menschen dann auch Kritik an gesellschaftlichen Verhältnissen äußern, ihren Anteil einfordern und außerhalb der Institutionen zu politisch Handelnden werden.

Fazit

Es muss uns sehr beunruhigen, wenn wir aktuell erleben, dass Menschen das Vertrauen in die Demokratie verlieren und sich für autoritäre Alternativen öffnen. Bevor wir nun in blinden Aktionismus verfallen, gilt es zunächst gemeinsam zu klären, in welcher Demokratie wir leben wollen. In einer autoritären Konkurrenzdemokratie, in der das Recht des Stärkeren gilt, oder in einer partizipativen Demokratie, die darauf setzt, Menschen an Entscheidungen zu beteiligen, von denen sie betroffen sind? Während die erste Form auf demokratische Bildungsangebote verzichten kann, weil der zugrunde

liegende Mechanismus in einer kapitalistischen Gesellschaft dominierende Praxis ist, ist demokratische Partizipation grundsätzlich auf Rechte, Verfahren und Bildungsprozesse angewiesen, die die Teilnahme an demokratischen Aushandlungsprozessen und die Teilhabe an gesellschaftlicher Macht ermöglichen.

Demokratiebildung geschieht dort, wo Menschen – egal welchen Alters – sich demokratische Praxis aneignen, indem sie miteinander demokratisch Fragen ihres Zusammenlebens klären. Dies geschieht idealerweise in Vereinen und Initiativen und in kommunalen Öff-

fentlichkeiten. Demokratiebildung zu stärken und zu fördern, wäre ein wirksames Mittel gegen die Krise der Demokratie und für die Beteiligung bislang ausgeschlossener gesellschaftlicher Gruppen an Aushandlungsprozessen. Dazu ist auch die Weiterentwicklung der demokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten in Organisationen, in der Kommune und sicher auch darüber hinaus in der EU nötig. John Dewey hat es vor knapp einhundert Jahren so formuliert: „Die Kur für die Leiden der Demokratie [ist] mehr Demokratie“ (Dewey 1996, S. 127).

Stärkung und Zukunft der Demokratie



Demokratische Selbst- und Mitbestimmung ist ein nachgerade körperliches und emotionales Grundbedürfnis. Es hat mit der menschlichen Stimme und Sehnsucht nach Resonanz und Verbindung zu tun. Dem wird die hierzulande übliche Fixierung auf Wahldemokratie nicht gerecht. Will man die bedrohte Demokratie retten, sollte man diese durch partizipative und direkte Formen ergänzen. Beispiele zeigen: Solche Formate eignen sich für alle Ebenen vom kleinen Dorf bis zur EU.



Ute Scheub

Demokratische Selbst- und Mitbestimmung, behaupte ich, ist ein geradezu körperliches und emotionales Grundbedürfnis. Es hat mit unserer Stimme und Stimm-Bildung zu tun und mit der ur-menschlichen Sehnsucht nach Resonanz und Verbindung. Wir Menschen brauchen Töne, Stimmen und Resonanz wie die Luft zum Atmen. „Resonanz“ kommt aus dem Lateinischen und bedeutet wörtlich übersetzt „zurück-tönen“, „zurück-erschallen“. Der Soziologe Hartmut Rosa stellt in seinem Buch „Resonanz“ die These auf, diese sei der Schlüsselbegriff für eine gelingende Weltbeziehung und der Gegenbegriff zu Entfremdung. Eine nichtentfremdete lebendige Welt ist eine resonante Welt, die in uns und mit uns mitschwingt, die viele Antworten, Selbst- und Mitbestimmungsmöglichkeiten bietet. Antworten, die etwas in uns ertönen lassen, kommen vor allem aus der Verbindung zu anderen Menschen. Aber auch aus Naturerlebnissen, aus künstlerischen, handwerklichen oder spirituellen Erfahrungen oder anderen Quellen.

Unsere Stimme ist *das* zentrale gesellschaftliche Instrument. Nicht zufällig findet sie sich in zahlreichen politischen Begriffen wieder: in Selbst- und Mitbestimmung, in anstimmen,

abstimmen, umstimmen, beistimmen, zustimmen, übereinstimmen. Auf Lateinisch heißt die öffentliche Sache „res publica“, woraus „Republik“ wurde. In allen öffentlich-republikanischen Angelegenheiten verständigen wir uns über Sprache und Stimme auf gemeinsame Ziele. Mehr noch: Wir stellen republikanische Gemeinschaftlichkeit überhaupt erst her.

Menschen sprechen täglich etwa vier Stunden und äußern dabei rund 16.000 Wörter – Frauen etwas mehr, Männer etwas weniger. Wir reden liebend gerne, laut Sozialstudien am allerliebsten über uns selbst und unsere Befindlichkeit. Die eigene Stimme zu erheben und mit anderen Übereinstimmung zu finden – das ist ein lustvoller Akt, bei dem Mund, Herz und Lunge, Gefühle, Geist und Seele beteiligt sind. Wir sprechen für uns selbst. Wir erleben uns als lebendige Individuen. Als stimm- und wirkmächtig. Unsere Stimmen gehen hin und her, sind womöglich dissonant, bilden schräge Töne, doch danach kommen sie nicht selten auf einen neuen Grundakkord, einen Konsens. Nicht nur in Chören, sondern auch in Diskussionen zeigt sich: Es gibt eine menschliche Grundfähigkeit, sich aufeinander einzuschwingen, ein Bedürfnis nach Resonanz. Dieses wiederum ist die Grundlage

für Verständigung. Wir brauchen demokratische Vielstimmigkeit wie die Luft zum Atemholen. Stimmen erklingen, wenn wir aufeinander hören und uns dabei ansehen. Daher unser tiefes Bedürfnis nach *An-Sehen und An-Hörung*.



Eine Politik, die keine Resonanz zulässt, stellt den Pöbel erst her

Umgekehrt schlägt Nichtresonanz schnell um in eine existenzielle Urangst, weil wir uns mutterseelenallein fühlen. Ausgestoßen und verlassen von allen. Dies ist seit der Steinzeit das Schlimmste, was sich das Familien- und Gruppentier *Homo sapiens* vorstellen kann. In Situationen vermeintlicher oder tatsächlicher Bedrohung oder in Zeiten ausbleibender Resonanz zwischen Regierungen und Regierten wird aus Angst schnell flammende Wut. Schneiden Politiker weite Teile der Bevölkerung von Möglichkeiten zum Mitbestimmen ab, produzieren sie betonharte nichtresonante Verhältnisse und schaffen Wutbürger. Eine Politik, die keine Resonanz zulässt, stellt den Pöbel überhaupt erst her.

Benutzen wir unsere Stimme über längere Zeit nicht, werden wir depressiv oder aggressiv. Jeder und jede kennt



Situationen, etwa Podiumsdiskussionen, in denen man keine Chance hat, zu Wort zu kommen. Völlig unabhängig vom Thema sinkt die Stimmung rapide in den Keller, man wird aggressiv und wütend. Umgekehrt reagiert das Publikum dankbar, wenn es zum Mitreden eingeladen wird – in Dialogrunden oder anderen partizipativen Formen. Resonanz ist also eine Essenz der Demokratie, sie stärkt diese, macht sie widerstandsfähig und robust.

In Schulen, Universitäten und Medien wird Demokratie allerdings meist

völlig anders dargestellt – als trockener, rein rationaler Austausch von Argumenten weit entfernter Politiker. Jugendliche oder bildungsferne Menschen lernen auf diese Weise nicht, dass sie mit demokratischen Methoden sich auf Gemeinsames einigen und selbst ihr Schicksal in die Hand nehmen können. Würde man sie in einer Art Ganzkörperlernen viel mehr gemeinsam singen, streiten und abstimmen lassen, hätte das wahrscheinlich eine wesentlich nachhaltigere Wirkung als das Lehren kühler Demokratietheorien.

Nationalistische Be-Stimmer schalten andere Stimmen aus

Rechtspopulisten und Rechtsradikale streben einen *ein stimmigen* Resonanzkörper an, oder „Volkskörper“, wie sie es nennen, eine Gleichschaltung von Menschen und Stimmen, die keine anderen Töne mehr zulässt. Das bedeutet im Ergebnis: trostlose Ein-Tönigkeit und Monotonie. Sind Rechte erstmal an der Macht, sind sie die Be-Stimmer, die andere Stimmen mit Zwang und Gewalt ausschalten.

Warum aber erleben Rechtspopulisten und Nationalextrémisten derzeit überhaupt solch einen Zuspruch? Steht das nicht im Widerspruch zur eingangs erhobenen Behauptung, dass demokratische Mitbestimmung einem körperlich-emotionalen Grundbedürfnis entspricht? Leider hat Demokratie kein Monopol auf Resonanz. Es gibt auch problematische Resonanz, etwa der Gleichschritt von Militärstiefeln auf Pflaster in Diktaturen oder Kriegen. Oder illusorische Resonanz, wenn rechtspopulistische Führer im Namen

eines angeblich einheitlichen Volkswillens gegen „die Elite“ hetzen und gegen Minderheiten. Das verleitet vor allem schwache und labile Menschen in Krisenzeiten dazu, ihr Recht auf Selbstbestimmung aufzugeben und in einer fiktiv homogenen Nationalgemeinschaft aufzugehen, um sich größer und stärker zu fühlen.

Das funktioniert immer wieder, weil Menschen fatalerweise dazu neigen, sich eine Nation als Fortsetzung ihres eigenen Körpers vorzustellen. Das zeigt sich in politischen Begriffen wie „Körperschaft“, „Staatsorgane“, „Haupt und Glieder“, „militärischer Arm“ und „Oberhaupt“. Rechtspopulisten und Rechtsextreme nutzen das aus, indem sie von einem „wehrbereiten Volks- und Staatskörper“ mit einem „starken Oberhaupt“ und „Führer“ fantasieren. Und zur Abwehr all jener aufrufen, die sie als „Parasiten“, „Zecken“ und „Fremdkörper“ denunzieren, weil sie einen „fremden Körper“ haben.

Demokratie – Ideal und erfahrene Wirklichkeit

Rechtspopulisten finden auch deshalb Resonanz, weil Ideal und Wirklichkeit von Demokratie immer stärker auseinanderklaffen.

- *In der Schule* lernen wir: Demokratie bedeutet Herrschaft des Volkes

oder Selbstregierung der Bevölkerung. So war es jedenfalls an ihrem europäischen Geburtsort in den antiken griechischen Stadtstaaten. Die Griechen stimmten auf Versammlungsplätzen ihre Angelegenheiten

direkt ab, Ämter wurden ausgelost. *In Wirklichkeit* erleben wir heute eine gefährliche Reduktion von Demokratie auf Wahldemokratie. Wir geben unsere Stimme an der Urne sprichwörtlich ab und haben vier bis fünf Jahre lang bis zur nächsten Wahl nichts mehr zu melden. Wir können nur zwischen verschiedenen „Gesamtpaketen“ der Parteien wählen, aber keine Personen, Themen und Inhalte prioritär setzen.

- *In der Schule* lernen wir, dass die Bevölkerung der oberste Souverän ist. Sie muss über die Verfassung und den Grundrechtskatalog ihres Landes abstimmen, sonst hat diese keine demokratische Legitimation. *In Wirklichkeit* hat weder die west- noch die ostdeutsche Bevölkerung über das Grundgesetz abstimmen dürfen. Es wurde 1948 von oben eingeführt und sein Geltungsbereich 1990 auf das Gebiet der Ex-DDR erweitert. Eine neue gesamtdeutsche Verfassung, die in Wendezeiten am Runden Tisch entstand, wurde von der Bundesregierung verworfen. Viele Menschen im Osten fühlten sich betrogen, zumal parallel dazu das von ihnen erwirtschaftete DDR-Volkvermögen durch die Treuhandanstalt abgewickelt und meistbietend verkauft wurde. Subjektiv erlebten sie sich in der neuen Demokratie als kaum weniger fremdbestimmt als in der DDR-Diktatur. (Köpping 2018) Auch deshalb sind die Rechtspopulisten dort so stark geworden.
- *In der Schule* lernen wir, dass das Parlament ein Ort des Austauschs der besten Argumente ist. Diejenigen, die am überzeugendsten sprechen, setzen sich durch und gewinnen die Abstimmung. *In Wirklichkeit* steht das Ergebnis fast jeder Bundestagsdebatte von vornherein fest. Die Opposition kann noch so sinnvolle Vorschläge vorlegen – sie werden von der Regierungskoalition meist aus Prinzip niedergestimmt. Der Publizist Roger Willemsen hat ein ganzes Jahr lang jede einzelne



Plenardebatte verfolgt. Der Standard des „Hohen Hauses“ bestand nach seiner Beobachtung in Respektlosigkeit, gegenseitiger Missachtung und Herabsetzungen aller Art. Politischen Gegnern würden „grundsätzlich die niedrigsten Beweggründe“ unterstellt. Zuhören sei vollkommen unüblich: „Niemand darf seinen Standpunkt verlassen, niemand darf je überzeugt werden.“ Im Bundestag herrsche „bisweilen ein Geschrei wie auf dem Pausenhof, die Redner werden ignoriert, man unterhält sich laut, beschäftigt sich mit seinem Handy, dann wieder schaut eine komplette Fraktion nach hinten.“ (Willemsen 2014)

- *In der Schule* lernen wir das System der Gewaltenteilung, das auf den französischen Aufklärer Montesquieu zurückgeht: Die Legislative (das Parlament) kontrolliert die Exekutive (die Regierung); die Judikative (die Justiz) korrigiert alle beide. *In Wirklichkeit* stammen die meisten Gesetzentwürfe aus der Hand einer übermächtigen Exekutive. Gesetzestexte durchlaufen im Bundestag zwar die vorgesehenen Lesungen, werden dabei aber selten verbessert, und seien die Argumente von Fachleuten in den Ausschüssen oder Plenardebatten noch so überzeugend. Argumente stören sogar. Und fruchtbare inhaltliche Debatten werden durch den Fraktionszwang im Keim erstickt. Und, noch schlimmer: Lobbyisten von Konzernen sitzen in Ministerien und arbeiten an Gesetzestexten mit oder haben direkten Zugang zu Ministern und Staatssekretären. Auf jeden Bundestagsabgeordneten kommen ungefähr acht Lobbyisten, auf EU-Ebene sind es sogar noch mehr.
- *In der Schule* lernen wir: „Alle Gewalt geht vom Volke aus“. So steht es auch in Artikel 20,2 des Grundgesetzes. Aber wo geht sie hin? Dort heißt es weiter: „Die Staatsgewalt wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen ... ausgeübt.“ *In*

Wirklichkeit gibt es keine Abstimmungen auf Bundesebene. Volksbegehren und Volksentscheide sind in der Bundesrepublik nur auf Kommunal- und Landesebene erlaubt, und auch das musste in den meisten Fällen mühsam von der Zivilgesellschaft erkämpft werden. Bundesweite Volksabstimmungen sind nicht vorgesehen. Man könnte hier zugespitzt behaupten: Seit der ersten Bundestagswahl findet hier ein ständiger Verfassungsbruch statt.

Es gäbe eine Vielzahl von Möglichkeiten, diese Zustände zu ändern, um die tiefe Resonanzstörung zwischen Regierten und Regierungen zu beheben. Hier seien aus Platzgründen nur einige aufgeführt. Wenn der Fraktionszwang im Parlament nicht mehr die Regel wäre, sondern die Ausnahme, würden Parlamentsdebatten viel lebendiger, Sachargumente würden wieder zählen. Die Einführung eines verbindlichen Lobbyregisters würde die fatalen Einflüsse von Wirtschaftslobbyisten zumindest einschränken. Auch Wahlen könnten ganz anders organisiert werden. Man stelle sich mal vor, die Wahlberechtigten bekämen zusätzlich zu den Stimmzetteln eine Liste mit politischen Grundsatzfragen vorgelegt: Sind Sie für oder gegen Kriegseinsätze? Für oder gegen die Ausrichtung der Wirtschaft aufs Gemeinwohl? Für oder gegen die Gleichstellung von Frauen oder von Homosexuellen? Für oder gegen Gentechnik? Für oder gegen Privatisierungen im Gesundheits- und Rentensystem? Und das Ganze

Direkte Demokratie

In der Schweiz mit ihren etwa acht Millionen Einwohnern findet die Hälfte aller Volksabstimmungen weltweit statt. Volksentscheide können jederzeit und zu allen Themen gestartet werden, sobald eine Initiative mit 100.000 Unterschriften eingereicht wird. Jeder Schweizer und jede Schweizerin stimmt

noch etwas differenzierter formuliert. Und mit Zustimmungsmöglichkeiten auf einer Skala von 1 bis 10. Die Ergebnisse würden deutlich anders und nuancierter ausfallen als bei einer reinen Parteienwahl.



Wer politisch mitbestimmen kann, fühlt sich zugehörig und ernst genommen

Das ist eine von vielen Möglichkeiten. Staaten und Gemeinwesen sollten Vertrauen in ihre Bürger und Einwohnerinnen ausdrücken, indem sie viel mehr direkte und partizipative Demokratie zulassen. Gerade die Kombination ihrer verschiedenen Formen bietet besondere Reize und macht eine ganze Reihe von bisher undenkbareren Selbst- und Mitbestimmungsformaten möglich. Wer politisch mitbestimmen kann, fühlt sich zugehörig und ernstgenommen; er oder sie wendet sich nicht ab; sie oder er hat das Gefühl, dass sein Engagement Resonanz erfährt. Wer weiß, dass die eigene Stimme gehört wird, zeigt weit weniger mit dem Finger auf „die da oben“. Wer sich respektiert fühlt, kann leichter hinnehmen, wenn eine Entscheidung mal nicht im eigenen Sinne ausgeht. Solche Abstimmungen ermöglichen allen Gesellschaftsmitgliedern, Verantwortung für das Ganze zu übernehmen, sich selbst einzubringen und das eigene Potenzial um ein Vielfaches zu entfalten. Politikverdrossen, Ausgrenzung und Hass würde der Resonanzboden weitgehend entzogen.

an jährlich vier Terminen über durchschnittlich zehn Gesetze, Initiativen oder Referenden auf Bundesebene ab und über noch mehr auf kantonaler und Gemeindeebene. Mit den Wahlunterlagen zusammen bekommen die Menschen ein „Abstimmungsbüchlein“, das alle wichtigen Informationen enthält:

die zur Abstimmung stehende Vorlage, Pro- und Contra-Argumente, die Meinung des Bundesrats, der Kantonsregierung oder des Gemeinderats sowie die Ergebnisse früherer Beratungen und Abstimmungen in diesen Gremien.

Aus Umfragen der Glücksforschung in 150 Ländern der Welt ist länder-, religions- und kulturübergreifend bekannt: Zu den stärksten Gefühlen der Lebenszufriedenheit führen Selbst- und Mitbestimmung, Liebe, Eingebundenheit, Nachbarschaft, Freundschaft, Sicherheit und Geborgenheit. Der Glücksforscher Bruno Frey verglich Schweizer Kantone miteinander und bekam heraus: Je ausgeprägter die direktdemokratischen Möglichkeiten dort sind, desto höher die Zufriedenheit der Befragten – und zwar über alle Einkommensklassen hinweg. Sein Fazit: „Die verfassungsmäßig garantierten Mitbestimmungsrechte erhöhen die Lebenszufriedenheit der Bürger systematisch und beträchtlich.“ Auch deshalb steht die Schweiz seit vielen Jahren zusammen mit skandinavischen Ländern an der Spitze der „glücklichsten“ Gesellschaften weltweit. (Frey 2010: 79 ff.)

Direkte Demokratie ist immer auch eine Schule der Demokratie

Obwohl sich bei den jeweiligen Abstimmungen selten mehr als 40 bis 60 Prozent der Schweizer Wahlberechtigten beteiligen, identifizieren sich laut Umfragen über drei Viertel der Bevölkerung mit der direkten Demokratie – mehr als mit jeder anderen politischen Institution. (Schiller/Mittendorf 2002: 302) Das Initiativrecht ist zudem eine hervorragende Möglichkeit, bestimmte Themen gesellschaftlich zur Diskussion zu stellen. Den Personen, die Unterschriften sammeln, ist oftmals von vornherein bewusst, dass sie keine Mehrheit erreichen werden; trotzdem werden sie aktiv. Denn die Abstimmungen sind Stoff für viele Gespräche in Küchen, Kantinen und Kneipen, Tageszeitungen

und Talkshows, Versammlungen und Vereinssitzungen. Direkte Demokratie ist immer auch eine Schule der Demokratie, eine ständige politische Weiterbildung. Das Prinzip der Mitverantwortung hat auch eine pädagogische Seite: Jeder Bürger und jede Einwohnerin sieht sich sanftem Druck ausgesetzt, sich zu den Themen der nächsten Volksabstimmungen eine Meinung zu bilden – auch diejenigen, die sich selbst als unpolitisch sehen.

Viele Menschen befürchten, mit Volksentscheiden könnten die Todesstrafe oder andere menschenrechtsfeindlichen Gesetze eingeführt werden. Das ist jedoch falsch. In Deutschland wacht das Bundesverfassungsgericht über die Grundwerte der Verfassung. Und dazu gehört auch Artikel 102 des Grundgesetzes, der explizit feststellt: „Die Todesstrafe ist abgeschafft“. Auch andere Grundrechte, die Minderheiten schützen, können nicht oder nur mit Zwei-Drittel-Mehrheit weggestimmt werden. In diesem Punkt ist die Situation hier sogar besser als in der Schweiz. Denn dort gibt es kein Verfassungsgericht, das im Zweifelsfall bestimmte Abstimmungen verbietet. Aber man muss zugunsten der Schweiz auch hinzufügen: Diese beiden von der rechtspopulistischen SVP initiierten minderheitsfeindlichen Volksabstimmungen haben zwar international für viel Aufsehen gesorgt, sind aber die Ausnahme geblieben. In mehr als 150 Jahren direkter Demokratie gab es bisher nur 20 Volksinitiativen, die sich gegen Minderheitenrechte richteten, und nur 4 wurden angenommen. (Mehr Demokratie 2016: 20)

Konsultative Demokratie

Unter „deliberativer“, „partizipativer“ oder „konsultativer“ Demokratie versteht man die aktive Teilhabe von Bürgern und Wählerinnen. Die Formate können sehr verschieden sein: Bürgerberatung und -beteiligung, Townhall Meetings, interreligiöse Dialoge,

Bürgerversammlungen, Planungszellen, per Zufallslos zusammengesetzte Bürgerräte und mehr. Sie alle diskutieren heiße politische Themen, manchmal verfassen sie am Ende sogenannte Bürgergutachten für die Politik. Oder sie sorgen für Frieden: Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 gab es in den USA unzählige Anschläge gegen Moslems; in Chicago aber organisierten Sozialarbeiterinnen und Aktivistinnen von „Community Organizing“ ein Townhall Meeting, bei dem jeweils Angehörige verschiedener Religionen zusammensaßen und sich kennenlernen konnten. (Penta 2007) Ergebnis: In der Stadt blieb es friedlich.

US-Politikprofessor James Fishkin organisierte mit seinem „Center for Deliberative Democracy“ zahlreiche Bürgerberatungsverfahren in den USA und weltweit: in Argentinien, Australien, Brasilien, Bulgarien, China, Dänemark, Griechenland, Hongkong, Italien, Japan, Korea, Mongolei, Polen und Ungarn. Ausgerechnet im Ölförderstaat Texas sprachen sich solche von Fishkin organisierten Bürgerräte für die Förderung von erneuerbaren Energien aus. Die Anzahl der Menschen, die einen Beitrag zur Energiewende leisten wollten, stieg durch den öffentlichen Beratungsprozess von 52 auf 84 Prozent. Heute stehen dort mehr Windräder als in jedem anderen US-Bundesstaat – kein Trump kann sie mehr abbauen. (Dion/Laurent 2015)

Ein schöner Beweis, wie kollektive Intelligenz funktioniert, wenn man ihr eine Chance lässt. Eine unabdingbare Voraussetzung dafür ist allerdings, dass alle Bevölkerungsgruppen repräsentativ vertreten sind. Dann erst werden Bürgerräte wirklich vielstimmig. Dann erst werden alle Interessen und Bedürfnisse berücksichtigt. Dann erst wird die Tendenz ausgebremst, dass sich die lautesten Stimmen durchsetzen, die Stimmen derer, die einflussreicher oder rhetorisch geschickter sind als andere.

Die sogenannte „qualifizierte Zufallsauswahl“ eignet sich hierfür wohl am besten: Sie ist ein Losverfahren, bei

dem demografische Kriterien wie Geschlecht, Alter, Herkunft, Beruf und Bildungsgrad berücksichtigt werden. Falls im ersten Stadium der Zufallswahl vorwiegend alte weiße Männer oder vorwiegend junge schwarze Frauen ausgewählt werden, wird weiter gelost, bis die Repräsentativität stimmt.

Bürgerräte agieren frei von Eigeninteressen und sind schwer korrumpierbar

Bürgerräte und Bürgerversammlungen haben den großen Vorteil, frei von Eigeninteressen und parteitaktischen Überlegungen agieren zu können. Sie sind schwer korrumpierbar oder durch Lobbyisten beeinflussbar, weil nur der Zufall entscheidet, ob je-

mand einem Gremium angehört oder nicht. All das stärkt sie darin, eine gemeinsame „Stimme der Vernunft“ zu entwickeln, die nicht auf sachfremde Einflüsterungen hört. Je genauer eine Gruppe die Gesamtbevölkerung repräsentiert, desto besser, inklusiver, solidarischer und durchdachter werden ihre Empfehlungen.

Bürgerräte finden deshalb oft sehr gute, überzeugende, inklusive Lösungen für politische Probleme. In Kanada, den Niederlanden, Island und Irland diskutierten solche per Zufallslos bestimmten Räte neue Wahlgesetze und Verfassungsartikel. In Island entstand auf der Basis einer kollektiven Bürgerberatung die erste „Bürgerverfassung“ der Welt; sie scheiterte letztlich aber an den Konservativen im Parlament.

tig eingesetzt, entfalten sie eine enorme Bindungskraft zugunsten der Demokratie – auch und gerade in Zeiten ihrer Bedrohung. So wird sie erfahrbar und sinnlich.

Brexit – das Chaos wäre vermeidbar gewesen

Menschen, die direkter Demokratie skeptisch gegenüberstehen, verweisen gerne auf das Beispiel der „Brexit“-Abstimmung. Das ist jedoch irreführend. Großbritannien kennt kein Recht auf Volksabstimmung, nur Plebiszite, die die Regierung von oben ansetzt. Das Plebiszit von 2016 über den EU-Austritt hatte der damalige britische Regierungschef David Cameron initiiert, der damit seine innenpolitischen Gegner von der nationalistischen UKIP kaltstellen wollte und gar nicht mit einem „Ja“ gerechnet hatte. Das äußerst knappe „Ja“ von 51,89 Prozent der Wahlberechtigten kam wahrscheinlich auf manipulativem Weg zustande. Die Skandalfirma „Cambridge Analytica“, der zeitweilig Donald Trumps rechtsradikaler Chefstrategie Steve Bannon als Vizechef vorstand, steht im dringenden Verdacht, über „Dark Posts“ auf Facebook und Social Bots am Abstimmungsergebnis gedreht zu haben. Nun stehen sich zwei Lager unversöhnlich gegenüber, und das tief gesplittene Großbritannien erlebt eine seiner schwersten Krisen.

Die Antwort auf die Frage „in der EU bleiben oder gehen“ hätte völlig anders ausgesehen, wenn man direkte und konsultative Demokratie verbunden hätte. Man hätte einen landesweit repräsentativ ausgelosten Bürgerrat bitten können, die Sache gründlich zu beraten und am Ende sich auf ein Bürgergutachten oder einen Verfahrensvorschlag zu einigen. Man hätte auch das Parlament bitten können, seine Vorstellungen in einen Gesetzentwurf zu fassen. Der wahlberechtigten Bevölkerung hätte man dann ver-

Kombinationen von Wahl-, direkter und konsultativer Demokratie

Solche Verfahren können auf allen Ebenen eingesetzt und beliebig kombiniert werden – in Dörfern und Städten, auf Landes- und Bundesebene bis hin zur EU. Ein Bürgerrat kann beispielsweise ein Bürgergutachten oder einen Gesetzentwurf zu einem bestimmten Thema formulieren, der danach direkt-demokratisch zur Abstimmung steht – allein oder in Kombination mit einem Alternativentwurf des Gemeinde- oder Landesparlaments.

Natürlich ist es leichter, solche Prozesse in kleinen, organisatorisch übersichtlichen Gemeinden zu organisieren, wo jeder jeden kennt. Dafür ist dort die soziale Kontrolle größer. Auf regionaler, bundes- und europaweiter Ebene können sich Menschen auf diese Weise kennenlernen und neue Erfahrungen machen, wie Demokratie erlebendigt werden kann. Elektronische Demokratie kann diese Verfahren ergänzen, beispielsweise über Internet-Umfragen und -Abstimmungen. Aber digitale Demokratie sollte mit Bedacht eingesetzt werden und nur in Ergänzung zu analogen Veranstaltungen. Erstens sind Abstimmungsergebnisse

manipulierbar. Zweitens sind direkte menschliche Begegnungen in ihrer sinnlichen Qualität schlicht unersetzbar. Im Gegensatz zu dem einsamen Starren auf Computerbildschirme erzeugen sie Resonanz.

Ähnliches gilt für die direkte Demokratie. Sie lädt potenziell alle zur Beteiligung ein, aber die Stimmabgabe ist ein relativ abstrakter und wenig sinnlicher Vorgang; Resonanz wird hier vor allem durch lebendige Diskussionen im Vorfeld geschaffen. Konsultative Demokratie wiederum beruht auf

Es ist wichtig, dass sich Demokratieformate gegenseitig ergänzen

direkter persönlicher Begegnung und kann das lustvolle Gefühl erzeugen, die eigene Stimme zu erheben; sie hat aber den Nachteil, dass nur eine Minderheit an den Bürgerräten teilnehmen kann. Es ist also elementar wichtig, dass die verschiedenen Demokratieformate sich gegenseitig ergänzen. Die Stärken der einen Form gleichen die Schwächen der anderen aus. Werden sie gleichzei-



schiedene Alternativen zur Abstimmung vorlegen können.

Um zu vermeiden, dass eine knappe Mehrheit eine sehr große Minderheit überstimmt, hätte man zusätzlich im Vorfeld vereinbaren können, dass beim Nichterreichen einer qualifizierten Mehrheit von beispielsweise 55 Prozent die Angelegenheit neu verhandelt werden muss. Falls in dem neuerlichen Dialog ein Kompromiss oder mehrere Alternativen gefunden werden, kann nochmals abgestimmt werden. Zusätzlich wäre es möglich, eine Stufenskala von 0 (absolute Ablehnung) bis 10 (absolute Zustimmung) zur Abstimmung zu stellen. Dann bestünde das Endergebnis nicht aus zwei verfeindeten Lagern, sondern aus politischen Tendenzen, die miteinander leben können.

Im katholischen Frankreich hat die Einführung der Homo-Ehe von oben ohne vorherige Bürgerkonsultationen zu Protestdemonstrationen von Hunderttausenden geführt. Im katholischen Irland aber demonstrierte eine Bürgerversammlung in Zusammenarbeit mit dem Parlament, wie man diese Frage ganz anders behandeln kann – und unter Einbeziehung von Menschen mit großer Distanz zur Politik und ohne höhere Schulbildung. Im Auftrag des irischen Parlaments diskutierte 2013 eine solche Versammlung von 100 Personen – 66 ausgeloste Laien, 33 Politiker, ein Vorsitzender – unter anderem darüber, ob die die Homoehel erlaubt werden sollte. Sie tagte ein ganzes Jahr lang, immer ein bezahltes Wochenende pro Monat.

Finbarr O'Brien, ein älterer Herr ohne höhere Schulbildung, war einer davon.

Er hatte 30 Jahre lang als Lastwagenfahrer gearbeitet, danach als Gabelstapler und Briefträger. „Bei der Bürgerversammlung mitzumachen gehört zu den besten Erfahrungen meines Lebens“, verriet er Reportern der ZEIT. Er habe es schade gefunden, bei der zweiten, 2016 eingesetzten Bürgerversammlung nicht mehr mitmachen zu dürfen. (Berbner, Stelzer, Uchatius 2017)

O'Brien war kein politischer Mensch gewesen, Nachrichten hatten ihn wenig interessiert, gegenüber Politikern hatte er Abscheu empfunden. Als neunjähriger Junge war er von einem Mann mehrfach sexuell missbraucht worden, und in seinem Kinderhirn hatte sich die Vorstellung eingebrannt: Schwule sind Vergewaltiger. Dann landete er in der Bürgerversammlung am Tisch ausgerechnet neben einem jungen Schwulen mit Ohrring, Nasenring und bunten Fingernägeln. „Er überwand sich, schüttelte dem Mann die Hand, sie redeten, mussten sie ja, über die Homo-Ehe. O'Brien fand ihn nett“, berichten die ZEIT-Reporter. „Auf der Bühne erzählten an jenem Tag zwei Geschwister von ihren Eltern, zwei liebevollen Vätern. O'Brien fühlte mit ihnen. Er spürte, wie sich seine Meinung änderte. Seine Therapeutin hatte ihm gesagt, Schwule seien normale Menschen, jetzt füllte sich dieser Satz mit Leben ... Der ehemalige Schwulenhasser Finbarr O'Brien ist mit seinem Tischnachbarn bis heute befreundet.“

Am Ende stimmte O'Brien für die Homo-Ehe, genauso wie weitere 77 von 100 Angehörigen der Bürgerversammlung. Mitte 2015 hielt die Regierung

KURZBIOGRAPHIE

Dr. Ute Scheub, Jahrgang 1955, ist promovierte Politikwissenschaftlerin, taz-Mitbegründerin, freie Journalistin und Autorin von 20 Büchern. Ihre letzten drei erschienen 2017, 2018 und 2019 im oekom-Verlag: „Die Humusrevolution – Wie wir den Boden heilen, das Klima retten und die Ernährungswende schaffen.“; „Demokratie – die Unvollendete. Plädoyer für mehr Teilhabe“; „Europa – die unvollendete Demokratie. Eine Vision für die EU“.

darüber ein Referendum ab. Sie gab den Iren die Empfehlung des Bürgergremiums an die Hand, Homosexuelle gleichzustellen. Ergebnis: 62 Prozent stimmten der Verfassungsänderung zu.

Fazit

Es gibt unzählige Möglichkeiten, Wahldemokratie durch partizipative und direkte Demokratie zu ergänzen, Selbst- und Mitbestimmung lebendig und sinnlich zu machen. Das größte Hindernis hierfür dürfte der nicht vorhandene politische Wille bei Amtsträgern sein, die um Macht und Einfluss fürchten. Ein sehr kurzsichtiges Denken. Denn alle demokratischen Experimente zeigen, dass sich dadurch die Resonanz zwischen Regierungen und Regierten vertieft.

LITERATUR

- Berbner, Bastian; Stelzer, Tanja; Uchatius, Wolfgang: Rechtspopulismus. Zur Wahl steht: die Demokratie. ZEIT 19.1.2017.
- Dion, Cyril; Laurent, Mélanie: Dokumentarfilm: Tomorrow – die Welt ist voller Lösungen. Paris 2015.
- Frey, Bruno und Claudia: Glück – die Sicht der Ökonomie. Zürich 2010.
- Köpping, Petra: Integriert doch erstmal uns! Berlin 2018.
- Mehr Demokratie (Hrsg.): Politik braucht Beteiligung! Berlin 2016.
- Penta, Leo: Community Organizing. Hamburg 2007.
- Schiller, Theo; Mittendorf, Volker (Hrsg.): Direkte Demokratie. Forschung und Perspektiven. Wiesbaden 2002.
- Willemsen, Roger: Die Kanzlerin chloroformiert das Land. Tagespiegel 2.3.2014.

Arts & ethics

Matvey Slavin: „Nothing Beats A Nice Cup of Tea And The Breaking News!“

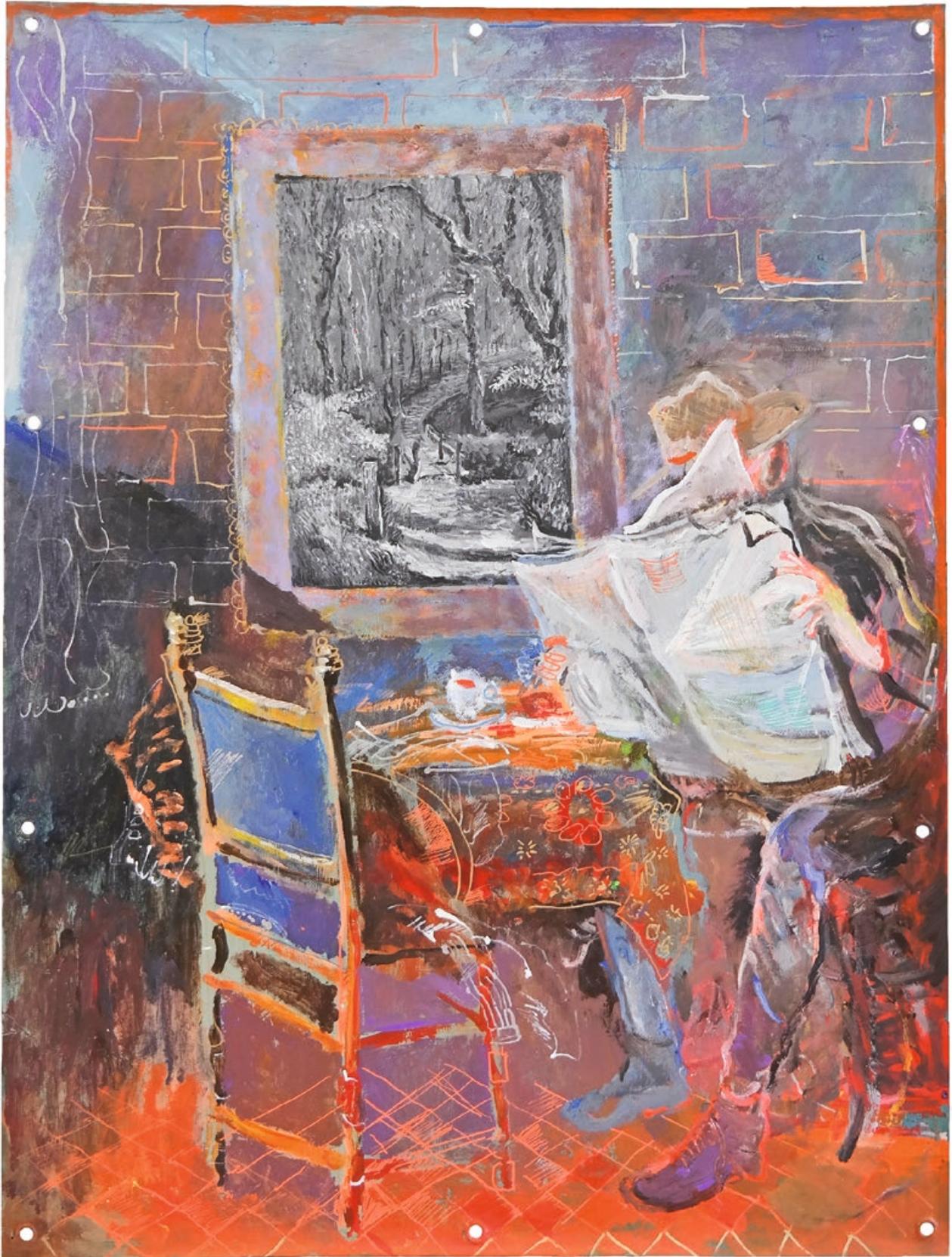
Wahrscheinlich ist die dargestellte kontemplative Szene in unserer heutigen Zeit schon anachronistisch: Ein Mann sitzt entspannt am Frühstückstisch und liest seelenruhig die Tageszeitung, um sich auf dem neuesten Stand zu halten und sich seine eigene Meinung zu bilden. Die fröhliche Farbgebung, der lockere Pinselduktus und die friedliche Atmosphäre des Bildes deuten eher auf eine Urlaubssituation, denn auf ein Alltagsszenario hin. Aber wäre es nicht manchmal wünschenswert, wenn wir generell in den Prozess, in dem wir uns ein Bild von der Welt machen, wieder mehr Ruhe und Reflexion einkehren lassen könnten? Und trotz Globalisierung, Digitalisierung und ständiger Katastrophen-Nachrichten einen kühlen Kopf bewahren sollten? Denn das ist langfristig notwendig, um eine demokratische Gesellschaft aufrecht zu erhalten. Und dazu gehören auch die Freude und der Genuss an der ungestörten morgendlichen Tasse Tee – nicht nur im Urlaub!

(Stefanie Lieb)



Matvey Slavin

*(*1987 in St. Petersburg) lebt und arbeitet als freischaffender Künstler in Berlin und Kopenhagen. 2006–2011 Hochschule für Angewandte Wissenschaften (Illustration) in Hamburg; 2011–2015 Hochschule für bildende Künste in Hamburg (Klasse Prof. W. Büttner); 2013–2014 Austauschsemester Akademie der bildenden Künste in Wien (Klasse Prof. D. Richter). Stipendien: 2013 Erasmus Stipendium Wien 2014–2015 Arbeitsstipendium Bösenberg-Stiftung Künstlerhaus Meinersen (Katalog), 2016 Arbeitsstipendium Künstlerhaus im Schlossgarten Cuxhaven (Katalog), 2018 Arbeitsstipendium Katholische Akademie Schwerte (Katalog). Zahlreiche Ausstellungen in Deutschland und Dänemark u. a. 2012 Altonaer Museum, Hamburg; 2013 Möllner Museum; 2014 Kunstverein Barsinghausen; 2014 Museet på Koldinghus, Kolding; 2016 Museen im Kulturzentrum, Rendsburg; 2016 Huset I Asnæs; 2017 Kunstverein Schwedt; 2018 Katholische Akademie Schwerte.*



Nothing Beats A Nice Cup Of Tea And The Breaking News!
Acryl auf Plane, 120×90 cm, 2018

Normativ-theoretische Dimensionen der Demokratie in Geschichte und Gegenwart



Das Konzept der demokratischen Antinomien

Der Demokratie wird oft nachgesagt, eine normativ kontingente, inkonsistente und inkohärente Idee zu sein, die deswegen ihre idealistischen Versprechungen nicht zu halten vermag. Ein systematisierender, synoptischer Blick in die komplexe Ideen- und Begriffsgeschichte der ‚Volksherrschaft‘ zeigt jedoch, dass unter diesem Konzept zwar durchaus widersprüchliche Prinzipien subsumiert werden, diese jedoch zugleich einen intersubjektiven Diskursrahmen aufspannen, in dessen Konturen sich die normativen Streitfragen und politischen Auseinandersetzungen der Demokratie auf authentische Weise austragen lassen. Der vorliegende Beitrag will diesbezüglich demonstrieren, wie aus jenen demokratischen ‚Antinomien‘ keine epistemische Orientierungslosigkeit, sondern eine spezifische Normativität erwächst, die der Demokratie ihre eigentliche Charakteristik verleiht.



Oliver Hidalgo

1. Einführende Überlegungen

Die komplexe Frage nach der „epistemischen Dimension“ der Demokratie (Habermas 2008), deren Beantwortung einer normativen Bewertung der Volksherrschaft vorausgeht, stellt sich nicht erst in der digitalen Ära, dem Zeitalter des Internet und den zeitgenössischen Debatten über ‚fake news‘ oder ‚alternative Fakten‘. Schon zuvor haben postmoderne, poststrukturalistische und postkoloniale Ansätze das Vertrauen in normative Maßstäbe grundsätzlich erschüttert und die oftmals dahinterstehenden Machtstrategien und Begriffspolitiken freigelegt. Diese Entwicklung hat die Demokratie selbst zwar normativ betrachtet nicht vollständig entkleidet, weshalb sie in den politiktheoretischen Überlegungen bei AutorInnen wie Jacques Derrida, Jean-François Lyotard, Gayatri Spi-

vak oder Stuart Hall unverändert eine Schlüsselrolle einnimmt. Allerdings zeichnen sich die einschlägigen Demokratieansätze durch die sorgsame Vermeidung von Definitionen und den Respekt vor der generellen Offenheit, Vorläufigkeit und Unvollkommenheit aller demokratischen Praxen aus, egal, ob die Volksherrschaft in diesem Zusammenhang als ‚démocratie à venir‘ (Derrida), Politik des Widerstreits (Lyotard), als „Pharmakon“ (Spivak) oder als „unvollendeter Prozess“ (Hall) tituliert wird. Gemeinsam ist solchen Auffassungen, dass sie sich sensibel dafür zeigen, wie stark sich die Idee der Demokratie gegen jede ethisch-normative Vorentscheidung sträubt, deren Zustandekommen demokratietheoretisch stets zweifelhaft bleiben muss. Die (moderne) Demokratie als ein soziales und

politisches ‚System‘, das auf der diskursiven Aushandlung kollektiv verbindlicher Normen auf Basis veränderlicher Mehrheiten, Interessensvielfalt und Meinungspluralismus beruht, das von der Vorstellung eines freien politischen Gestaltungsraums konstituiert wird und dessen Dynamik eine kontinuierliche Revidierbarkeit des demokratisch entstandenen Normengefüges verlangt, sperrt sich offensichtlich gegen die Annahme, von ‚außen‘ mithilfe von ethischen Regeln und Festlegungen steuerbar bzw. ‚qualifizierbar‘ zu sein.

Im Umkehrschluss bewirkt jene programmatische und prototypische Loslösung der Demokratie von vorgegebenen, universalen Normen allerdings das (unlösbare) Problem ihrer „Autoimmunität“ (Derrida 2006, S. 54 ff.): Weil



demokratische Entscheidungen per Mehrheitsprinzip oder sogar Konsensfindung *ohne* eine die Volkssouveränität limitierende, garantierte normative Verankerung sich theoretisch wie praktisch *gegen* die Demokratie richten, ja letztere auf demokratischem Wege sogar abschaffen können,¹ ist ein rein formalrechtliches, funktionales Verständnis der Volksherrschaft per se nicht zufriedenstellend. Dies würde nämlich notgedrungen zu einem *Relativismus* führen, dem die Option abhanden kommt, sich im Namen ‚höherer‘ Werte wie Menschenwürde und Menschenrechte mit streng genommen ‚nicht-demokratischen‘ Mitteln wie einem Parteienverbot, einer Regulierung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit etc. gegen ihre inneren Feinde zur Wehr zu setzen sowie auf diese Weise eine ‚streitbare‘ Demokratie zu begründen. Andererseits weist wiederum Derrida (2006, S. 56 ff.) überzeugend darauf hin, dass die paradoxe Justierung demokratieerhaltender Maßnahmen auf nicht-demokratischem Wege am Ende einer Quadratur des Kreises gleichkommt. Denn auch in diesem Fall müsste von ‚außen‘ ein archimedischer Punkt an die Demokratie angelegt werden, den es vor dem Hintergrund ihrer ureigenen Prämissen und Prinzipien gar nicht geben kann. Deswegen drohen ‚wehrhafte‘ Demokratien die Volksherrschaft buchstäblich „zu Tode zu schützen“ und existiert kein ‚ob-

jektiv‘ konsistenter Ausweg aus dem angesprochenen Dilemma.

Eine normativ-ethische Reflexion der Demokratie, die das skizzierte Problem ernst nimmt, darf sich mithin von vornherein nicht mit dem Unterfangen tragen, sie von ihren Aporien dispensieren und ihre Widersprüche ‚heilen‘



Wehrhafte Demokratien drohen die Volksherrschaft „zu Tode zu schützen“

zu wollen. Stattdessen ist nach den tieferen Ursachen zu fragen, weshalb der Demokratie dieses und ähnliche unlösbare Probleme quasi inhärent sind und eine adäquate normative Erfassung der demokratischen Idee ihre Aporien deshalb nicht zu negieren, sondern förmlich auf ihnen aufzusatteln hat. Damit sind Zielvorstellung und Erkenntnisinteresse des vorliegenden Beitrags bereits umrissen. Die hieran anknüpfenden Abschnitte werden versuchen, dies einzulösen, indem zunächst eine konzise ideengeschichtliche Rekonstruktion und Vertiefung der normativen Herausforderung erfolgt, die die Demokratie bedeutet (Abschnitt 2), um im Anschluss das Konzept der „demokratischen Antinomien“ als geeignete Begrifflichkeit einzuführen, um diesen Aspekt auf den Punkt zu bringen. Auf dieser Basis wird dann die spezifische ‚Normativität‘ der Demokratie weiter spezifiziert (Abschnitt 3).

‚Aristokratie‘) ein neuer begrifflicher Fokus zu Tage, der den Vorrang der (frei handelnden bzw. herrschenden) Akteure gegenüber der Vorstellung eines vorgegebenen göttlichen Gesetzes (nomos bzw. Eunomie) unterstrich. Im Verlauf des 5. Jahrhunderts v. Chr. vermochte sich so insbesondere das ‚Volk‘ als ‚Subjekt‘ anstatt als Objekt der Geschichte zu verstehen, dessen „Könnensbewusstsein“ (ebd., S. 435–499) in den Anspruch mündete, das Zusammenleben autonom zu regeln. Keineswegs zufällig spiegelt sich jene Normenkollision auch im ältesten historischen Beleg des Demokratiebegriffs – Aischylos Drama *Die Schutzfliehenden* (ca. 463 v. Chr.) – wider. Dort überlässt der König von Argos der Volksversammlung die Entscheidung, ob den fünfzig Danaer-Töchtern, die sich weigern, die Söhne des Ägyptos zu heiraten, gemäß einem überlieferten göttlichen Gebot Asyl zu gewähren sei oder dies zu versagen, um einem drohenden Krieg mit den Ägyptern zu entgehen. Sowohl Entscheidungs*prozedur* als auch Entscheidung*situation* verweisen in diesem Kontext auf die Verfassungsrealität der attischen Demokratie, für die der tradierte (religiöse) Normenkodex offensichtlich keine unumstößliche ethische Orientierung mehr bereithielt.

Kontingenz und Ambivalenz sind – wie es Hannah Arendt² hypostasiert hat – seitdem das Grundmerkmal des politisch-demokratischen Handelns geblieben.

Verabsolutierte epistemische und normative Wahrheitsansprüche sowie ein für alle Mal fixierte, nicht revidierbare Gebote und Verbote auf der Ebene der Politik würden hingegen dem

2. Ideengeschichtliche Wurzeln der Demokratie als normatives Problem zwischen Universalität und Partikularität

Schon in ihren historischen Anfängen wirkte sich der Gegensatz zwischen der demokratischen Idee und den traditionellen Theogonien und Kosmogonien, aus denen sich ein religiöser Normenkatalog ableitete, konstitutiv auf die reale Entwicklung der antiken Volksherrschaft aus. Wie Christian Meier (1983, S. 275–325) gezeigt hat, trat mit der ‚Demokratie‘ (sowie mit weiteren sich damals sprachlich herauskristal-

lisierenden politischen Verfassungen wie der ‚Timokratie‘, ‚Oligarchie‘ oder

¹Die potentielle Selbstzerstörung der Demokratie war keineswegs erst in der Weimarer Republik (sowie zuvor und danach beim Sieg der Faschisten in Italien und Spanien) zu beobachten. Schon in ihren historischen Anfängen, im antiken Athen, wurde die Wiedereinführung der Oligarchie 411 v. Chr. von der Mehrheit der Volksversammlung getragen. Und das Ende der kurzen Phase der Zweiten Republik in Frankreich (1848–1851) war im Grunde genommen besiegelt, als der schon 1836 und 1840 als Putschist aufgefallene Louis Bonaparte per Volkswahl zum Präsidenten gekürt wurde.

²Siehe dazu die *Vita activa* (Arendt 1999) sowie der Aufsatz *Wahrheit und Politik* (Arendt 1972).



dynamischen Charakter der Demokratie grundsätzlich zuwiderlaufen. Theoretische und praktische Ansätze, die das Politische gleichwohl auf einem unumstößlichen metaphysischen und/oder moralphilosophischen Fundament



Normative Wahrheitsansprüche laufen der Demokratie zuwider

platzieren wollen, können entsprechend – wie zahlreiche Beispiele von Platon bis Alain Badiou im Laufe der Politischen Ideengeschichte belegen – eine zumindest starke Tendenz zum Antidemokratischen schwerlich kaschieren. Hans Kelsen (2006, S. 236) hat jene unvermeidliche demokratische Distanz zu überpositiven Normansprüchen einst in folgende bis heute bemerkenswerte Formulierung gegossen:

„Wenn die Frage nach dem, was sozial richtig, was das Gute, das Beste ist, in einer absoluten, objektiv gültigen, für alle unmittelbar verbindlichen [...] Weise beantwortet werden könnte: dann wäre die Demokratie schlechthin unmöglich. Denn was könnte es für einen Sinn haben, über eine Maßnahme, deren Richtigkeit über allem Zweifel erhaben feststeht, abstimmen und die Mehrheit entscheiden zu lassen? Was könnte es gegenüber der Autorität des absolut Guten anderes geben als den dankbaren und bedingungslosen Gehorsam?“

Zur Emanzipation des Politischen von Religion und Moral

Angesichts solch evidenter Gegensätzlichkeit kann es kaum überraschen, dass die Wiederbelebung des demokratischen Gedankens seit dem Spätmittelalter bzw. der Renaissance mit einer signifikanten *Emanzipation* des Politischen von Religion und Moral konvergiert, die als ‚Säkularisierung‘ beschreibbar ist (Böckenförde 2013, S. 92 ff.). Dies beginnt mit den an Aristoteles’ Trennung von Theologie und Politik, Theorie und Praxis angelehnten Ausführungen bei Marsilius von

Padua, setzt sich mit Machiavellis harter Absage an jedwede moralische Konnotation des Politischen fort und verdichtet sich schließlich in der Religionskritik der Aufklärung. Wie Jonathan Israel (2010) rekonstruiert hat, lässt sich die Denkbewegung, die etwa Hobbes, Spinoza, Bayle, Bolingbroke, Diderot oder d’Holbach sukzessive zu einer immer dezidierten Ausklammerung religiös-normativer Ansprüche aus dem Bereich des Politischen führte, als „Revolution of the mind“ identifizieren, die den politischen Revolutionen des 18. und 19. Jahrhunderts flankierend vorausging. Doch sogar der religionsaffinere Zweig der europäischen Aufklärung, der von Autoren wie Locke, Montesquieu, Rousseau, Kant oder Tocqueville verkörpert wird und auf seine Weise die moderne Demokratie begründete, sattelt auf der Trennung von Religion und Politik, Staat und Kirche auf und entzog damit – trotzdem er an moralischen Autoritäten festhielt – allen politisch begründeten Normen zumindest das feststehende epistemologische Fundament, das die Scholastik noch vorgesehen hatte. Als demokratische ‚Norm‘ schlechthin hat sich seitdem die *Toleranz* etabliert, die unterschiedliche, ja antagonistische Wertvorstellungen nebeneinander koexistieren lässt, ohne dass es den pluralistisch verfassten Gesellschaftskörper zerreißt. Da die Toleranz ihrerseits jedoch umstritten bleibt (Forst 2003), kann sie zwar der demokratischen Praxis einen normativen Anhaltspunkt bieten, die theoretisch reflektierte Distanz der Demokratie zu universalen Normen indes nicht beheben.

Die hier nur in groben Zügen zu skizzierende metaphysisch-ontologische Unsicherheit der Demokratie hat in der Gegenwart so komplexe Diskussionen geprägt wie diejenige, ob auch noch die moderne Volksherrschaft durch religiös-vorpolitische Normen ‚ergänzt‘ werden muss (z. B. Bellah 1985; Putnam 2000; Habermas 2005; Böckenförde 2013) oder ob reli-

giöse Argumente im öffentlichen Diskurs der Demokratie gerade keine argumentative Rolle spielen können und dürfen (z. B. Ackerman 1989; Rorty 1994; Rawls 2003). Auch die Theorie der „radikalen Demokratie“, die vor allem von Autoren wie Jacques Rancière, Ernesto Laclau, Etienne Balibar, Miguel Abensour oder Judith Butler geprägt wurde (Comtesse et al. 2019), versucht die Idee der Volksherrschaft generell jenseits von normativen Wahrheitsansprüchen und unter der Grundprämisse der Kontingenz zu diskutieren.

Die Aporie der Demokratie zwischen Universalismus und Partikularismus

Andererseits haben selbst die Vertreter jener radikalen Theorie wenigstens zum Teil registriert, dass eine völlige Lösung der Volksherrschaft von (universalen) normativen Bezügen sowie das kompromisslose Insistieren auf eine unbegrenzte Volkssouveränität die Demokratie mitsamt ihren Institutionen und Verfahren förmlich in der Luft hängen lassen und so zum Spielball für Populisten machen würde. Ernesto Laclau zählt es deshalb zu den unauflösbaren Aporien der Demokratie, dass sie sich auf der einen Seite gegen universale Normdiktionen sperrt, um andererseits eine solche universale



Ohne normativen Bezug wird die Demokratie zum Spielball für Populisten

Dimension (etwa durch den ‚Horizont‘ der Menschenrechte) als ‚Fluchtpunkt‘ gleichwohl zu verlangen. Aus dem epistemologisch „Partikularen“ und ‚Pluralistischen‘ der Demokratie resultiere darob „ein konstitutiver Mangel, der das Partikulare unaufhörlich dazu zwingt, mehr als es selbst zu sein“ und „eine universale Rolle anzunehmen“, die allerdings ihrerseits „prekär und unvernünftig“ bleibt. Entlang jener Aporie zwischen Universalität und Partikularität vermag und muss sich nun auch „demokratische Politik“ manifestieren (Laclau 2007, S. 41). Die „An-

nahme eines reinen Partikularismus“ sowie der Verzicht auf den „Appell an eine [letzteren] transzendierende Universalität“ ließe die Demokratie hingegen unweigerlich in „Segregationsnismus“ und „Selbstapartheid“ umschlagen und sei mithin eine in jeder Hinsicht „selbsterstörerische Unternehmung“ (ebd., S. 53, 60).

Mit anderen Worten, die Demokratie verlangt nach einer Art der *Balance* zwischen Universalität und Partikularität, die sie streng genommen selbst untergräbt, was im Übrigen die tiefere Ursache für jene ‚Autoimmunität‘ der Volksherrschaft darstellt, von der eingangs unter Berufung auf Derrida die Rede war. Denn nicht nur eine ‚undemokratisch‘ votierende Mehrheit kann die Demokratie gegebenenfalls unterlaufen. Abgesehen vom *Majoritätsprinzip* können sich vielmehr auch (alle) andere(n) Prinzipien der Demokratie unter Umständen gegen sie richten. Dies wäre beispielsweise gegeben,

- wenn *Freiheit* exklusivistisch/zum Privileg der sozial Höhergestellten degeneriert oder *Gleichheit* umgekehrt für eine illiberal-autoritäre Form der Volksherrschaft instrumentalisiert wird;
- wenn Lobbygruppen und Machtkartelle das an sich legitime Prinzip der *Repräsentation* zur Aushebelung der *Volkssouveränität* forcieren oder aber im Gegenzug die Idee des souveränen Volkes alle repräsentativen (und *rechtsstaatlichen*) Bindungen der politischen Macht konterkariert;
- wenn eine pluralistisch-multikulturell verfasste Gesellschaft ihren *sozialen Zusammenhalt*/eine geteilte kollektive Identität verliert bzw. letztere vice versa zur Unterdrückung der gesellschaftlichen *Vielheit* dient;
- wenn individuelle Rechte und Garantieren im Namen der *Gemeinschaft* verletzt werden oder aber der (moderne) Fokus auf das (nach seinen rationalen Interessen handelnde) *Individuum* Solidarität und

gemeinwohlorientierte Ziele verunmöglicht;

- wenn schließlich die *Universalität* der Demokratie zu einem mehr oder weniger gewaltsamen Export demokratischer Prinzipien einlädt bzw. im Gegenteil das Pochen auf die *Partikularität* und Eigenständigkeit jeder (realen) Demokratie einen normativen Ausverkauf, eine ‚Beliebigkeit‘ der Demokratie bewirkt, die einem Etikettenschwindel gleichkommt.

All jene Schief lagen, die von Populisten und Autokraten verschiedener Couleur seit Langem genutzt werden, um (tendenziell) undemokratische (oder auch ‚nicht mehr‘ demokratische) Regime mit dem Legitimitätsgehalt der traditionellen Demokratieidee zu versorgen, resultieren auf je eigene Weise aus einer Vereinseitigung und Verabsolutierung der kursiv gesetzten demokratischen Prinzipien, die sich allesamt in einem unlösbaren Spannungsverhältnis zueinander befinden.

3. Das Konzept demokratischer Antinomien und ihre spezifische Normativität

Dass die Demokratie einer gängigen Einschätzung nach zu den „essentially contested concepts“ (Gallie 1956) zählt, für deren Definition und Applikation sich keine einheitlichen Standards herausgebildet haben, sodass die Volksherrschaft schlimmstenfalls „alles und jedes“ bedeuten kann (Sartori 1992, S. 11), wird häufig als grundlegende Absage an eine normative Dimension des Demokratischen interpretiert. Tatsächlich hat eine (überzeugende) normative Demokratietheorie eine plausible Entgegnung darauf zu finden, wes-

Die hiervon indizierten inneren *Strukturdefekte*,³ die jeder Demokratie inhärent sind, implizieren als positive Kehrseite immerhin die vorhin mit Laclau lancierte Eigenschaft der Demokratie zur Selbsttranszendierung: Nicht nur die in ihr angelegte Selbsterstörung gehört zu einer ‚authentischen‘ Demokratieidee, sondern ebenso das Potenzial, über die eigenen ‚Defizite‘ hinauszureichen und trotz aller Widersprüche normative Legitimität zu entfalten. Um dieses Potenzial konturieren und somit klären zu können, warum die Demokratie ‚mehr‘ bedeutet als ein (politisches) Regime unter vielen, ist es indes nötig, in ihren unauflösbaren Spannungen und Gegensätzen nicht länger (nur) ein Manko, sondern zuallererst die konstitutive Grundbedingung für die aus ihr fließende Normativität zu erkennen. Im folgenden Abschnitt wird zu diesem Zweck das Konzept der demokratischen Antinomien erläuternd eingeführt.

halb die ‚Volksherrschaft‘ – wie einst schon Rousseau feststellte – im strengen Sinne des Wortes niemals existiert hat und niemals existieren wird, weil sie der notwendig hierarchischen Verfassung von Herrschaft zuwiderläuft. Eine kritische Analyse der Demokratie wird deswegen stets ihre Unzulänglichkeiten und ‚gebrochenen Versprechen‘ aufdecken, etwa was die Aussicht auf einen Abbau von Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten oder die umfassende Realisierung von Partizipationsmöglichkeiten in Staat und Gesell-

³ Ausführlich hierzu Hidalgo 2018a, S. 36–48. Anhand der kursiv gesetzten, antinomischen demokratischen Prinzipien ließe sich vertiefend zeigen, warum etwa auch das ‚Postdemokratische‘ im Sinne von Colin Crouch oder Chantal Mouffe, der Populismus (vgl. Priester 2012 und Müller 2016) sowie die mangelnde Affinität zur Nachhaltigkeit/einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik zu den Strukturdefekten der Demokratie zählen. Vgl. Hidalgo 2014, Kap. 9; Hidalgo 2018a, S. 48–52; Hidalgo 2018b, S. 172–181.



schaft angeht (Bobbio 1988; Zolo 1998). Das Gleiche gilt für den Umstand, dass die Demokratie, die – insbesondere im Zeitalter der globalen Migration – zum einen mit Etienne Balibar oder Joseph Carens überzeugend als permanente, grenzenlose Inklusionsbewegung zu denken ist, zum anderen die Möglichkeit behalten muss, Grenzen zu setzen (z.B. Walzer 2006, Kap. 2; Nida-Rümelin 2017), will sie ihre Handlungsfähigkeit nicht verlieren.



Freiheit und Gleichheit beschreiben einen fundamentalen Zielkonflikt

Darüber hinaus erhellt sich bereits im Werk von Alexis de Tocqueville, dass sogar die beiden zentralen, gemeinhin anerkannten normativen Grundprinzipien der Demokratie – Freiheit und Gleichheit – einen fundamentalen, letztlich unauflösbaren „Zielkonflikt“ beschreiben (Schmidt 2010, S. 113), insofern die Akzeptanz individueller und sozialer Freiheit stets (neue) Hierarchien verursachen wird, während die Gewährleistung von gesellschaftlicher ‚Gleichheit‘ und Gleichberechtigung ohne sozial- und wohlfahrtsstaatliche Eingriffe (und damit Freiheitseinschränkungen) ins Leere laufen würde. Solche und ähnliche ‚Unzulänglichkeiten‘ können zwar das Vertrauen in die Demokratie erschüttern, die in sie gesetzten normativen Hoffnungen und Erwartungen zu erfüllen. Eine aufwändige *genealogische* Betrachtung gibt in diesem Zusammenhang jedoch Aufschluss darüber, dass sich die unter dem Demokratiebegriff subsumierbaren Gegensätze⁴ zumindest wechselseitig die Waage zu halten vermögen. Im Ganzen wird die Demokratie dadurch als historisch gewachsene Idee sichtbar, deren überambitionierter, selbsttranszendierender Anspruch politisch eigentlich Unvereinbares zusammenfügen will. Dies erklärt auch, warum eine Demokratie de facto niemals eindeutig definierbar ist, sondern in legi-

timer Manier auf *gegensätzliche* Weise interpretier- und gestaltbar bleibt. Als *essentially contested concept* bleibt die Demokratie dadurch in ihren Kernbereichen und ‚Essenzen‘ umstritten, doch lassen sich an ihren Rändern dennoch klare Konturen aufzeigen, die den unlösbaren Streit in der Demokratie anschaulich verorten, sprich: die Fragen und Problemkreise adressieren, um welche sich die politischen Auseinandersetzungen in einer Demokratie permanent drehen.

Demokratische Antinomien: legitime Gegensätze

Konkret ist dazu aus der Ideen- und Begriffsgeschichte zu ersehen, dass das Demokratiekonzept im Laufe seiner wechselhaften Entwicklung gerade diejenigen widersprüchlichen semantischen Bedeutungszuschreibungen auf ihren Nenner gebracht hat, die in Abschnitt 2 für die Identifikation von *Strukturdefekten* der Volksherrschaft hilfreich waren:

- Gleichheit vs. Freiheit (1),
- Volkssouveränität vs. Repräsentation (2),
- quantitatives (Mehrheits-) vs. qualitatives (Rechtsstaats-)Prinzip (3),
- soziale Einheit vs. Pluralität (4),
- Gemeinschaftsverantwortung vs. individuelle Ansprüche (5)
- sowie einmal mehr Universalität vs. Partikularität (6).

Folgerichtig kreist die theoretische wie praktische Debatte über die Demokratie seit ihren expliziten Anfängen in der griechischen Antike bis in die Gegenwart um die genannten Gegensätze,⁵ ohne dass eine Entscheidung, welcher der genannten Pole die Demokratie jeweils ‚authentischer‘, ‚adäquater‘ oder ‚legitimer‘ abbildet als sein Pendant, intersubjektiv nachvollziehbar zu treffen wäre. Dies leuchtet auch deswegen unmittelbar ein, als sich weiter oben

schon enthüllt hatte, dass jede *Aufhebung* eines der sechs Spannungsmomente durch die Verabsolutierung eines Poles zu Lasten des anderen die Schattenseiten der Demokratie zu Tage fördert, die sich dadurch in eine illiberale (Pseudo-)Demokratie, eine Tyrannei der Mehrheit, eine totalitäre Art der Volksherrschaft, eine desintegrierte Gesellschaft usw. verwandeln würde. Um derartigen Strukturdefekten der Demokratie zu entgehen, kommt es also darauf an, zu vermeiden, dass die skizzierten Gegensätze (einseitig) aufgelöst werden.

Hieraus ergibt sich die Plausibilität, letztere als ‚Gegengesetze‘ oder ‚Antinomien‘ des Demokratiebegriffs zu erfassen. Mit der Applikation des Antinomie-Begriffs zur Bezeichnung der normativen Widersprüche, die das Demokratiekonzept seit seiner Entstehungsgeschichte konturieren, wird dem Umstand Ausdruck verliehen, dass es sich wirklich um *unauflösbare* Gegensätze und Paradoxien handelt – zwar nicht gemäß der strengen Regeln der philosophischen Logik, wohl aber im Hinblick darauf, dass die gegensätzlichen Pole der Demokratie eine gleichberechtigte Legitimität anzeigen, eben weil sie sich nicht im Sinne Hegels in eine konsistente, theoretisch modellierbare *Synthese* überführen lassen.



Merkmal jeder Demokratie ist es, den widersprüchlichen Normen parallel Geltung zu verschaffen

Möglich und authentisches Merkmal jeder Demokratie ist es lediglich, den widersprüchlichen Normen und Prinzipien *parallel* Geltung zu verschaffen, da wie gesagt nicht zu entscheiden ist, welcher Pol jeweils ‚richtiger‘ oder ‚falscher‘ für die Demokratie ist als der andere. In der demokratischen Praxis führt dies bestenfalls zu einer

⁴ Für eine umfassende Rekonstruktion der Geschichte des Demokratiebegriffs siehe z. B. Keane 2009 und Nolte 2012, die Entwicklung der Demokratie als politischer Grundbegriff wird nachgezeichnet bei Meier et al. 2004.

⁵ Ausführlich dazu Hidalgo 2014, Kap. 3.

Art *Balance* zwischen den sechs Antinomien, die jedoch keinesfalls mit einer simplen Schnittmenge zu verwechseln ist. Stattdessen lässt sich vor dem Hintergrund der demokratischen Antinomien ein *Diskursrahmen* aufspannen, in dessen Konturen sich Demokratien in der Praxis weitgehend offen und flexibel sowie mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen realisieren können. ‚Demokratische‘ Entscheidungen pro Gleichheit *oder* Freiheit, Volkssouveränität *oder* Repräsentation, Individuum *oder* Gemeinschaft, gemäß qualitativem Rechtsstaats- *oder* quantitativem Mehrheitsprinzip usw. oszillieren in diesem Zusammenhang um ein ‚leeres Zentrum‘ im Sinne Claude Leforts (1990). Die politische Vielheit der Meinungen und Positionen gelangt dabei zur (symbolischen) Einheit, indem die jeweils (unterlegene) Gegenposition als grundsätzlich legitim anerkannt wird und so für die (alternative) Zukunft eine Option bleibt.

Die genannten antinomischen demokratischen Prinzipien spiegeln sich konsequenterweise in einer weitgehend *variablen* Ausgestaltung von empirischen Demokratien wider, ohne dass die den Diskursrahmen der Demokratie aufspannenden, eng miteinander verbundenen Gegensätze als solche aufgehoben werden dürften. Dies heißt beispielsweise,

- dass selbst eine grundsätzlich auf Gleichheit ausgerichtete, sozialstaatlich verfasste Demokratie das freie, marktwirtschaftliche Spiel der individuellen Interessen und sozialen Kräfte nicht eliminieren darf (1);
- dass trotz der evidenten Legitimität von Referenden, Bürgerinitiativen etc. die repräsentativen Verfahren, Organe und Institutionen der Demokratie nicht abgeschafft werden, sofern die organisierte Interessensvertretung nicht das klassische demokratische Prinzip *one (wo)man, one vote* zerstört (2);
- dass jede plausible Maßnahme, die getroffen wird, um die ungebremste Verfügungsgewalt des Volkes

durch qualitative Normen, Werte und rechtsstaatliche Bindungen zu begrenzen, das Prinzip des Mehrheitsentscheids oder gar die ungehinderte öffentliche Diskussion als solche nicht konterkariert (3);

- dass jedes noch so entschiedene Pochen auf sozialen Zusammenhalt, kollektive Identität und Homogenität des Volkes den pluralistischen Grundcharakter der Demokratie respektiert (4);
- dass die Belange der Gemeinschaft bzw. die Anforderungen bürgerlicher Solidarität in den garantierten Rechten und Interessen des Einzelnen einen unwiderrufbaren Vorbehalt finden, ohne dass das eine dem anderen prinzipiell übergeordnet wäre (5);
- schließlich, dass jede Demokratie ein einzigartiges, unverwechselbares politisches Gebilde darstellt, obwohl sich die diversen Demokratien trotzdem untereinander ähneln (6).

Das Gleiche ließe sich jeweils auch umgekehrt formulieren (1–6).

Jene konstitutive Koexistenz von antinomischen, normativ gleichberechtigten Ansprüchen an die bzw. in der Demokratie ist theoretisch auf zweierlei Weisen zu unterfüttern:

Erstens, indem die im Archiv der Ideengeschichte versammelten AutorInnen wie Tocqueville und Judith Butler (1), Rousseau, Schumpeter, Barber (2), Lefort, Rancière, Derrida, Luhmann (3), Hermann Heller und Hannah Arendt (4) bzw. auch Diskurse wie der Kommunitarismusstreit (5) oder poststrukturalistische und postkoloniale Ansätze der Demokratie (6) sie im Grunde durch die Bank explizit oder implizit bestätigen.

Und zweitens, indem die ohnehin seltenen, einschlägigen ‚Gegenmodelle‘ wie z. B. die unsichtbare Hand bei Adam Smith (5), die ‚Gleichursprünglichkeit‘ von Volkssouveränität und Menschenrechten bei Habermas (1–3) oder auch die strikte Verlagerung von Pluralität und Heterogenität auf die außenpoliti-

sche Welt bei Carl Schmitt (4) das Dilemma offensichtlich nicht lösen, sondern performativ fortsetzen.

Ein weiteres Indiz für die Stichhaltigkeit der Existenz demokratischer Antinomien wird zudem durch die in der Demokratietheorie übliche *Klassifizierung* divergierender *Demokratietypen* transparent, die eine solche binäre Codierung gegensätzlicher demokratischer ‚Legitimitäten‘ gleichfalls nahelegt: Auch das (normativ unauf lösbare) Nebeneinander von republikanischer vs. liberaler (1), direkter vs. repräsentativer (2), partizipatorischer vs. elitärer (3), konsensueller vs. pluralistischer (4), antiker vs. moderner (5), westlicher vs. nicht-westlicher (6) Demokratie deutet darauf hin, dass *innerhalb* der Demokratie gleichermaßen legitime normative Dynamiken am Werk sind, die lediglich unterschiedliche (und vorläufig bleibende) Schwerpunktsetzungen erlauben.

Außerhalb des skizzierten Rahmens der demokratischen Antinomien sind hingegen die vielgestaltigen „Entartungsmöglichkeiten“ und „Selbstzerstörungen“ des Demokratischen anzusiedeln, die in Abschnitt 2 zur Sprache kamen und die dadurch gekennzeichnet sind, wenigstens *eine* der widersprüchlichen Seiten der Demokratie zu *verabsolutieren* und demnach das notwendige Gegenprinzip der Antinomie zu absorbieren. Das normative Gerüst der Demokratie

Dass die Demokratie entlang ihrer Antinomien ein wenigstens vages und zugleich dezidiertes normatives Gerüst gewinnt, verdeutlicht sich darin, dass sie sich infolgedessen jenseits von normativer Überfrachtung *und* verweigerter Normativität bewegt. Jene Unentschiedenheit, die das *Sowohl als auch* paradigmatisch an die Stelle des dezisionistischen *Entweder-oder* rückt, lässt sich dabei in vier ineinandergreifende Aspekte (a–d) auffächern:

a) *Die Legitimität von Alternativen tolerieren*

Zuerst ist zu betonen, dass der demokratische Diskurs/die in der Demokratie virulenten politischen Kämpfe und Auseinandersetzungen ein signifikant *mäßigendes* Moment erhalten, indem jedes Bemühen der Durchsetzung eigener politischer Ziele im Rahmen der demokratischen Antinomien die grundsätzliche Berechtigung, das jeweilige Gegenziel vertreten zu können, nicht in Abrede stellt. Hieraus folgt, dass in jeder (unvermeidlich) politisch-polemischen Artikulation der *Abwesenheit* des antinomischen Gegenpols zur eigenen politischen Zielvorstellung die normative-ethische (oder auch symbolische) *Anwesenheit* dieses Gegenpols unaufhörlich mitschwingt. Infolgedessen können politische Projekte in der Demokratie auf eine Weise vorangetrieben werden, die die Existenz legitimer Gegenpositionen toleriert. Die Demokratie steht damit gemäß des antinomischen Ansatzes zwar nach wie vor nicht auf einem festen normativ-ontologischen Fundament, sie richtet sich aber ebenso gegen die von Rorty und anderen formulierte Vorstellung *radikaler Kontingenz*, ohne deswegen hinter die von poststrukturalistischen AutorInnen aufgespürten Ambivalenzen, Pluralismen und Partikularitäten zurückzufallen. Anders als Judith Butlers *Frames of War* (2009) argumentieren, ist das Demokratiekonzept zumindest dazu angetan, zwischen normativ Gewolltem und Nicht-Gewolltem, Akzeptablem und Nicht-Akzeptablem zu unterscheiden. Der dafür nötige intersubjektive ‚Rahmen‘ ist durch die identifizierten demokratischen Antinomien sowie dem normativen Ziel ihrer *Nicht-Aufhebung* zweifelsohne gegeben. Und obwohl jener Rahmen bis zu einem bestimmten Grad selbst inkohärent, offen und dynamisch bleibt, insofern die Antinomien ihrerseits weder abschließend definierbar noch vor blinden Flecken gefeit sind (und nur das bis dato erreichte Stadium der Genealogie der Demokratie konfigurieren), lässt sich

aus ihnen doch eine belastbare normative Orientierung beziehen. Diese ist zwar mit keiner objektiv-neutralen (Außen-)Perspektive auf die Demokratie (oder gar einem ‚Wahrheitsanspruch‘) zu assoziieren und verlangt, die eigene Position im Rahmen der Demokratie stets mit der Legitimität alternativer (Gegen-)Positionen zu konfrontieren. Sie entsagt ihren normativen Chancen aber ebenso wenig bereits aus dem von Butler dirigierten ‚Grund‘, dass sie als Deutungsrahmen vor einer Instrumentalisierung nicht gefeit ist und Anerkennungsfähiges *außerhalb* dieses Rahmens gegebenenfalls (zeitweilig) ignoriert wird. Entsprechend ist die antinomisch gedachte Demokratie gegen Butler (2010, S. 42 f., 57, 102, 118 f., 145) nicht allein radikal, sondern auch liberal zu denken.

b) *Widerspruch und Verbundenheit.*

Die Ethik als Gegengewicht der Politik
Die demokratischen Antinomien laufen auf eine Form der normativen Ethik hinaus, die sich durch ihre unlösbare Spannung zur Politik/zum Politischen auszeichnet. Gemäß ihrer Antinomien ist die Demokratie stets *beides*, „ein politisches Projekt wie jedes andere, das aus sozialen Kämpfen hervorgeht [und] gegen Widerstände durchgesetzt wird“, und gleichzeitig eine Form der normativen Legitimität, mit der sie „sich gewissermaßen selbst aus den Angeln“ hebt (Marchart 2010, S. 332). So fällt die Demokratie einerseits mit den in ihr stattfindenden politischen Auseinandersetzungen zusammen und ist andererseits doch *auch* etwas außerhalb davon, etwas Nicht-Politisches bzw. Ethisch-Normatives, das eben darum die politischen Kämpfe zu regulieren vermag. Ethik und Politik bzw. politische und ethische Normativität stehen sich in der Demokratie sowohl konträr gegenüber wie sie über ihre antinomische Charakteristik miteinander verbunden sind. Dies folgt daraus, da sich *politisch*, das heißt anhand der demokratischen Institutionen, Verfahren und Zählweisen, weder der Wille

‚des‘ Volkes repräsentieren noch die individuellen und partikularen Interessen von Einzelnen und Gruppen zufriedenstellend abbilden lassen, sie *ethisch-symbolisch* aber – wie unter a) erwähnt – gleichwohl als ‚anwesend‘ gelten können. Letzteres hat damit zu tun, dass in der *politischen* Normativität der Demokratie all das seinen Ausdruck findet, was im Konzept der Antinomien tendenziell der Seite des *Partikularen* zuzuordnen ist: (frei entstehende) Hierarchien; (souveräne) Entscheidungen im Namen des Volkes, die performativ allerdings nur die Unmöglichkeit demonstrieren, einen echten und unmissverständlichen ‚Volkswillen‘ zu generieren; das Prinzip der quantitativen Entscheidung; die Unlösbarkeit politischer Konflikte; sowie schließlich die Besonderheiten jeder konkreten politischen Gemeinschaft bzw. – in der Diktion Marcharts (2010, S. 342) – „Organisation“, „Parteilichkeit“, „Majoritär-Werden“, „Konfliktualität“ und „Kollektivität“. Das *ethische* Gegengewicht verweist demgegenüber auf den *universalen* Horizont der Demokratie, der zuvorderst aus Gleichheit/Gleichberechtigung, der (unmöglichen) Repräsentation der Vielheit, dem qualitativen Rechtsstaatsprinzip, sozialer Einheit/einer allgemein geteilten Identität sowie schließlich individueller Autonomie besteht, den jedoch auch alle anderen antinomischen Pole berühren können, insofern letztere allesamt sowohl politisierbar wie (regulativ) ethisierbar sind. Eine derartige demokratische Ethik, die die (dem Grund nach partikular bleibenden und dennoch kollektiv verbindlichen) politischen Entscheidungen in der Demokratie *abfedert*, wird dabei erkennbar nicht von *außen* an die Volksherrschaft herangetragen, sondern entspricht ihren inneren Widersprüchen. Deutlich wird überdies, dass es ebenso Politiken/politische Partikularitäten gibt, die der symbolischen Anwesenheit einer universalen demokratischen Ethik entbehren und die eben dadurch als ‚nicht-demokratisch‘ klassifizierbar werden.



c) Die Balance widerstreitender Prinzipien wahren

Die *Nicht-Entscheidbarkeit* zwischen den normativ gleichrangigen Prinzi-

pien, die jeweils die Gegenpole der skizzierten demokratischen Antinomien bilden, leiten wie oben angedeutet ein Grundverständnis der Demokratie als

politisches, soziales und lebensweltliches System an, das primär für eine ausgewogene *Balance* zwischen Freiheit und Gleichheit, Volkssouveränität

LITERATUR

- Ackerman, Bruce (1989): Why Dialogue?, in: *Journal of Philosophy* 86, S. 5–22.
- Arendt, Hannah (1972): Wahrheit und Politik, in: *Wahrheit und Lüge in der Politik*, München, S. 44–92.
- Arendt, Hannah (1999): *Vita activa oder vom tätigen Leben*. 11. Aufl., München.
- Bellah, Robert et al. (1985): *Habits of the Heart. Individualism and Commitment in American Life*, Stanford.
- Bobbio, Norberto (1988): *Die Zukunft der Demokratie*, Berlin.
- Böckenförde, Ernst-Wolfgang (2013): *Recht, Staat, Freiheit*, Frankfurt a. M.
- Butler, Judith (2010): *Raster des Krieges. Warum wir nicht jedes Leid beklagen*, Frankfurt a. M./New York.
- Comtesse, Dagmar et al. (Hrsg.) (2019): *Radikale Demokratietheorie. Ein Handbuch*, Berlin.
- Dahl, Robert A. (1998): *On Democracy*, New Haven/London.
- Derrida, Jacques (2006): *Schurken. Zwei Essays über die Vernunft*, Frankfurt a. M.
- Forst, Rainer (2003): *Toleranz im Konflikt. Geschichte, Gehalt und Gegenwart eines umstrittenen Begriffs*, Frankfurt a. M.
- Gallie, Walter B. (1956): Essentially Contested Concepts, in: *Proceedings of the Aristotelian Society*, 56: 167–198.
- Habermas, Jürgen (2005): *Vorpolitische Grundlagen des demokratischen Rechtsstaates?*, in: *Zwischen Naturalismus und Religion. Philosophische Aufsätze*, Frankfurt a. M., S. 106–118.
- Habermas, Jürgen (2008): *Hat die Demokratie noch eine epistemische Dimension? Empirische Forschung und normative Theorie*, in: *Ach Europa. Kleine Politische Schriften XI*, Frankfurt a. M., S. 138–191.
- Hidalgo, Oliver (2014): *Die Antinomien der Demokratie*, Frankfurt a. M./New York 2014.
- Hidalgo, Oliver (2018a): *Von den Antinomien zu den Strukturdefekten der Demokratie. Eine theoretische Analyse mit einem Ausblick auf das politische Problem der Nachhaltigkeit*, in: *Mannewitz, Tom (Hrsg.): Die Demokratie und ihre Defekte. Analyse und Reformvorschläge*, Wiesbaden, S. 33–56.
- Hidalgo, Oliver (2018b): *Religion, (Rechts-)Populismus und Demokratie – Versuch einer theoretischen Verhältnisbestimmung*, in: *Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik* 2.2, S. 167–192.
- Honig, Bonnie (1993): *Political Theory and the Displacement of Politics*, Ithaca.
- Israel, Jonathan (2010): *A Revolution of the Mind. Radical Enlightenment and the Intellectual Origins of Modern Democracy*, Princeton.
- Keane, John (2009): *The Life and Death of Democracy*, London.
- Kelsen, Hans (2006): *Verteidigung der Demokratie. Abhandlungen zur Demokratietheorie*, Tübingen: 229–237.
- Laclau, Ernesto (2007): *Emanzipation und Differenz*. 2. Aufl., Wien.
- Lefort, Claude (1990): *Die Frage der Demokratie*, in: *Rödel, Ulrich (Hrsg.): Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie*, Frankfurt a. M., S. 281–297.
- Lembcke, Oliver W./Ritzi, Claudia/Schaal, Gary S. (Hrsg.) (2012): *Zeitgenössische Demokratietheorien. Band 1: Normative Demokratietheorien*, Wiesbaden.
- Marchart, Oliver (2010): *Die politische Differenz. Zum Denken des Politischen bei Nancy, Lefort, Badiou, Laclau und Agamben*, Frankfurt a. M.
- Meier, Christian (1983): *Die Entstehung des Politischen bei den Griechen*, Frankfurt a. M.
- Meier, Christian/Reimann, Hans Leo/Maier, Hans/Koselleck, Reinhart/Conze, Werner (2004): *Demokratie*, in: *Otto Brunner/Conze, Werner/Koselleck, Reinhart (Hrsg.): Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland Bd. 1*, Stuttgart, S. 821–899.
- Mouffe, Chantal (2014): *Agonistik. Die Welt politisch denken*, Berlin.
- Müller, Jan-Werner (2016): *Was ist Populismus?* Berlin.
- Nida-Rümelin, Julian (2017): *Über Grenzen denken. Eine Ethik der Migration*. Hamburg.
- Nolte, Paul (2012): *Was ist Demokratie? Geschichte und Gegenwart*, München.
- Priester, Karin (2012): *Rechter und linker Populismus. Annäherung an ein Chamäleon*, Frankfurt a. M./New York.
- Putnam, Robert D. (2000): *Bowling Alone. The Collapse and Revival of American Community*, New York.
- Rancière, Jacques (2002): *Das Unvernehmen*, Frankfurt a. M.
- Rawls, John (2003): *Politischer Liberalismus*, Frankfurt a. M.
- Rorty, Richard (1994): *Religion as Conversation-Stopper*, in: *Common Knowledge* 3.1, S. 1–6.
- Rosanvallon, Pierre (2017): *Die Gegen-Demokratie. Politik im Zeitalter des Misstrauens*, Hamburg.
- Sartori, Giovanni (1992): *Demokratietheorie*, Darmstadt.
- Schmidt, Manfred (2010): *Demokratietheorien. Eine Einführung*. 5. Aufl., Wiesbaden.
- Walzer, Michael (1987): *Interpretation and Social Criticism*, Cambridge/Mass.
- Walzer, Michael (2006): *Sphären der Gerechtigkeit. Ein Plädoyer für Pluralität und Gleichheit*. Frankfurt a. M./New York.
- Zolo, Danilo (1998): *Die demokratische Fürstenherrschaft. Für eine realistische Theorie der Politik*, Göttingen.



und Repräsentation usw. Sorge trägt. Über den normativ-ontologischen Status der Prinzipien, die solchen Antinomien zugrunde liegen, ist damit freilich noch nichts ausgesagt, wurden sie doch weder aus naturrechtlichen oder anthropologischen Vorgaben noch aus rationalen oder sonstigen Maßstäben her abgeleitet, sondern innerhalb der einschlägigen Ideen- und Begriffsgeschichte schlicht vorgefunden. Gemäß den gängigen Konzepten der Moralphilosophie, die Michael Walzer (1987) unterschieden hat – Entdeckung, Erfindung und (perspektivistische) Interpretation – bleibt für die demokratischen Antinomien streng genommen nur der dritte Weg gangbar. Als historisch-normative *Hermeneutik* aber gehen die Antinomien der Demokratie nichtsdestoweniger über eine bloße Interpretation des Vorgefunden hinaus, indem zum einen neben der historischen Genese zugleich die *Selbstreproduktion* des Demokratiediskurses evident wird und zum anderen die mögliche Diagnose von ‚Schiefen‘ innerhalb des demokratischen Rahmens gegebenenfalls mit einem (normativen) Auftrag verbunden ist: *gegenzusteuern*, um die demokratischen Balancen wenn möglich wiederherzustellen. Insbesondere aber werden entlang jener Hermeneutik Aufhebungsversuche, die wie etwa der Totalitarismus die Einheit, der Kommunismus die Gleichheit bzw. die Gemeinschaft, der Faschismus die Partikularität, der Imperialismus die Universalität, der Paternalismus die Qualität oder der Populismus Volkssouveränität, Quantität und Homogenität verabsolutieren, als ‚anti-demokratisch‘ einsichtig und somit normativ bewertbar. Dies bewahrt die Demokratie vor Beliebigkeit, ohne die Vielgestalt und Vorläufigkeit ihrer Perspektiven zu negieren.

d) Opposition als Indiz der Einheit demokratischer Gesellschaften

Empirische Signifikanz erfährt die Normativität der demokratischen Antinomien zuletzt anhand der Figur der

politischen Opposition. In dieser Hinsicht können das Handeln und Behandeln der Opposition als empirisch relativ belastbarer Maßstab gelten, ob das (systemkonforme) Austarieren der demokratischen Widersprüche in einer konkreten Gesellschaft/einem konkreten politischen Verband als gelungen anzunehmen ist oder nicht. Die ungehinderte Artikulation gegenläufiger Ansprüche zum politischen Mainstream bzw. zur Regierungsmeinung ist diesbezüglich als wichtiges Indiz zu bewerten, dass die mit den Antinomien korrespondierenden politischen (Gegen-)Prinzipien unverändert in der demokratischen Gesellschaft zirkulieren. Das Vorhandensein einer *systemloyalen Opposition* gibt darüber hinaus Aufschluss, ob inmitten der unaufhörlichen politischen Auseinandersetzungen die notwendige Einheit und Kohärenz der Gesellschaft gewahrt ist. Opposition im Sinne der Antinomien ist freilich nicht allein als parlamentarischer Streit zu denken. Das (symbolische) ‚Anwesendmachen‘ von machtpolitisch abwesenden Polen der Demokratie ist stattdessen ebenso von einer kritischen Öffentlichkeit, Kunst, Lite-

ratur, den Medien oder zivilem Ungehorsams zu leisten. Eine ‚eindeutige‘ normative Gewissheit lässt sich indes auch über den Maßstab der Opposition nicht erzielen. Schließlich sind nicht marginalisierte systemfeindliche (z. B. terroristische und revolutionäre) Fundamentaloppositionen bisweilen auch in Demokratien zu beobachten, die die Balance der Antinomien wahren. Und wie die Debatte über die Postdemokratie suggeriert, kann eine formal intakte Opposition womöglich zur Fassade verkommen. Gleichwohl ist es für ein vertieftes Verständnis der spezifischen Normativität der (antinomischen) Demokratie hilfreich, die ‚Gegen-Demokratie‘ (Rosanvallon 2017) wahrzunehmen, die zu jeder authentischen ‚Volks-herrschaft‘ dazugehört und die sich in einer permanenten Kritik und Infragestellung der Regierungspolitik sowie einem (gesunden) Misstrauen gegenüber *allen* demokratischen Institutionen äußert. Dass es immer und überall, wo ‚eine‘ Demokratie existiert, eine ‚zweite‘, oppositionelle geben muss, ist im Zweifelsfall *das* normative Merkmal der demokratischen Antinomien schlechthin.

4. Ein Ausblick auf zeitgenössische normative Demokratietheorien

Die vorliegende Argumentation legt nahe, dass sich die normative Dimension der Demokratie weniger als übergreifender, praktikabler *Minimalkonsens* im Sinne von Robert A. Dahl (1998) denn als Form des regelgeleiteten, institutionalisierten wie nicht-institutionalisierten Streites darstellt. Gleichwohl bildet die *agonale* Demokratietheorie im Anschluss an Bonnie Honig (1993) und Chantal Mouffe (2014) die antinomische Demokratie nur zur Hälfte ab. Denn zur Demokratie gehört sehr wohl auch ein ‚Konsens‘, der den politischen Wettkampf einhegt, den sozialen Zusammenhalt stärkt und einer Desintegration der Gesellschaft vorbeugt. Einen solchen

‚Konsens‘ fordert implizit zwar auch die agonale Theorie, kann diese Perspektive jedoch auf Basis ihrer Prämissen nicht konsistent in das eigene Gedankengebäude integrieren. Die große Gegenspielerin der agonalen Demokratie – die deliberative Theorie im Anschluss an Habermas, Dryzek und andere – ist insofern das kontrastierende ‚Pendant‘, das die Demokratie unter antinomischen Gesichtspunkten erst ‚komplett‘ werden lässt.

Generell ist das breite Spektrum an zeitgenössischen normativen Demokratietheorien (vgl. Lembcke et al. 2012) über den derzeit dominierenden Gegensatz zwischen deliberativer und agonaler Demokratie plau-

sibel in das Grundgerüst der demokratischen Antinomien einzuordnen. Feministische Ansätze, die wie bei Iris Marion Young oder Anne Philipps die Demokratie als ständig fortschreitende Inklusionsbewegung auffassen, spiegeln hier – wie Judith Butler bereits in *Gender Trouble* (1990) ausführt – die Paradoxien der ersten Antinomie wider, indem das Ziel der ‚Gleichheit‘ hier auf einer zuvor getätigten Differenzierung der Geschlechter aufbaut. Postmoderne Annäherungen zur Volksherrschaft, für die etwa Jacques Derrida oder Zygmunt Bauman stehen, kreisen hingegen ebenso wie die liberalen und kommunitaristischen Varianten des Multikulturalismus (Will Kymlicka, Charles Taylor) um die Grundproblematik Universalismus vs. Relativismus, Einheit und Vielheit. Der bereits klassische Gegensatz zwischen liberalem Pluralismus (Ernst Fraenkel, Norberto Bobbio, Robert A. Dahl) und republikanischem Inklusions- und Gemeinschaftsdenken (Philipp Pettit, Cass R. Sunstein) richtet sein Augenmerk hingegen primär auf Antinomien zwischen Freiheit und Gleichheit, Individuum und Gemeinschaft, eine Widersprüchlichkeit, die sich in den kommunitaristischen Spielarten der Demokratie (Michael Sandel, Michael Walzer) ver-

dichtet. Auch der Pragmatismus (John Dewey, Richard Rorty) greift diese Aspekte auf und adressiert zusätzlich die sechste Antinomie zwischen Universalität und Partikularität, um sie im Anschluss daran mehr oder weniger elegant zu umschiffen. Die Konkurrenz zwischen partizipatorischer vs. oligarchischer/elitärer Demokratie (Benjamin Barber vs. Joseph Schumpeter) ist demgegenüber als Neuauflage des langen ideengeschichtlichen Ringens um das Verhältnis von Volkssouveränität und Repräsentation, Quantität und Qualität, also zweiter und dritter Antinomie der Demokratie zu lesen. Die Thematik einer globalen bzw. kosmopolitischen Ausdehnung der Demokratie (David Held, Otfried Höffe), die von einer räumlich zu begrenzenden, zivilgesellschaftlichen Form der Demokratie (Hannah Arendt, Mary Kaldor) in Frage gestellt wird, ist schließlich genauso wie die zeitgenössische kritische Theorie der Demokratie (Claus Offe, Axel Honneth, Nancy Fraser) durch eine synoptische Sichtweise aller sechs demokratischen Antinomien zu rekonstruieren.

Dies kurze und selbstredend unvollständige Portfolio an aktuell diskutierten, wirkungsmächtigen normativen Demokratietheorien erhärtet

KURZBIOGRAPHIE

Oliver Hidalgo, Privatdozent am Institut für Politikwissenschaft der Universität Regensburg und Sprecher des DVPW-Arbeitskreises Politik und Religion. Schwerpunkte der Forschung: Demokratietheorie, Politische Theorie und Ideengeschichte, Politik und Religion, Populismus und Integration, Demokratie und Digitalisierung. Neuere Veröffentlichungen: Politische Theologie. Beiträge zum untrennbaren Zusammenhang zwischen Religion und Politik, Wiesbaden 2018; Religion und Rechtspopulismus. Sonderheft der Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik 2/2018 (mit Philipp W. Hildmann und Alexander Yendell); Flucht und Migration in Europa. Neue Herausforderungen für Parteien, Kirchen und Religionsgemeinschaften (mit Gert Pickel), Wiesbaden 2019.

insgesamt die These, dass die Performanz der demokratischen Antinomien in Geschichte und Gegenwart eine erstaunliche Kontinuität aufweist. Für die Überzeugungskraft des Ansatzes, die normative(n) Dimension(en) der Demokratie adäquat zu erfassen, sollte dies ein gutes Zeichen sein.





„Vertrauen in die Demokratie stärken“

Notizen zum Gemeinsamen Wort der Kirchen

Unter dem Titel „*Vertrauen in die Demokratie stärken*“ haben die Deutsche Bischofskonferenz und die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) am 11. April 2019 ein Gemeinsames Wort veröffentlicht. Dieses steht auf der Grundlage und in der Nachfolge des Gemeinsamen Wortes „*Demokratie braucht Tugenden*“ aus dem Jahr 2006.

In den letzten Jahren ist in Deutschland und in anderen europäischen Ländern zunehmend eine Entwicklung durch politische Stimmungen, Strömungen und das Handeln von Akteuren zu beobachten, durch die die Demokratie und ihre Institutionen unter Druck gerät. Etablierte Strukturen werden in Frage gestellt und gegen demokratische Prozesse und pluralistisch orientierte Konfliktlösungswege wird

in einer oftmals aggressiven Rhetorik ein vermeintlich homogener Volkswillen beschworen. Um diesen für die Demokratie bedrohlichen Tendenzen entgegenzuwirken zeigt das *Gemeinsame Wort* aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen auf, denen sich demokratische Politik zu stellen hat, nicht zuletzt um Ursachen für populistische und anti-demokratische Entwicklungen anzugehen und zu bearbeiten. *Globalisierung, Ungleichheit, Migration und Integration* sowie *Digitalisierung* sind die zentralen Stichworte, mit denen gesellschaftliche Veränderungsprozesse benannt werden und denen sich Politik im Rahmen eines demokratischen, freiheitlichen und sozialen Rechtsstaates zu stellen hat.

Lebens“ (S. 28). Weitere Schlüsselbegriffe dieses Abschnitts sind Vielfalt, Partizipation, soziale Gerechtigkeit und demokratische Sittlichkeit, zu der „Fairness, Respekt gegenüber dem politischen Gegner, Mut zur Kontroverse, Gemeinsinn und Gemeinwohlorientierung“ gehören (S. 26).

Die Abschnitte vier und fünf richten ihren Blick auf die Konsequenzen, die sich aus dem Anspruch, die Demokratie zu stärken, für das konkrete politische Handeln ergeben. Diese Handlungsorientierung postuliert eine globale Ordnungspolitik, die Begrenzung von Ungleichheit und die Ermöglichung von gerechter Teilhabe, die Gestaltung von Integration mit dem Plädoyer für ein Einwanderungsgesetz, die Chancenorientierung des digitalen Wandels und die für diesen erforderliche Regelsetzung. Mit dem rhetorischen Schema „*Demokratie stärken heißt*“ werden nochmals Grundgedanken und Schlüsselbegriffe zum Thema gemacht. Leider wurde hier die Chance vertan, deutlich konkreter und greifbar praxisorientierter Handlungsanregungen oder sogar -imperative für Bürgerinnen und Bürger, für Entscheidungsträger sowie für Akteure des zivilgesellschaftlichen Bereiches zu formulieren. Das *Gemeinsame Wort* schließt mit einem sechsten Abschnitt mit knappen Ausführungen zum demokratischen Engagement aus christlicher Überzeugung.

Zum Aufbau und zu den Aussagen des Gemeinsamen Wortes

Dem einleitenden Teil, der zeitdiagnostisch die politische und gesellschaftliche Situation der Gegenwart beschreibt, das Bekenntnis der Kirchen zu Demokratie, Grundgesetz, Recht und Europa enthält und ihre Mitverantwortung für das gesellschaftliche Zusammenleben hervorhebt, folgt ein zweiter Abschnitt, der sich ausführlich mit den bereits genannten vier „Leitbegriffen“ auseinandersetzt – mit der Intention, zum einen bei den Anfragen und Verunsicherungen der Menschen anzu-

setzen und unter der Maßgabe, „dass die Demokratie die besten Voraussetzungen dafür bietet, sachlich angemessene Antworten auf die Herausforderungen der Gegenwart zu geben, auch Fehlteile korrigieren zu können und Lösungen zu finden, die für alle tragfähig sind“ (S. 14).

Ein dritter Abschnitt skizziert die Aufgabe der Kirchen im Kontext der Demokratie und begründet die Mitverantwortung für „Bewahrung, Gestaltung und Förderung demokratischen



Ein wichtiges Signal

Mit dem *Gemeinsamen Wort* wird – in Verbundenheit von Evangelischer und Katholischer Kirche in Deutschland – zur richtigen Zeit ein wichtiges Signal gesetzt. Dennoch bleibt zu fragen, wie es gelingen soll, dass die im Text formulierte normative Agenda nicht nur ein publizistisches ephemeres Ereignis bleibt und ein Dokument zur Archivierung wird, sondern insbesondere bei jenen Akteuren ankommt, die sich als

politische Mandatsträger den Kirchen verbunden sehen – und auf welcher Ebene auch immer engagiert sind. Auch für die Gemeinde-, Verbände- und Jugendarbeit wäre das an vielen Stellen aktivisch und somit handlungsorientiert formulierte *Gemeinsame Wort* ein essentieller Demokratiekompass. In Gestalt von „Arbeitshilfen“ könnte es ein grundlegender Baustein für kirchliche Bildungsformate sein, soll es wirklich

gelingen, das Vertrauen in die Demokratie zu stärken und demokratisches Engagement aus christlicher Überzeugung zu orientieren und zu motivieren.

(Das Gemeinsame Wort ist kostenlos online abrufbar unter: https://www.dbk-shop.de/media/files_public/mits_emwvmvfm/DBK_626.pdf)

Johannes Frühbauer, Heidelberg



Klaus Schubert / Johannes Keil Demokratie in Deutschland

208 Seiten,
mit Fotos, Grafiken und Diagrammen,
kart. 14,90 EUR
ISBN 978-3-402-13237-1

„Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ –
Artikel 1 I Grundgesetz

Auf diesem Grundsatz basiert die Demokratie in Deutschland, die sich nach 1949 zu einer westdeutschen und ab 1990 zu einer gesamtdeutschen Erfolgsgeschichte entwickelt und Frieden, Freiheit und wachsenden Wohlstand ermöglicht hat. Es liegt an uns, an unserem Vertrauen und unserem Engagement, diese Erfolgsgeschichte zum Wohl aller fortzuschreiben. Dieses Buch bietet eine übersichtliche und fundierte Darstellung über die politischen und rechtlichen Grundlagen der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland. Die Autoren stellen anschaulich dar, welche Aufgaben die staatlichen Institutionen, die Parteien, die Interessengruppen und zivilgesellschaftlichen Organisationen in der Demokratie haben. Sie zeigen auf, wie die Demokratie funktioniert, und fragen danach, wie die Akteure in der Politik tatsächlich zusammenarbeiten.

So entsteht ein umfassendes Bild der Demokratie in Deutschland und ein notwendiges Verständnis für Abläufe und Zusammenhänge, um aktuelle politische Vorgänge besser verstehen und einordnen zu können.

Mit zahlreichen Bildern und Grafiken erwartet die Leserinnen und Leser ein Überblick über die wichtigsten Institutionen und Themenfelder der Demokratie in Deutschland.

 **Aschendorff**
Verlag



Chefredakteur DDr. Richard Geisen im Ruhestand

Nach über 40 Jahren im Kirchlichen Dienst ist der Chefredakteur der Zeitschrift **Amosinternational**, Dr. theol. Dr. phil. Richard Geisen, im Mai 2019 in den Ruhestand gewechselt. Die Herausgeber von **Amosinternational** bedauerten bei seiner Verabschiedung sein Ausscheiden aus der Redaktion sehr. Geisen habe mit einem hohen Engagement und einer effizienten, professionellen Arbeit das Profil der Zeitschrift geprägt. Unter seiner Chefredaktion hat sich **Amosinternational** zu einem Aushängeschild der Kommende Dortmund und der Arbeitsgemeinschaft der deutschsprachigen Sozialethikerinnen und Sozialethiker entwickelt.

Richard Geisen hat seit der Erstausgabe als Chefredakteur von **Amosinternational** im Dezember 2006 die Redaktion geleitet. Der promovierte Theologe und Sozialphilosoph hat in Mainz Theologie und Publizistik studiert und sich in dieser Zeit in der Studentengemeinde und der Telefonseelsorge engagiert. Nach zwei Jahren als Pastoralassistent in Bremen wechselte er im Juli 1980 als Dozent an das Sozialinstitut Kommende Dortmund, zunächst für die damals umfangreiche Primaner und Studentennarbeit zuständig, dann ab 1987 für die Seminare für junge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Dahinter verbargen sich bis zu jährlich 33 gesellschaftspolitische Werkwochen mit Auszubildenden aus großen Industriebetrieben und Krankenpflegeschulen. Ab 1990 hat er den neuen Fachbereich „Seminare für Mitarbeitervertretungen“ im Kirchlichen Dienst konzipiert und aufgebaut, den



Dr. theol. Dr. phil. Richard Geisen (rechts) während seines letzten Querdenker-Abends im Gespräch mit Niko Paech.

er von 1992 bis 2012 geleitet hat. Von 2012 an war er neben der Chefredaktion **Amosinternational** für den Kommende-Fachbereich Arbeitswelt und Sozialpolitik verantwortlich. In dieser Zeit hat er die vielbeachtete Reihe der „Querdenkerabende“ entwickelt und bis zu seinem altersbedingten Ausscheiden moderiert.

Neben den beruflichen Tätigkeiten hat Richard Geisen zahlreiche Publikationen veröffentlicht. Dazu gehört die Herausgabe der zehnbändigen Reihe „Grundwissen“ im Klett Verlag, darunter die Bände „Ethik“ und „Religion“, die er selbst geschrieben hat. Mit Prof. Dr. Bernd Mühlbauer hat er von 2000 bis 2005 für die Kommende Dortmund die Buchreihe „Management und Humanität im Gesundheitswesen“ herausgegeben. Aus seinem Engagement für die Mitarbeitervertretungen im Kirchlichen Dienst ist sein „Lexikon der MAV für katholische Kirche und Caritas von A-Z“ entstanden. Das 1.100seitige Standardwerk erschien

2018 in der zweiten, wesentlich erweiterten Auflage.

Richard Geisen hat sich in seinem beruflichen Handeln von einer zeitkritischen Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse und einem sensiblen Gerechtigkeitsempfinden leiten lassen. In der Bildungsarbeit der Kommende Dortmund engagierte er sich für einen emanzipatorischen Bildungsbegriff. Dieser umfasst für ihn die Unterstützung persönlicher Identitätsbildung und die Förderung von Partizipation und Mitbestimmung einerseits, eng verbunden mit der Kritik politischer und ökonomischer Verhältnisse andererseits. Sozialethik ist für ihn vor allem die Kritik ungerechter Strukturen, also Strukturethik. Diese Überzeugungen lebte er im alltäglichen Handeln, bereit sie auch in Widerspruch und Streit zu vertreten. Ein Vorbild ist dabei für ihn der alttestamentliche Prophet Amos, der Namensgeber der Zeitschrift **Amosinternational**.

Detlef Herbers, Kommende Dortmund



Europa verkauft und verführt?

Felix Geyer, Jonas Hagedorn, Anna Maria Riedl, Werner Veith (Hgg.): *Europa – verkauft und verführt? Sozialethische Reflexionen zu Herausforderungen der europäischen Integration*, Forum Sozialethik 19, Aschendorff Verlag: Münster 2017, 286 S., ISBN 978-3-402-10648-8.

Die Beiträge des vorliegenden Bands sind in drei thematische Einheiten gegliedert. Einer sozialethischen Standortbestimmung folgen Zugänge zum Verständnis populistischer Bewegungen. Danach werden Orientierungen praktischen Engagements vorgestellt.

Der Beitrag von Felix Geyer über „Europas Werte“ orientiert sich an Vertretern des philosophischen Pragmatismus. Deren Wertkonzeptionen unterscheiden betont zwischen faktisch Gewünschtem und Wünschenswertem, wurzeln in situativen Erfahrungen, sind kreative Leistungen des Subjekts, das auch von ihnen ergriffen wird, stiften eine selbstzentrierte Identität und Intersubjektivität, die zum Handeln motiviert. Die pragmatische Wertfolie ist aufschlussreich, aber die begrifflich variablen „Familienähnlichkeiten“ eröffnen ein Labyrinth kontrastreicher Wortfelder, dass Werte subjektiv und quasi-objektiv geartet, gruppenspezifisch artikuliert, reziprok mit Normen verknüpft und universell angenommen sind. Beliebige Wertäußerungen werden durch ein Eurobarometer erfragt, in den Verträgen rechtlich artikuliert, historisch erhoben und methodisch durch die Fähigkeit ausgewiesen, fremde Wertungen gelten zu lassen.

Michael Wolff klärt zuerst, um nicht aneinander vorbeizureden, den Begriff: „Solidarität“. Dann referiert er die Ideengeschichte der römischen Rechtsfigur, die in Frankreich im Code Civil als „gesamt-



schuldnerische Haftung für kollektiv eingegangene Verpflichtungen“ steht. Der Philosoph Lerroux ersetzt die christlich-patriarchale Barmherzigkeit durch eine symmetrisch-reziprok angelegte Rechtsverpflichtung. In der nachrevolutionären Zeit entdeckt Auguste Comte im biologischen Organismus und Émile Durkheim in anorganischen Körpern eine Analogie zur sozialen Solidarität, die sie als wechselseitige Abhängigkeit auf Grund vertiefter Arbeitsteilung beschreiben. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts formt Léon Bourgeois die philosophisch-soziologischen Ideen zu einer kohärenten Theorie des „Solidarismus“, die faktische Abhängigkeit und moralische Verpflichtung unterscheidet und aufeinander bezieht. Dies Konzept hat sich Heinrich Pesch angeeignet. Wolff vermeidet geschickt den naturalistischen Fehlschluss, der von faktischer Verstrickung auf moralische Pflichten schließt. Solidaritätspflichten und korrespondierende Rechte

gründen in Verträgen auf Gegenseitigkeit, wie sie in den EU-Verträgen bestätigt, in der Dublin III-Verordnung jedoch aufgekündigt wurden.

Jonas Hagedorn verfasst ein programmatisches Manifest, nennt den Streitgegner: den Ordoliberalismus und den Streitgegenstand: die monetäre und fiskalische Okkupation der Eurozone durch die „Nordländer“ beim Namen. Sie haben das Regelwerk der Verträge und das Solidaritätsmandat der EU im eigenen Interesse zu Lasten der Südländer unterlaufen. Die Konfliktlinien und Aporien einer fehlkonstruierten Währungsunion hat der Autor klar gekennzeichnet. Indem er kritische Texte von Habermas, Offe und Streeck auswertet, weist er nach, wie der Zusammenhalt der Eurozone auch daran zerbricht, dass nationalstaatliche Souveränität auf Expertengremien verlagert wird. Das scharfe Urteil gegen den „Ordoliberalismus“ ist nicht überzogen, weil die von Röpke, Briefs und später Hayek angestimmte marktradikale „Begleitmusik“ (Nell-Breuning) die real existierende „bewusst sozial gestaltete Marktwirtschaft“ (Müller-Armack) ideologisch ausgehöhlt hat. Den deutschen Finanzminister – eingeraht von „Hanseaten“ der Eurogruppe und deutschen Monetaristen – als eine Schlüsselfigur des Austeritätsregimes in der Eurozone und aggressiver deutscher Politik gegen Griechenland zu betrachten, ist zutreffend, mag dieser auch zuweilen als Verteidiger der EU als „Doppeledemokratie“ auftreten, einer „freien Republik souveräner Staaten“.

Marius Menke führt die mittlere Einheit an; er bezieht sich auf die dezisionistische Demokratietheorie von Chantal Mouffe, die behauptet, dass meist „im normativen Blindflug“ entschieden wird, ohne dass gute Gründe für diese oder je-



ne Entscheidung vorliegen. Die von Tony Blair und Gerhard Schröder vertretene These, dass ein Konsens in der politischen Mitte der Rechts-Links-Polarität vorzuziehen sei, hat die Wahlmüdigkeit und das Erstarken populistischer Bewegungen befördert. Doch für demokratische Prozesse ist der Konflikt konstitutiv. Nur sollte er auf einer symbolisch geteilten Grundlage „agonisch“ bewältigt, weder mit moralischen Absolutheitsansprüchen aufgeladen noch von dem Willen beherrscht sein, den „Feind“ zu unterwerfen. Eine „Ethik der politischen Gegnerschaft“ könnte in der EU dazu beitragen, fremde Argumente anzuhören und zu erwägen.

Jan Hendrik Herbst und Judith Wüllhorst benennen im Rückgriff auf Adornos kritische Theorie Merkmale des Rechtspopulismus: ein moralisch reines Volk gegen korrupte parasitäre Eliten und ein „Wir allein“ gegen ein fremdes „Ihr“. Die Autoren warnen vor einer dreifachen Falle der Analyse: eine moralisierende Dichotomie liberal-aufgeklärter Christen und irrationaler Populisten zu konstruieren und den Rechtspopulismus auf soziale Ungleichheit und erodierende Arbeitsverhältnisse oder auf symbolische Zuschreibungen von Kultur, Religion und ethnischem Profil zu reduzieren. Adorno denkt Strukturen und Subjekte zusammen, indem er vier Mechanismen bündelt – „autoritärer Charakter“, „pathische Projektion“, „Kälte und Gleichgültigkeit“, „Halbbildung“. Folglich finden sich im Rechtspopulismus ökonomische und kulturelle Strukturen sowie subjektive Ausdrucksformen der Ab- und Aufwertung miteinander verzahnt, die sich in Verteilungs- und in Kulturkonflikten entladen. Christlich-sozialethische Reflexionen sollten offensiv und selbstkritisch sein, „Strukturen der Sünde“ und persönliche Verantwortung dialektisch deuten, die Schrittfolge: „Sehen, Urteilen, Handeln“ als zirkuläre Bewegung begreifen.

Ivo Frankenberger erforscht konkurrierende Identitätsressourcen des Rechtspopulismus und liberaler Demokratie. Er bezieht sich auf das Modell der „Resilienz“ von Clemens Sedmak. Die populis-

tische Bewegung betrachtet den demokratischen „Liberalismus“ als inneren und den „Islam“ als äußeren Feind. Mit der Parole: „reines Volk, korrupte Elite, einheitlicher Wille des Volkes“ beansprucht sie, die gesellschaftliche Wirklichkeit klar abzubilden. Selbstherrliche Persönlichkeiten definieren den einheitlichen Willen ohne innere und äußere Pluralität. Das Angebot einer moralisch intakten Weltdeutung bedient eine Nachfrage von Individuen und Gruppen, die in den alltäglichen Irritationen eine eindeutige Identität ersehnen. Als Alternativangebot bietet sich das Modell der „epistemischen Resilienz“ an, die Fähigkeit eines Menschen, mit widrigen Umständen und Situationen umzugehen und so die eigene Identität wiederzugewinnen. „Gesellschaftliche Resilienz“ wird durch eine Kultur der Innerlichkeit und durch Selbstreflexion gewonnen. Eine „tiefe Politik“ kann die populistische Bewegung empathisch verstehen und fair mit ihr umgehen.

Das Trio Wüllhorst, Herbst und Holbein eröffnet die dritte Einheit mit der Mahnung, jede Kritik rechtspopulistischer Positionen reflexiv auszuweiten, da frau/man immer in die Verhältnisse verstrickt sind, wenn sie über „die da“ reden. Ein praktischer Weg ist die „Themenzentrierte Interaktion“ (TZI); sie reflektiert subjektive Reaktionen auf gesellschaftliche Spannungen und entwickelt konstruktive Formen sie zu bewältigen. Parallelen zwischen Adornos kritischer Theorie und Ruth Cohn, der Erfinderin der TZI, verdeutlichen die bedeutende Rolle der Mikroebene. Beide Personen verbindet die Suche nach dem, was eine Gesellschaft und Menschen brauchen, um nicht in Leid und Terror zu versinken. Die TZI schließt von drei Axiomen auf zwei existentielle Postulate: die eigene Chairperson zu sein und Störungen ernst zu nehmen. In einem Vier-Faktoren-Modell wird versucht, Sache, Person, Interaktion und Rahmenbedingungen zu balancieren. So existiert ein dualer Wegweiser sozial-ethischer Reflexion, der im Umgang mit Rechtspopulisten das Subjekt und die Mikroebene anzeigt.

Andreas Fisch konzentriert sich auf das Türkeiabkommen der EU. Beachtenswert ist der Hinweis, dass eine sozialethische Inspiration politischer Entscheidungen, weil auf lückenhafte, selten interessenfrei verfügbare Unterlagen angewiesen, begrenzt sei. Sie sollte frühzeitig erfolgen und jenseits ideal-ultimativer Positionen im Nachhinein praxisnah, politisch sensibel und mit erreichbaren Kompromissen zufrieden sein. Das Türkeiabkommen bezweckt, eine der fünf Hauptfluchttrouten nach Europa zu behindern. Als ein ethisch nicht-ideales Abkommen kann es in einer filigranen Abwägung zweit- oder drittbester Lösungen gerechtfertigt sein, weil es ethisch erstrebenswerte Güter realisiert: die Aufnahme syrischer Flüchtlinge sowie finanzielle und personelle Entlastungen Griechenlands und der Türkei. Dass fragwürdige Folgen und Nebenwirkungen in Griechenland und in der Türkei sowie im größeren EU-Raum nicht ausgeräumt sind, macht eine solche Bewertung weiterhin riskant.

Andrea Keller und Robert Kläsener berichten von der Praxisreflexion einer europäischen „Summer School“ im Dortmunder Sozialinstitut Kommende. Die Teilnehmenden haben mit Blick auf die Prinzipienethik der herkömmlichen Soziallehre, unter Bezug auf Jürgen Habermas und die Charta der Europäischen Grundrechte versucht, sich einer europäischen Identität und Wertegemeinschaft zu vergewissern. Beeindruckend ist die Initiative der Kommende, die wachsende Entfremdung zwischen west- und mittelosteuropäischen Ländern der EU kontinuierlich zu durchbrechen und zukünftige Entscheidungsträger der katholischen Kirche aus Mittelosteuropa für solche sozialethischen Reflexionen im Westen zu gewinnen.

Dem Sammelband mit dem kantigen Titel ist ein Fragezeichen angehängt. Es soll wohl den dauernden Krisenmodus der Europäischen Union dämpfen, der sich während der Brexit-Verhandlungen und der Risse innerhalb der EU aufgestaut hat. Die harten Fakten sind jedoch von großen Erzählungen übertüncht: 70 Jahre

Frieden, gemeinsame Werte, viele Sprachen, Kulturen und Religionen. Zwei dieser Erzählungen klingen im Titel als „verkauft“ und „verführt“ an. Im letzten Beitrag taucht endlich die Frage auf, was mit „Europa“ gemeint sei – der Kontinent, das Abendland oder die EU.

Ein markantes Profil der Beiträge hat mich als einem in die Jahre gekommenen Vertreter der christlichen Sozialethik beeindruckt: Jüngere Nachwuchswissenschaftler dieser Disziplin haben sich fast ausnahmslos auf renommierte Autoren bezogen, deren Position skizziert und mit

dem eigenen sozialetischen Konzept konfrontiert und Handlungsperspektiven für spezifische Krisen- und Bedrohungsphänomene in der EU formuliert. Diese Vorgehensweise zu erleben, war für mich sehr lehrreich und inspirierend.
Friedhelm Hengsbach, Ludwigshafen

Deutschland ist gerechter, als wir meinen

Georg Cremer: Deutschland ist gerechter als wir meinen. Eine Bestandsaufnahme, München: C. H. Beck 2018, 272 S., ISBN 978-3-406-72784-9

Schon lange nicht mehr war ein Koalitionsvertrag so stark durch den Willen zu Leistungsverbesserungen des Sozialstaats geprägt wie der aktuelle. Die Debatten der letzten Jahre etwa über drohende Altersarmut oder des reformbedürftigen Pflegesystems haben darin ihren Niederschlag gefunden. Dennoch erfuhr der Vertrag teils harsche Kritik daran, dass vieles davon nicht weit genug gehe. „Deutschland ist gerechter als wir meinen“, hält Georg Cremer, bis 2017 Generalsekretär des Deutschen Caritasverbands, mit seinem gleichnamigen Buch dagegen. Mehr noch beklagt er einen Niedergangsdiskurs, der die deutschen Sozialsysteme schlechtrede. Dass er für eine Abkehr von dieser einseitig negativen Betrachtungsweise plädiert, macht er im ersten Kapitel bereits als seine Grundintention deutlich. Mit dieser nach seiner Auffassung „empiriefreien Empörung“ (S. 230) setzt er sich in den darauffolgenden sechs Kapiteln auseinander. Es folgen danach acht Kapitel, in denen je einzelne Teilbereiche des Sozialstaats analysiert werden. Die fünf letzten Kapitel bieten sodann Antworten aus Cremers persönlicher Sicht auf die Frage nach dem „Wie weiter?“.

Es sind drei Kernannahmen der Untergangspropheten, die Cremer zu widerlegen sucht. *Erstens* entgegnet er der Behauptung eines „neoliberalen“ kontinuierlichen Sozialabbaus seit den Achtzigerjahren und damit nach der häu-



fig als „Goldene Zeiten“ verklärten extensiven Aufbauphase des Sozialstaates in der Nachkriegszeit mit differenzierten Hinweisen auf die faktischen Verbesserungen etwa auf den Feldern der Jugendhilfe (Kap. 12), der Teilhabe von Menschen mit Behinderung (Kap. 13) oder der Etablierung der Pflegeversicherung (Kap. 11). Daraus schließt er durchaus mit Recht: „der viel beschworene Sozialabbau fand nicht statt“ (S. 237).

Zweitens negiert Cremer die These einer „Amerikanisierung des Arbeitsmarktes“ seit der Agenda 2010, da etwa die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung „der wesentliche Treiber der Trendwende auf dem Arbeitsmarkt“ gewesen sei (S. 59) und atypische nicht per se mit prekärer Arbeit gleichgesetzt werden dürfe (S. 60–64), obschon Cremer auch die Existenz von Schattenseiten des

jüngsten „Jobwunders“ konzediert, diese teilweise aber rechtfertigt (S. 67 ff.). Auch insgesamt fällt in dem Buch relativ häufig das Lob nicht nur auf die Politik der letzten Jahre, sondern insbesondere auf die besagte Agenda und ihrer arbeitsmarktpolitischen Wirkungen auf.

Drittens problematisiert Cremer die Behauptung, eine „Regierungspolitik der sozialen Kälte“ habe zum Erstarken des Rechtspopulismus und der AfD geführt (S. 16). Die Statistiken nämlich zeigten, dass ein großer Teil der AfD-Wähler nicht zu den sozial Abgehängten gehörten, sondern aus der – von Abstiegsängsten geplagten – Mittelschicht kämen. Außerdem habe die Große Koalition bis zur Wahl 2017 „sozialpolitisches Bemerkenswertes geleistet“, worunter Cremer etwa die Einführung des Mindestlohns und die Ausweitung der Mütterrente subsumiert (S. 17).

Zunächst ist es Georg Cremer hoch anzusehen, dass er sich für mehr Sachlichkeit und Lösungsorientierung im Sozialstaatsdiskurs einsetzt. Es drängt sich tatsächlich der Eindruck auf, dass der „Negative Bias“ besonders der Medien dazu führt, dass das Vertrauen der Menschen in den Sozialstaat sowie in die Politik leidet und zu wenig gewürdigt wird, wo der Sozialstaat bis heute weiter ausgebaut und verbessert wurde. Daher ist es richtig: „Der Sozialstaat braucht Unterstützer“ (S. 13), denn er leistet Herausragendes, christlich gesprochen kann er insgesamt durchaus als Institutionalisierung des barmherzigen Samariters (Peter Schallenberg) bezeichnet werden. Auch Cremers Würdigung der schwierigen Arbeit der Sozialpolitiker an Reformen in-

nerhalb des finanziell Möglichen liest sich geradezu erfrischend angesichts der Beliebtheit pauschaler Politikerschelten. Dennoch ist in Deutschland noch lange nicht alles gerecht, wie auch Cremer mehrfach betont. „Zähe Reformarbeit“ ist weiterhin etwa zur Vermeidung von Altersarmut, zur Arbeitsmarktintegration Langzeitarbeitsloser oder hinsichtlich des zu engen Zusammenhangs von sozialer Herkunft und Bildungserfolg nötig, wie er zu Recht feststellt (S. 13). Mitunter wird Cremer aber seinem Kernziel, die Debatte versachlichen und ausgewogener führen zu wollen, nicht gerecht. Bezüglich der Agenda 2010 beispielsweise lässt er die meisten ihrer negativen Folgen außen vor und setzt sich nicht mit den Forschungen auseinander, die die Wirkun-

gen der Agenda kritischer beurteilen. Außerdem ist etwa seine Problematisierung des Konzepts der relativen Armut (Kap. 2) zwar erhellend, das gänzliche Ausblenden der absoluten Armut, die es auch in Deutschland gibt, lässt jedoch auch hier eine leichte Schiefelage erkennen, die auch bei anderen Themen teilweise auszumachen ist. Der Stil Cremers ist bei alledem meist nüchtern, mitunter aber auch humorvoll bis süffisant.

Aus sozialetischer Sicht ist besonders seinem Plädoyer für eine sorgfältige Verwendung des Gerechtigkeitsbegriffs zuzustimmen, da in unterschiedlichen Kontexten auch unterschiedliche Gerechtigkeitskonzepte einschlägig sind (S. 26). Durchgängig stark macht er den Ansatz der Befähigungsgerechtigkeit nach Mar-

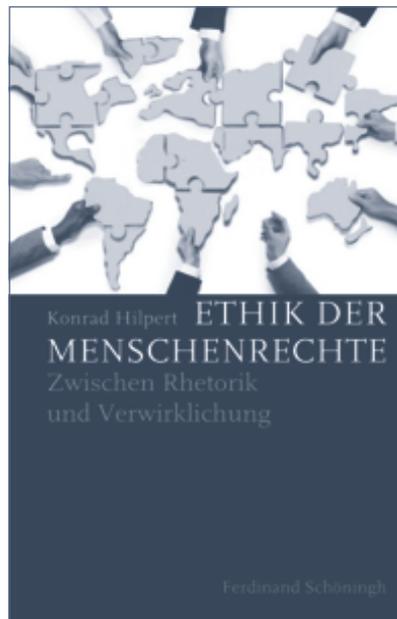
tha Nussbaum und Armatya Sen, wonach dem Menschen Fähigkeiten zur Realisierung von Handlungsoptionen in Freiheit und Würde zu vermitteln sind. Eine solche Befähigungsgerechtigkeit sieht Cremer richtigerweise als notwendige Ergänzung zu der auf Umverteilung abzielenden Verteilungsgerechtigkeit an. Wenngleich populärwissenschaftlichen Stils bietet Cremers Buch letztlich abgesehen von den benannten Schwächen auch für die sozialetisch-fachliche Reflexion einen hilfreichen Überblick über die zahlreichen großen und kleinen Erfolge des Sozialstaats, ohne dass (zu viele) bestehende Gerechtigkeitsprobleme dabei ignoriert werden.

Lars Schäfers, Mönchengladbach

Ethik der Menschenrechte

Konrad Hilpert: *Ethik der Menschenrechte. Zwischen Rhetorik und Verwirklichung*, Paderborn: Ferdinand Schöningh 2019, 348 S., ISBN 978-3-506-78214-4.

Das umfassend angelegte Thema wird in drei Teilen erörtert, wobei die *Allgemeine Erklärung der Menschenrechte* der UNO (1948) als zentraler Bezugspunkt fungiert. Der erste Teil („Grundlagen“) erklärt zunächst Menschenrechte generell als „Antworten auf historische Unrechtserfahrungen“ (19), bietet dann einen Überblick über deren Inhalt, Arten, Generationen und Systematik, behandelt ihren Status zwischen Moral und Recht und skizziert die Genese sowie die aktuellen Möglichkeiten ihrer Sicherung durch nationales Recht und Völkerrecht, Politik und Bewusstseinsarbeit. In der Darstellung ihrer Entstehungsgeschichte beginnt Hilpert mit der neuzeitlichen Aufklärung und den Menschenrechtserklärungen in Amerika und Frankreich, geht dann zurück auf relevante Aspekte der Kolonialetik des 16. und 17. Jahrhunderts in Spanien sowie auf vorbildhafte Motive in Mittelalter und Antike,



etwa Menschenwürde und Gottebenbildlichkeit. Besonders eindrucksvoll ist das Referat der Disputation von Valladolid von 1550/51 (70–78). Im letzten Kapitel geht es um das Verhältnis der katholischen Kirche zu den Menschenrechten, das im 19. und frühen 20. Jahrhundert zeitweise extrem gespannt war, was aus-

föhrlich belegt wird, sich aber seit Johannes XXIII. und dem II. Vatikanum weitgehend konvergent gestaltet.

Im Hauptteil („Inhalte“) unterscheidet Hilpert sieben Sachbereiche, in denen er die zentralen Menschenrechte, vor allem die in der Allgemeinen Erklärung genannten, verortet und ethisch sowie rechtlich präzisiert. In allen geht er auch auf die historische Genese bzw. auf die Kontexte der speziellen Unrechtserfahrungen ein, auf welche diese Rechtsansprüche antworten, und verweist auf aktuelle Konfliktfelder. Der erste Sachbereich ist die Religions- und Gewissensfreiheit, deren Voraussetzung die teilsystemische Trennung von Politik und Religion war. Der zweite betrifft das Recht auf selbstbestimmte Lebensführung, etwa Ehefreiheit, Freizügigkeit und Eigentum. Im dritten geht es um den Schutz von Leben und körperlicher Unversehrtheit, dabei auch um Völkermord und Folter. Dem folgt viertens eine Diskussion der Todesstrafe und ihrer Menschenrechtsrelevanz. Der fünfte erörtert das Recht auf soziale Beziehungen im privaten und öffentlichen Bereich, wobei sich der Autor besonders



auf Axel Honneths Verständnis von Anerkennung und Freiheit bezieht. Privat geht es dabei etwa um Freundschaft, Ehe und Familie, öffentlich um Marktwirtschaft, Demokratie, Versammlungs-, Vereinigungs-, Koalitionsfreiheit etc. Thema des sechsten Sachbereichs ist die persönliche Selbstachtung und das gesellschaftliche Ansehen, wobei auch die Fairness im Gerichtsverfahren, das Verbot der Willkür, die Unschuldsvermutung sowie das Verbot von Diskriminierung erörtert werden. Der siebente schließlich hat die Freiheit von Not zum Thema und befasst sich mit den Rechten auf Asyl, soziale Absicherung, Arbeit, Erholung, Gesundheit, Nahrung, Kleidung sowie mit dem Recht auf Bildung.

Der dritte Teil („Probleme“) behandelt fünf aktuelle Überlegungen zum Thema. Die erste setzt sich mit dem Vorwurf auseinander, der Geltungsanspruch der Menschenrechte sei wegen ihrer europäisch-westlichen Genese nur partikulär und nicht universell. Die zweite verweist auf die Bedeutung von Nichtregierungsorganisationen für die globale Akzeptanz und Durchsetzung der Menschenrechte. Die dritte diskutiert am Beispiel der NATO-Intervention in Jugoslawien 1999 die Berechtigung von Krieg zum Schutz der Menschenrechte. Die vierte sucht Leitlinien für die Weiterentwicklung der Menschenrechte. Die abschließende fünfte beleuchtet das menschenrechtliche Ideal zwischen unbedingtem Geltungsanspruch und Ohnmacht. – Im

Anschluss an den Text finden sich in Anhängen zentrale Dokumente zum Thema, darunter in Auszügen die Enzyklika *Pacem in terris*, sowie Verzeichnisse der wichtigsten internationalen, europäischen und kirchlichen Organe zum Schutz der Menschenrechte.

Das Buch bietet eine ausgezeichnete und umfassende Einführung in das Thema. Der sparsame Einsatz von Anmerkungen fördert die gute Lesbarkeit des Textes. Angesichts der immensen Fülle einschlägiger Literatur wird auf eine Literaturliste verzichtet. Die Lektüre vermittelt thematisch Interessierten, etwa Studenten, grundlegende und differenzierte Informationen und Einblicke in aktuelle Fragestellungen.

Arno Anzenbacher, Mainz

Gut wirtschaften

Fisch, Andreas (Hrsg.): *Gut wirtschaften. Erzbischof Hans-Josef Becker zur Verantwortung von Unternehmern*, Paderborn: Bonifatius GmbH 2018, 111 S., ISBN 978-3-89710-769-4.

„... und mit der Kraft des Heiligen Geistes werden wir die Erde verändern.“ Mit dieser Zeile endet das Oratorium ADAM – Die Suche nach dem Menschen von Gregor Linßen. Auf die Suche nach dem Menschen begibt sich auch der Paderborner Erzbischof Hans-Josef Becker – nach dem Menschen und dem Menschlichen in der Wirtschaft. Ort der Suche sind seine Reden auf den Unternehmertagen „erfolgreich nachhaltig“ der Kommende Dortmund, dem Sozialinstitut seiner Diözese. Und auch er findet den Menschen, genauer Führungskräfte, die „aus christlichem Geist heraus“ (64) ihre Aufgabe in der Wirtschaft gestalten. Sie leben Werte, „die oft auch ihren Glauben an den gerechten und menschenfreundlichen Gott widerspiegeln.“ (46)

Dr. Andreas Fisch, Referent für Wirtschaftsethik sowie Kirchliche Dienstgeber/innen an der Kommende, hat acht



dieser Reden aus den Jahren 2011 bis 2018 zusammengestellt und mit einem Geleitwort versehen. Diese Hinführung weckt Neugierde: Sie stellt den Erzbischof als Hörenden vor und seine Reden entsprechend als Impulse für Gespräche. Sie sind nicht ortlos, sondern sprechen in aktuelle Fragen hinein und reflektieren, was

Unternehmerinnen und Unternehmer konkret bewegt. Klassisch ordnungspolitisch verortet steht bei Erzbischof Becker der Mensch im Mittelpunkt: als unternehmerischer „Pionier“ (33), als Gestalter der Rahmenordnung und nicht zuletzt als in vielfältiger Weise Betroffener. Parallel ziehen sich inhaltlich zwei Themenstränge durch die Reden hindurch: Ökologie und Nachhaltigkeit sowie Armut und Benachteiligung.

Die den ersten Teil bildende, programmatische Rede „Ethos in der Wirtschaft“ wirft historische Schlaglichter auf die Mehrdimensionalität des Menschen in der Wirtschaft. Sie eröffnet die grundsätzliche, bisweilen etwas holzschnittartige Spannung des Unternehmers wie des Konsumenten zwischen Gemeinwohl- und Gewinnorientierung. Becker reflektiert kirchliche Positionen zum Umgang mit Sklaven – von der Mahnung zur guten Behandlung bis hin zum Kampf für die grundsätzliche Abschaffung der Sklaverei, was auch für die Kirche ein selbstkritischer Lernprozess war. Davon ausgehend blickt er auf gegenwärtige Herausforderungen. Dabei betont er die



Bedeutung institutionalisierter Rahmenbedingungen für das Gemeinwohl, beispielhaft der Sozialen Marktwirtschaft. Im gleichen Atemzug benennt er die Notwendigkeit von unternehmerischen Pionieren, die neue Wege bahnen und der Wirtschaft wie der Rahmenordnung positive Impulse geben.

Die Wertschätzung und Ermutigung Beckers für den Menschen als wirtschaftlichen Akteur und Pionier kommt vor allem im zweiten Teil, „Zur wertorientierten Unternehmensführung“ zum Ausdruck. Er stellt die Gemeinwohlorientierung als Sinnhorizont für Unternehmer vor und überlegt, was das im Hinblick auf benachteiligte Menschen und die Ökologie heißen kann. Er betont ferner das Sehen als Grundlage des Urteilens und Handelns, etwa wenn er den Blick auf komplexe Verantwortlichkeiten in Produktionsprozessen richtet, an deren Ende „Menschen tatsächlich sterben.“ (41). Auch andere gesellschaftliche Herausforderungen wie die Integration Älterer und Geflüchteter gelingen aus seiner Sicht nur mit, nicht gegen oder ohne die Unternehmen. Schließlich stellt er das christliche Motiv des Guten Hirten vor und fragt, was es für ihn als Bischof und vor allem für Führungskräfte in der Wirtschaft heißen kann.

Die Rahmenordnung steht im dritten und letzten Teil „Konkretionen: Globale Verantwortung, Finanzpolitik, Energiepolitik“ stärker im Fokus. Bei aller Wertschätzung für Unternehmer sieht er zugleich auch den Staat in der Pflicht, gerade angesichts der „Schattenseiten“ (73) der Wirtschaft in Nah und Fern. Er zeigt die positiven Möglichkeiten einer redlichen Finanzpolitik auf, die „im Dienst der Gesellschaft und ihrer Realwirtschaft“ (77) steht. Die ökologisch verpflichtete soziale Marktwirtschaft bildet für Becker das Zielbild in aktuellen Debatten der Energiepolitik, in denen es auch um Gerechtigkeitsfragen geht. Den – wohl nur vorläufigen – Abschluss der Gedanken bildet eine nochmalige Betrachtung der Spannung zwischen lokaler und globaler Wirklichkeit. Becker ermutigt hier zur Übernahme von Verantwortung, zur – auch weltpolitischen – Voranstellung des Gemeinsamen und zum Einnehmen einer langfristigen Perspektive.

„... werden wir die Erde verändern.“ Erzbischof Becker findet diese Menschen, nicht zuletzt in seinen Zuhörern. Der Natur der Reden, aber auch der Gewinn des Büchleins ist, dass Unternehmerinnen und Unternehmer direkt angesprochen werden. Becker gelingt dabei ein mehrfacher Spagat zwischen persönlichen,

betriebswirtschaftlichen und strukturellen Fragen, christlichen und säkular-anchlussfähigen Ansichten sowie abstrakten Gedanken und konkreter Darstellung. Die Reden dokumentieren einen kirchlichen Gesprächsimpuls zu aktuellen Fragen der Unternehmensführung und Wirtschaftsgestaltung.

Sympathisch sind persönliche Einfärbungen des Erzbischofs in den Reden. Umso bedauerlicher ist, dass er seine Rolle als Dienstgeber von letztlich über 50.000 Menschen nicht expliziter reflektiert. Er belässt es bei Andeutungen wie dem Vorbild des guten Hirten (56–64) und Hinweisen, wie er sei „mit Ihnen [den Unternehmern; MN] auf dem Weg“ (33). Gerade aufgrund der direkten Ansprache der Teilnehmer ist das ein großes Desiderat. Weitere Desiderate bilden die kreative Aufnahme gegenwärtiger Entwicklungen wie die der Digitalisierung. Es bleibt abzuwarten, ob einer der nächsten Unternehmertage dem nachgeht. Die bisherigen Reden versprechen jedenfalls, dass auch diese Themen klug, reflektiert und nicht zuletzt anregend aufbereitet werden.

Max Niehoff, Hamburg



Grenzen – der Rechtsstaat und die Herausforderung Migration

Marco Bonacker, Gunter Geiger (Hg.): Grenzen – der demokratische Rechtsstaat und die Herausforderung der Migration, Leiden/Boston/Paderborn: Ferdinand Schöningh 2018, 291 S., ISBN: 978-3-506-78852-8.

Der vorliegende Sammelband ging aus einer interdisziplinären Tagung unter gleichnamigem Titel im Bonifatiushaus, der Katholischen Akademie im Bistum Fulda, hervor. Interdisziplinär versteht sich hier im umfassenden Sinne: Rechts-, Politik- und Gesellschaftswissenschaften, Theologie, Ökonomie, Philosophie sowie politische und gesellschaftliche Praxis.

Der Band erscheint zu einer Zeit, in der sich der öffentliche Handlungsdruck auf die Politik geringfügig abgemildert hat, was mit den rückgängigen Zahlen migrierender Personen zusammenhängt. Die Lektüre der Beiträge ist als gewissenhafte Aufarbeitung und Verortung der breiten und zum Teil sachentfremdeten Debatten der vergangenen Jahre sehr zu empfehlen, denn: „Die Probleme haben sich ja auch längst nicht erledigt, nur weil sich im Augenblick die Flüchtlingszahlen im Verhältnis zu den Vorjahren verringert haben“ (Papier 22).

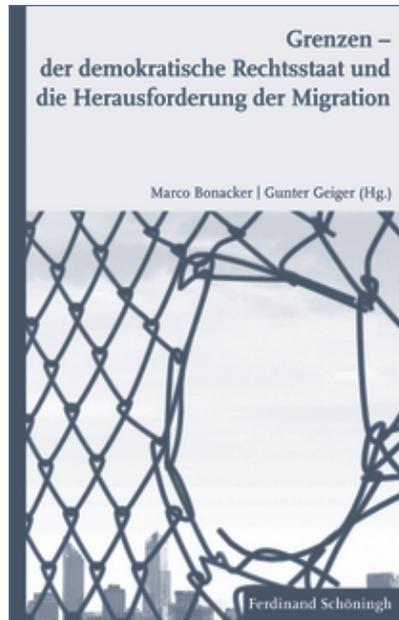
Der Band gliedert sich in vier Hauptteile, die inhaltlich aufeinander abge-

stimmt sind: beginnend mit der Analyse von Fluchtursachen, bilden Überlegungen zu den Rechten und Pflichten der Zielgesellschaften in Zusammenhang mit der Innen- und Migrationspolitik den Korpus, bevor eine Kontextualisierung der Bedeutung von Religion und Integration den Band argumentativ abrundet. Besonders wertvoll ist der insgesamt im Band erkennbare Austausch zwischen Vertreterinnen aus Theorie und Praxis. Diese Herangehensweise des Bandes ist bestens geeignet, um sich der sensiblen Frage nach der Notwendigkeit und Berechtigung von Grenzen innerhalb der Migration anzunähern.

Die Autorinnen des Bandes argumentieren zugunsten einer vernunftgetragenen Position zwischen einer gänzlichen Öffnung aller (inneren wie äußeren) Grenzen und der Abschottungspolitik einer „Festung Europa“. Die vielfältigen Fluchtursachen werden differenziert dargestellt und reichen u. a. vom Wunsch nach einem höheren Lebensstandard bis zur Flucht vor Tod und Folter; von Menschen, die endgültig ihre Heimat verlassen möchten und Menschen, die gezwungen sind, ihre Heimat ohne Hoffnung auf Rückkehr aufzugeben.

Den Aufschlag in Form einer einleitenden Vorbemerkung macht der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts Hans-Jürgen Papier, der wortgewandt und fachlich sicher den geltenden Rechtsstatus migrierender oder schutz- und asylsuchender Personen referiert und sodann in den politischen und gesellschaftlichen Gestaltungsprozess einordnet. Angesichts der emotional eingefärbten Debatten der Vergangenheit warnt Papier vor einer „Deformation des Rechts“ und unterstreicht die Aufgabe des Asylrechts, „nämlich aktuell politisch Verfolgten Schutz zu gewähren, in der Regel durch ein vorübergehendes Aufenthaltsrecht“ (21).

Divergenzen im Umgang mit Fluchtursachen lassen sich dort erkennen, wo eine an ökonomischen Kriterien ausgerichtete Wirtschaftspolitik auf den Ansatz der staatlichen Regulierung mithilfe entwicklungspolitischer Maßnahmen stößt: einerseits die subsidiäre Förderung einer „selbsttragenden Wirtschaftsentwicklung“ in den Herkunftsländern (Günter Nooke, 25), andererseits das Plädoyer für eine eigenständige Entwicklungspolitik, „die mittel- und langfristige Wohlfahrtseffekte entwickeln kann, die zu sozioökonomischer Stabilität in den Herkunftsländern führen“ (Markus Demele, 53). Beiden Lösungsvorschlägen zur Armutsbekämpfung in den Herkunftsländern kann man schwerlich ihre je eigene Berechtigung absprechen, jedoch kommt es darauf an, den nationalen Entwicklungsbedarf festzustellen und die bestehenden Interessen in ein multilaterales Gleichgewicht



zu bringen. Dasselbe Muster findet sich in den Beiträgen über die Integrationsvoraussetzungen sowohl der Aufnahmeländer als auch der Schutz- und Asylsuchenden, denen ein Bleiberecht in Deutschland zugesprochen worden ist. Thomas Apolte diskutiert kritisch die Rolle des Mindestlohns bei der Integration Geflüchteter in den deutschen Arbeitsmarkt und resümiert, dass „aus rein ökonomischer Perspektive heraus keinerlei Argumente für eine Begrenzung von Zuwanderung begründbar ist“ (103). Obwohl Apolte marktwirtschaftlich eher zur subsidiären Förderung tendiert, stimmt er mit der Anerkennungsexpertin Martina Müller-Wacker darin überein, dass gelingende Integration an stabile strukturelle Rahmenbedingungen gebunden ist, wie z. B. einer „dauerhaften Qualitätsentwicklung der Anerkennungspraxis“ (222). Erhellend zeigt sich in Bezug auf ihre Ausführungen einmal mehr die blickpunktspezifische Herangehensweise und Schwerpunktsetzung aus theoretischer oder praktischer Sicht. Aus der Spannung, die sich aus einer Priorisierung des Subsidiaritäts- oder Solidaritätsprinzips ergibt, folgt jeweils ein Plädoyer für eine engere, beziehungsweise weitere Interpretation der Genfer Flüchtlingskonvention.

Ebenso bedenkenswert wie verbesserungswürdig sind die Bedingungen einer

friedlichen Koexistenz der Religionen in den Herkunftsländern. Frank van der Velde diskutiert die Paradigmen des Zusammenlebens religiöser Gruppierungen, während Harald Suermann die Bedeutung von religiösen Minderheiten – hier speziell der christlichen – für die politische Stabilität oder Instabilität der Herkunftsländer hervorhebt.

Aus einem ursprünglich positiv konnotierten Begriff „Migration“, der eng mit dem *Pursuit of Happiness* verbunden war und als Indikator für eine prosperierende Gesellschaft galt, ist innerhalb kürzester Zeit ein weitgehend negativ konnotierter Begriff geworden, der in Teilen der Bevölkerung Angst vor sozialen Unsicherheiten auslöst. Arnd Küppers behandelt die undifferenzierte Vermischung von „Migration und Sozialstaat“, vor allem seitens der Kritikerinnen einer ungesteuerten Zuwanderung. Obwohl anzuerkennen ist, dass das „Problem globaler Ungerechtigkeit nicht (allein) im Wege der Migration gelöst“ werden kann, gebe es „unter dem Gesichtspunkt der Gerechtigkeit keine moralische Rechtfertigung dafür, dass die Wohlstandsnationen jene Menschen fernhalten, die das Schicksal an einen anderen, weniger mit den zeitlichen Gütern gesegneten Ort gesetzt hat“ (184). Marco Bonacker diskutiert in seinem Beitrag über die Ethik der Migration die Bedeutung des vertragstheoretischen Begründungsmodells seit John Rawls und wägt die Vor- und Nachteile offener oder geschlossener Grenzen ab. „Die Aufgaben der Hilfe und Verbesserung der global Benachteiligten löst man nicht, indem alle Benachteiligten in wohlhabendere Länder einwandern, sondern läuft durch offene Grenzen sogar noch Gefahr, Hilfsstrukturen zu zerstören und effiziente soziale Institutionen ganz aufzulösen“ (127).

Holger Zaborowski sieht in seinem Vorschlag für eine Ethik der „Flüchtlingskrise“ die Menschenwürde als Prinzip der Gerechtigkeit. Als moralisch angemessen beschreibt er „eine Position zwischen Partikularismus und Universalismus, die anerkennt, dass aufgrund universaler Rechte von Menschen sich Pflichten gegen-

über allen Menschen ergeben, dass auf der Ebene politischen Handelns aber die Pflichten gegenüber anderen Menschen abzustufen sind" (144). Die Darstellungen rundet Lars Schäfers mit einem Blick auf „Europa und das Fremde“ ab.

Abschließend werden die Integrationsmöglichkeiten unter besonderer Berücksichtigung der Religion erwägt. Da die Integrationsfaktoren nicht umfassend behandelt werden konnten, leuchtet die Wahl der Religion angesichts der Mehrheitlich aus muslimisch geprägten Staaten einwandernden Menschen ein. Die demoskopische Darstellung von Thomas Petersen bietet den Leserinnen die notwendige empirische Grundlage, um die folgenden Darstellungen von Hoda Salah und Nina Käsehage objektiv einordnen zu können. Hoda Salah befasst sich mit der potentiellen Attraktivität des Islamismus für Frauen und greift damit ein Thema auf, das im öffentlichen Diskurs bislang nicht ausreichend bedacht wurde.

Sie weist darauf hin, dass die säkularen Frauenbewegungen innerhalb des Islam ebenso für ihre individuellen Rechte eintreten wie für eine Neubestimmung der tradierten Geschlechterrollen. Schließlich behandelt Nina Käsehage die salafistische Radikalisierung im Kontext der (Flucht-)Migration.

Die Autorinnen weisen unisono darauf hin, dass die Darstellung und Behandlung der äußerst komplexen Situation nicht auf wenige Faktoren reduziert werden darf. Eine politisch kalkulierende Auswahl verbiete sich ebenso wie eine populistische Vereinfachung, insbesondere, wenn die Tragfähigkeit ethischer und juristischer Normen Gegenstand der Untersuchung ist. Eine aufrichtige und sachbezogene Problemanalyse ist auch hier geboten, gerade, wenn die Realität alarmierend erscheint und auch dann, wenn eigene Fehler eingestanden werden müssen.

Kritisch anzumerken ist: Die zum Teil mangelnde Belastbarkeit der bestehen-

den rechtlichen Regelungen hätte teilweise deutlicher benannt werden und die jeweiligen institutionellen Kompetenzen innerhalb des föderalen Systems auf ihre Funktionsfähigkeit hin kritischer bewertet werden können. Vor allem eine Einordnung in den größeren Rahmen europäischer Zusammenarbeit und die perspektivische Rolle Deutschlands ist nicht ausreichend zur Sprache gekommen; ebenso die konträren Agenden der europäischen Staaten zwischen Multilateralismus, nationalstaatlichen Bestrebungen und Forderungen nach den Vereinigten Staaten von Europa.

Insgesamt liegt mit der Veröffentlichung ein profund komponierter Sammelband vor, der ein hohes Maß an praxisbezogener Reflexion leistet und als wertvoller Beitrag innerhalb der Migrationsdebatte mit Nachdruck empfohlen werden kann.

Marius Menke, Osnabrück

Medizin als Heilsversprechen

Herbert Meyer: Medizin als Heilsversprechen. Die überforderte Gesundheit als theologisch-ethisches Problem (Erfurter Theologische Schriften, Band 50), Würzburg: Echter-Verlag 2018, 195 S., ISBN 978-3-429-04498-5

Seit Jahren schon wird sowohl in der wissenschaftlichen Fachwelt als auch in den Medien über das sich verändernde Verständnis von Krankheit und Gesundheit diskutiert. Die Debatte ist nicht trivial. Sie hat vielmehr eine immense Strahlkraft, ihre Folgen sind weitreichend: Es geht um das Selbstverständnis der heilenden Berufe, um die Reichweite traditioneller Deutungsmuster (wie dem der medizinischen Indikation) und am Ende auch um die Finanzierung unseres Gesundheitssystems (angesichts des demographischen Wandels und dementsprechend knapper werdender finanzieller Ressourcen). Die Rede vom „Gesundheitskult“ (Karl Gabriel) oder der „Medikalisierung des Lebens“ (Ivan Il-



lich) können als Wegmarken dieses Klärungsprozesses verstanden werden.

Einen weiteren Beitrag zu diesem Prozess möchte Herbert Meyer mit der

vorliegenden Arbeit leisten. Ausgehend von der praktischen Erfahrung des klinisch-ambulanten Alltags einerseits und der Pastoral andererseits geht der Autor mit im Kern empirischen Mitteln der Vermutung nach, dass die Medizin mit den ihr entgegengebrachten Erwartungen und Hoffnungen überfordert zu werden droht.

Nach einer kurzen Hinführung werden drei Zugänge zum Gesundheitsbegriff beschrieben: Neben dem Zugang über Hans-Georg Gadamers Diktum von der „Verborgenheit der Gesundheit“ (und exemplarischen christlich-theologischen Interpretationen) gelangt der Autor über den Heilsbegriff zu religionssoziologischen Interpretationen durch Thomas Luckmann und Karl Gabriel. Die verfasste Kirche, so ein wichtiges Zwischenfazit, hat schon lange kein Monopol mehr auf die religiöse Deutung der Welt und des Lebens der Menschen. Auch wenn Menschen Gefahr laufen, sich voreilig



„mit der kleinen oder mittleren Transzendenz ihres körperlichen Wohlbefindens und der mehr oder weniger egoistischen Bedürfnisbefriedigung darin“ (S. 53) zufrieden zu geben, entscheiden sie doch selbst über ihre Ziele im Leben, ihre Werte und letztlich auch den Stellenwert der eigenen Gesundheit.

Die neutestamentlichen Zeugnisse im nächsten Kapitel weisen darauf hin, dass Heilung und Heil seit jeher eng miteinander verwoben waren. Schon im Alten Testament wurde von Gott als dem Arzt gesprochen (Ex 15,25b-26). „Die ganz konkrete, ja geradezu medizinische Hilfe, die Gott, der Arzt, zur Verfügung stellt, steht zugleich für das tiefe erlösende und befreiende Tun, das er im Geheimnis seiner Transzendenz mit seinem Heil den Menschen schenkt“ (S. 87). Wie schlägt sich der beim Menschen zumindest implizite Zusammenhang von Heil und Heilung praktisch nieder?

Die im klinischen Kontext (Poliklinik für Endokrinologie und Stoffwechselerkrankungen der Universitätsklinik Jena) sowie im ambulanten Bereich (Haus-

arztpraxis) vorgenommenen Patientenbefragungen zeigen, dass die Erwartungen an Medizin (und sogar an Naturheilverfahren) deutlich höher sind als die Erwartungen an die Kirche. Dies betrifft die abgefragten Parameter Heilung, Linderung, Hoffnung, Führung, Orientierung, Unterstützung, Trost, inneren Frieden und Rat. Allein gegenüber den Naturheilverfahren erhoffen sich die Befragten von „den Kirchen, den Seelsorgern, Pfarrern, und anderen Vertretern der Religionsgemeinschaften für mich und mein Leben“ geringfügig mehr Trost und inneren Frieden. Auch Rat und Hilfe zu gesundheitlichen und ungeklärten Fragen sowie zu Niedergeschlagenheit und Traurigkeit (suchen und) erwarten religiöse wie nichtreligiöse Menschen eher bei einem Arzt als bei einem Seelsorger oder Vertreter einer Religionsgemeinschaft. Allein Familie und Freunde kommen bei der Suche nach Hilfe im Leben an den Stellenwert heran, den Ärzte und Medizin einnehmen. Der Zusammenhang von Heils- und Heilungserwartung verschiebt sich eindeutig in Richtung der Medizin. Mit Blick auf die Kirche

scheint man konstatieren zu müssen, dass sich deren Heilsangebot und Heilsverkündigung zu sehr abstrahiert hat von den konkreten Bedürfnissen und Sorgen der Menschen. Der Autor folgert daraus, dass die Patienten der Kirche ihren Platz dort zuweisen, wo Medizin und Naturheilverfahren an ihre Grenzen kommen.

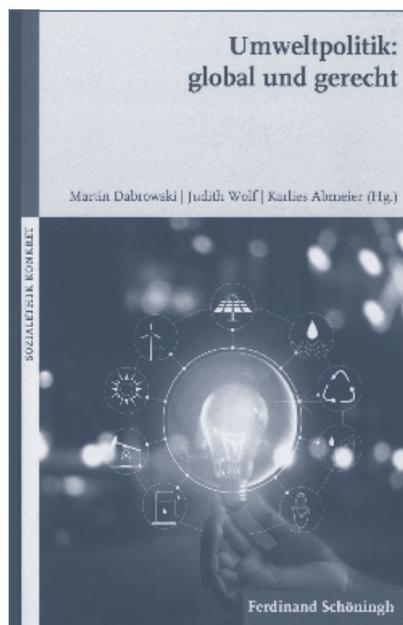
Wie kann die Zusammenarbeit von Medizin und Theologie konkret aussehen? Der empirischen Zugangsweise eigen ist der Fokus darauf, was Patienten von der Kirche erwarten. Dem müsste jedoch gegenüber gestellt werden, was die Kirche den Patienten zu bieten hat. Denn das Angebot der Kirche sowie die von ihr verkündete Botschaft sind nicht allein abhängig von ihrem Publikum, oder marktwirtschaftlich ausgedrückt von der Nachfrage danach. Eine etwas weniger auf Kompaktheit angelegte philosophisch-theologische Einführung unter Berücksichtigung einer größeren Bandbreite von (aktuellen) Arbeiten hätte dem Leser vielleicht Ansätze zu möglichen Antworten geliefert. Es bleiben einige Fragen offen.

Klaus Kother, Dortmund

Umweltpolitik: global und gerecht

Martin Dabrowski, Judith Wolf, Karlies Abmeier (Hg.): Umweltpolitik: global und gerecht, Leiden/Boston/Paderborn: Ferdinand Schöningh 2019, 195 S., ISBN 978-3-506-70576-1.

„Globale und gerechte Umweltpolitik ist leichter gesagt als getan“, schreibt Karsten Mause am Ende seines Beitrags in dem Tagungsband „Umweltpolitik: global und gerecht“. (43) Die Publikation eines interdisziplinären Gesprächs zwischen Sozialethikern, Ökonomen, Politikwissenschaftlern und Klimaforschern ist Ausdruck der Komplexität der umweltpolitischen Herausforderungen. Die Beiträge einer Tagung vom 24.–25. September 2018 im Franz-Hitze-Haus sind eine spannende und spannungsreiche Einführung in eine zukunftsfähige Umweltpolitik.



Durch die Beiträge ziehen sich zwei rote Fäden: Zum einen die Frage nach einem gemeinsam getragenen Leitbild der Umweltpolitik. Jochen Ostheimer kritisiert die unverbindliche allgemeine Verwendungsweise des Begriffs Nachhaltigkeit. Als normatives Leitbild der Umweltpolitik muss ein Nachhaltigkeitskonzept den Dimensionen des Pragmatisch-Klugen (Effizienz), des gelingenden Lebens (nachhaltiger Lebensstil bzw. ökologische Lebenskunst) und sowie der Gerechtigkeit (wechselseitige Verpflichtungen) beachten. Sonja Thielges, Rainer Quitzow und Ortwin Renn problematisieren die „Leitbildkonkurrenz“ (81) am Beispiel der divergierenden Leitbilder der deutschen, amerikanischen und chinesischen Umweltpolitik. Diese Konkurrenz führt dazu, „dass globale Märkte und Finanzströme nicht konsequent auf erneuer-



bare Energietechnologien ausgerichtet werden können". (84) Sabine Schlacke verweist auf das neue EU-Leitbild einer integrativen Energie- und Klimapolitik: Um erfolgreich zu sein, muss die deutsche Energiewende zu einer solchen integrativen Klima- und Energiepolitik weiterentwickelt werden (97). Johannes Wallacher plädiert im Anschluss an die Päpste Paul VI. und Franziskus für die Leitvorstellung eines „ganzheitlich-inkluisiven Gemeinwohls“, dass das Wohl aller Menschen sowohl global als auch generationenübergreifend in den Blick nimmt. Voraussetzungen eines solchen Leitbilds sind die Befriedigung der Grundbedürfnisse, gerechte verteilte Handlungs- und Beteiligungschancen und eine angemessene Beteiligung an fairen Entscheidungsprozessen.

Ein zweiter roter Faden ist die notwendige Bepreisung der Emissionen (etwa durch eine CO₂-Steuer, Zertifikatehandel), um sie (und andere Treibhausgase: Eric Meyer 59) schnell zu mindern. Da die Treibhausgase global wirken, brauchen solche Instrumente, um effizient zu sein, bislang fehlende verbindliche globale Abkommen. Daher bleiben zunächst für die Bekämpfung des Klimawandels nur „Second-Best-Lösungen“ (Eric Meyer 59) wie nationale Regelungen, Selbstverpflichtungen oder „Vorreiterallianzen“ (etwa innerhalb der EU: Sabine Schlacke 98). In solchen Bündnissen könnte die deutsche Politik wichtige Impulse für die globale Energietransformation setzen, wozu sie aber „deutlich ambitionierter“ werden muss (Sonja Thielges, Rainer Quitzow, Ortwin Renn 86).

Das Buch gliedert sich in vier Teile: den umweltpolitischen Herausforderungen, einer zukunftsfähigen Energiepolitik, dem wichtigen Thema des Bodenschutzes und der Rolle des wirtschaftlichen Wachstums. Jochen Ostheimer beschreibt nach der Skizze eines normativen Nachhaltigkeitskonzepts das Zeitalter des Anthropozäns als kognitiven Rahmen für die Gestaltung der Umweltpolitik. Verstanden als tiefgreifende Gestaltung des Planeten durch den Menschen, werden die gängigen Unterschei-

dungen zwischen natürlich, sozial oder kulturell komplex. Für die Umweltpolitik bedeutet dies, dass sie als Weltinnenpolitik und Gesellschaftspolitik (21) sowie als Kulturaufgabe (23) begriffen werden muss. Um der Gefährdung des Erdsystems zu begegnen, müssen die planetarischen Grenzen eingehalten werden. Gefordert ist eine Umweltpolitik, die angesichts der vielfältigen Wechselwirkungen komplex und „mehrfach vernetzt“ (24) vorgeht und die moralische Verantwortung der unterschiedlichen Akteure (Staaten, Unternehmen, Einzelne) einbezieht.

Karsten Mause ergänzt in seinem Beitrag „Homo oeconomicus im Treibhaus Erde“ die Ausführungen von Ostheimer um drei Herausforderungen: Umweltpolitik in Zeiten von „Fake News“, „Anhaltende Knowing-Doing Gaps“ und die „Schwierigkeiten einer globalen und gerechten Umweltpolitik“. Gegen die Leugnung gesicherten Wissens um die Herausforderungen einer nachhaltigen Umweltpolitik durch Bevölkerungsteile und politische Akteure helfe nur die „Sisyphusarbeit“, in die öffentliche Debatte „immer und immer wieder“ das gesicherte Wissen einzuspeisen (39). Eine Sisyphusarbeit ist es zugleich, die Diskrepanz zwischen Wissen und Handeln („Knowing-Doing Gap) zu schließen. Moralische Appelle sind dabei für Umweltökonominnen kein wirkungsvolles Mittel. Sie setzen eher auf Anreizstrukturen, die umweltschädigendes Verhalten bestrafen bzw. umweltfreundliches belohnen. Auf internationaler Ebene können solche Instrumente nicht greifen, wenn gerade große Staaten wie die USA sich globaler Umweltpolitik verweigern.

Eric Meyer diskutiert umweltökonomische Instrumente, um den umweltpolitischen Herausforderungen zu begegnen. Aus einer ökonomischen Betrachtung besteht das Umweltproblem in einer Konkurrenz unterschiedlicher Interessen an der Nutzung der Umwelt. Solche Nutzungsrechte lassen sich ökonomisch als Eigentumsrechte fassen, für deren Nutzung Kosten entstehen. Unter der Voraussetzung, dass sich Folgen der Umweltnutzung und der Aufwand ihrer Bestimmung

bekannt sind und messen lassen, stellt Meyer unterschiedlich ökonomische Instrumente (Ordnungsrecht, Steuerlösungen, Zertifikatehandel) im Blick auf ihre Umweltwirkungen vor. Anschließend diskutiert er kritisch Faktoren, die von den umweltökonomischen Instrumenten nicht erfasst werden, etwa fehlendes Wissen um Kosten, technologische Innovationen, Substitutionstechnologien (wie ein effektives Bahnsystem anstelle des Autoverkehrs) oder Zielkonflikte (wie z. B. Gebäudeisolierung versus günstigen Wohnraum).

Für Sonja Thielges, Rainer Quitzow und Ortwin Renn ist das zentrale Ziel einer zukunftsfähigen Energiepolitik die weitgehende Dekarbonisierung des Energiesystems. Mit seiner Energiewende hat Deutschland eine Vorreiterrolle auf internationaler Ebene eingenommen. Um eine Energiezukunft ohne fossile Energie zu erreichen, muss die deutsche internationale Energiewendepolitik das Leitbild der nachhaltigen Energietransformation international verbreiten und stärken. (62) Diese internationale Transformation birgt aber auch geostrategische, wirtschaftliche und soziale Risiken, die im Beitrag skizziert werden. Ein großes Hindernis der Energietransformation sind die unterschiedlichen Ideen und Leitbilder zur Energiezukunft auf internationaler Ebene. In einem eigenen Kapitel wird das deutsche dem amerikanischen und chinesischen energiepolitischen Leitbild mit den Auswirkungen auf die internationale Energiepolitik gegenüber gestellt.

Sabine Schlacke hält die Hoffnung auf eine globale Energietransformation für zu optimistisch. Der Erfolg der deutschen Energiewende hängt für sie maßgeblich von der Energie- und Klimapolitik der EU ab (94), die sie skizziert. Eine erfolgreiche Energiewende hat drei Voraussetzungen: die Zusammenarbeit oder Zusammenlegung der getrennten Ressorts für Klimaschutz und Energiepolitik, die Umsetzung der Klima- und Energiepolitik durch ein Klimaschutzgesetz (einschließlich des Netzausbaus und dem Ausstieg aus der Kohle) sowie die frühzeitige öffentliche Beteiligung.

Jochen Wiemeyer widerspricht einer optimistischen Einschätzung der deutschen Energiewende und kritisiert deren Unzugänglichkeiten und Widersprüche. Er spricht sich ebenfalls für ein gemeinsames europäisches Leitbild aus. Dieses Leitbild muss durch positive Anreize und Sanktionen unterstützt werden. Auf internationaler Ebene muss Umweltpolitik auch Maßnahmen zur Begrenzung des Bevölkerungswachstums in den Blick nehmen.

In einem langen, überaus informativen Beitrag betonen Bernd Hansjürgens, Stefan Möckel und Bartosz Bartkowski den Bodenschutz als zentrales Feld der Umweltpolitik. Der Boden ist eine entscheidende Komponente in den Ökosystemleistungen. Der Beitrag stellt die vielfältigen Funktionen des Bodens vor, seine (dramatischen) Gefährdungen durch Versiegelung und intensive landwirtschaftliche Nutzung sowie seine weltweite ungerechte Übernutzung durch die Industrienationen (z. B. land grabbing, Fleischkonsum). Die Multifunktionalität des Bodens, insbesondere die Eigenschaften eines öffentlichen Gutes, macht es schwierig, Nutzungsrechte zu definieren, so dass häufig zu Fehlanreizen kommt (128). Der Bodenschutz verlangt sowohl eine Umorientierung der Landwirtschaft (was der Politik schwer fällt) als auch eine umfassende Transformation der Agrar- und Ernährungssysteme.

Mattias Kiefer fasst die Positionen der christlichen Sozialethik zum Schutz des Bodens zusammen. Am Beispiel des Erzbistums München-Freising beschreibt er

anschließend die vielfältigen Ziel- und Interessenskonflikte, in die Kirchen „als Träger öffentlicher Belange“ (150) bei der Verwendung oder Verpachtung ihres Grundbesitzes geraten.

Den letzten Teil des Tagungsbandes zur Rolle des „Wachstums“ in der Umweltpolitik eröffnet Johannes Wallacher mit dem Thema „Wachstum im Dienst nachhaltiger Entwicklung“. Er plädiert für einen erweiterten Gemeinwohlbegriff als Grundlage der Nachhaltigkeit mit einer „verschärften Sozialpflichtigkeit“ gegenüber den Gemeingütern (158). Sein Beitrag bietet eine knappe wie informierte Zusammenfassung der gegenwärtigen Debatte um das (Post-)Wachstum und konkretisiert sie auf den „grundlegenden Wandel“ durch eine sozial-ökologische Modernisierung (165).

Tobias Gumbert und Doris Fuchs teilen in ihrem Beitrag „Nachhaltige Entwicklung ist Wohlstand ohne Wachstum“ den Optimismus einer marktorientierten ökologischen Modernisierung nicht. Sie verweisen auf ein „gigantisches Marktversagen“ (177). Wirtschaftlicher Wohlstand und Naturverbrauch lassen sich nicht entkoppeln. Sie argumentieren eindringlich Nachhaltigkeit und Gemeinwohl als demokratische Herausforderungen in den Blick zu nehmen (was in den anderen Beiträgen nur am Rande erwähnt wird), insbesondere in der Frage: „Was heißt für uns ‚gut zu leben‘ im Rahmen biophysischer Grenzen.“ (180)

Christian Müller bezweifelt die These, dass Wachstum und Nachhaltigkeit ein Widerspruch sind. „Ein Verzicht auf

wirtschaftliches Wachstum wäre keine Lösung der angesprochenen Herausforderungen, sondern ein zusätzliches Problem.“ (191) Müller verweist anhand von empirischen Studien auf die engen Zusammenhänge von wirtschaftlichen Wachstum mit Verteilung, Beschäftigung, Lebenszufriedenheit sowie Rechtsstaat und Demokratie. Er kritisiert die „grundlegende Ablehnung marktwirtschaftlicher Systeme“ (191).

Die Einsicht in die dramatischen umweltpolitischen Herausforderungen ist der gemeinsame Ausgangspunkt der Autorinnen und Autoren. Sie hält ihre unterschiedlichen Positionen trotz zum Teil gegenseitiger Kritik zusammen. Dieses Ringen um erfolgreiche Ansätze und Instrumente der Umweltpolitik unterscheidet das Buch von der lähmenden Blockade der Rede und Gegenrede im gegenwärtigen öffentlichen politischen Diskurs. Zwar gibt es gegenwärtig ein überraschendes und erstaunliches öffentliches Interesse an den ökologischen Themen, aktuell getragen von den Sorgen um das Insektensterben und der Fridays for Future-Bewegung. Gleichzeitig gewinnen die rechtspopulistischen Parteien an Zulauf, die die umweltpolitischen Herausforderungen generell in Abrede stellen. Schon von der Notwendigkeit einer zukunftsfähigen Umweltpolitik zu überzeugen, braucht es ein beharrliches, ausdauerndes Engagement. Das lesenswerte Buch „Umweltpolitik: global und gerecht“ bietet dazu reichlich Argumentationsfutter.

Detlef Herbers, Dortmund



Wolfgang Thierse: Integrity, Decency, Respect ... It is not what you say, but how you say it? On the Style of Political Communication in Times of Globalization and Digitalization

The trust in democracy and the social constitutional state recedes alarmingly. Considering globalization, digitalization and immigration, customs and things you take for granted are dissolving. The complexity of the future seems uncertain and daunting and the wish for easier authoritarian reliabilities is growing. This dangerous crisis requires the active defense of the democracy. Therefore, there will be stated ten central aspects to strengthen it.

The following text documents the speech given by Wolfgang Thierse during the Kommendefest in November 2018.

Oliviero Angeli: Migration as Problem of Modern Democracies

In controversies about the "refugee crisis" migration is seen as a new challenge. But behind the current phenomenon of migration is a long evolution of democratic national states defined by territory, and their welfare policy, which has let migration become a "problem". Recently, the strong political polarization between traditional and liberal ideas of society, the dispute about who belongs to the "nation" and who not, has emerged. However, the obvious tension between migration and democracy can not be solved one-sided. Modern democracies have to just not live with the pluralism and rivalry of political views about controversial themes as migration but they should have the argument about truth and justness in the open.

Rolf Ahlrichs: Against the Hazards of Democracy. Chances of Participatory Democracy Building in Associations

A differentiated view on the causes of the current division of the society and the connected crisis of the democracy shows subjacent fears of a social, economic and political loss of control. Against it, there are increasing demands for different types of Democracy Building. However, they lack a democratic-theoretical as well as an institutional and educational basis.

This article suggests a lifeworld understanding of democracy that overcomes the dominant ideas of competitive democracy and integrates the previously excluded groups in democratic decisions in terms of a deliberative or radical democracy. This raises the question where people can make such experiences with democratic negotiation processes. And thus leads to local authorities and, especially, to municipal associations as a place for a discursive public sphere

Ute Scheub: Empowerment and Future of the Democracy

Democratic self-determination and participation is practically a physical and emotional basic need. It has to do with the human voice and wish for response and connection. The usual fixation on electoral democracy over here does not satisfy those wishes. In order to save the endangered democracy, it should be added participatory and direct types. Such types are suitable for all levels, from small villages to the EU.

Oliver Hidalgo: Normative-Theoretical Dimensions of the Democracy in History and Present

From the democracy it is often said that it is a normative contingent, inconsistent and incoherent idea, which does not keep its idealistic promises because of that. A systematizing and synoptic view in the complex intellectual and conceptual history shows however, that although contradictory principles are subsumed under this concept, they offer an intersubjective discursive frame at the same time. In this frame, the normative issues and political conflicts can be carried out in an authentic way. The article at hand would like to demonstrate how from such democratic "antinomies" a specific normativity arises, which gives the democracy its actual characteristic, and no epistemic disorientation.



Wolfgang Thierse : Sérieux, bienséance, respect ... Est-ce le ton qui fait la chanson ? Sur le style de la communication politique à l'ère de la mondialisation et du numérique

La confiance dans la démocratie et l'Etat de droit social s'affaiblit de façon alarmante. Face à la mondialisation, la numérisation et l'immigration, les habitudes et les évidences se dissolvent. La complexité de l'avenir crée des sentiments d'insécurité et de peur. Il y a une nostalgie croissante pour des certitudes simples et autoritaires. Cette crise menaçante exige une défense active de la démocratie. A cette fin, le texte présente dix aspects majeurs susceptibles de la renforcer. Il est identique au discours, prononcé par Wolfgang Thierse lors de la fête de la « Kommende » en novembre 2018.

Oliviero Angeli : La migration en tant que problème des démocraties modernes

Dans les controverses autour de la « crise des réfugiés », la migration est perçue comme un nouveau défi. Derrière le phénomène migratoire actuel se cache une longue histoire de développement d'États-nations démocratiques définis territorialement et de leurs politiques de providence, qui ont fait de la migration un « problème ». A l'heure actuelle, en revanche, il existe une forte polarisation politique entre les idées traditionnelles et les conceptions libérales de la société. Elle s'est manifestée dans le conflit sur l'appartenance (ou non) au « peuple ». Dans ce contexte, la tension en-

tre migration et démocratie, qui va en s'accroissant, ne peut être résolue unilatéralement. Les démocraties modernes ne doivent pas seulement vivre avec la pluralité et la concurrence d'opinions politiques sur des sujets controversés tels que la migration – elles devraient gérer ouvertement les conflits au sujet de la vérité et la pertinence.

Rolf Ahlrichs : Contre les dangers de la démocratie. Les chances d'une éducation à la démocratie participative dans l'association

Un examen différencié des causes de la scission actuelle de la société et de la crise de la démocratie qui s'y rattache, révèle des angoisses profondes vis-à-vis d'une perte de contrôle aux niveaux social, économique et politique. Pour y faire face, on revendique de plus en plus de différentes formes de formation démocratique qui, cependant, manquent de bases théoriques au niveau de la démocratie aussi bien qu'à celui des institutions et de la pédagogie. L'article propose une conception de la démocratie basée sur la vie quotidienne, qui surmonte l'idée dominante de la démocratie de concurrence et intègre dans les décisions démocratiques – dans la lignée d'une démocratie délibérative ou radicale – des groupes jusqu'ici exclus. Là se pose la question de savoir où les gens peuvent acquérir des expériences concernant les processus de négociation démocratique. Cela renvoie à la commune et particulièrement à l'association communale comme lieu de vie publique et de débat.

Ute Scheub : Renforcement et avenir de la démocratie

L'autodétermination et la codécision démocratiques sont des besoins fondamentaux voire physiques et affectifs. Ils renvoient à la voix humaine et au désir de résonance et de relation. La fixation sur la démocratie électorale, qui est habituelle dans nos pays, n'y répond pas. Si l'on veut sauver la démocratie menacée, il faudrait la compléter par des formes participatives et directes. Des exemples montrent que de tels formats conviennent à tous les niveaux, du petit village à l'UE.

Olivier Hidalgo : Dimensions normatives et théoriques de la démocratie dans l'histoire et le présent

On dit souvent que, du point de vue normatif, la démocratie est une idée contingente, inconsistante et incohérente, et que, de ce fait, elle ne peut tenir ses promesses idéalistes. Un regard qui tente de systématiser et de faire une synthèse des idées qui marquent l'histoire complexe du concept de « pouvoir du peuple », révèle en effet les principes contradictoires que ce concept comporte. Pourtant, ceux-ci déploient un cadre de débat intersubjectif dans lequel les querelles normatives et les différends politiques de la démocratie peuvent s'exprimer d'une façon authentique. Cet article veut démontrer comment de ces « antinomies » démocratiques ne résulte aucune désorientation épistémologique mais plutôt une normativité spécifique qui donne à la démocratie sa véritable caractéristique.



SCHWERPUNKTTHEMEN DER BISHER ERSCHEINENEN HEFTE

- | | | | |
|--------|---|--------|---|
| 4/2006 | Markt für Werte (vergriffen) | 3/2013 | Geschlechtergerechtigkeit |
| 1/2007 | Lohnt die Arbeit? | 4/2013 | Altern und Pflege |
| 2/2007 | Familie – Wachstumsmittel der Gesellschaft? | 1/2014 | Ressourcenkonflikte |
| 3/2007 | Zuwanderung und Integration | 2/2014 | Solidarität in Europa |
| 4/2007 | Internationale Finanzmärkte (vergriffen) | 3/2014 | Die Würde der Tiere ist antastbar |
| 1/2008 | Klima im Wandel | 4/2014 | Freihandel |
| 2/2008 | Armut / Prekariat | 1/2015 | Transnationale Steuerung |
| 3/2008 | Gerüstet für den Frieden? | 2/2015 | Kirche und Geld |
| 4/2008 | Unternehmensethik | 3/2015 | Ethik in der Stadt |
| 1/2009 | Wie sozial ist Europa? | 4/2015 | Laudato si' |
| 2/2009 | Hauptsache gesund? | 1/2016 | Soziale Ungleichheit |
| 3/2009 | Caritas in veritate | 2/2016 | Korruption und Compliance |
| 4/2009 | Wende ohne Ende? | 3/2016 | Inklusion und Behinderung |
| 1/2010 | Gerechte Energiepolitik | 4/2016 | Umstrittener Pluralismus |
| 2/2010 | Steuern erklären | 1/2017 | Was darf Leben kosten? |
| 3/2010 | Neue Generation Internet – grenzenlos frei? | 2/2017 | Europa und Afrika – Partnerschaft auf Augenhöhe? |
| 4/2010 | Agrarpolitik und Welternährung | 3/2017 | Ökumenische Sozialethik |
| 1/2011 | Zivilgesellschaft | 4/2017 | Konsumethik |
| 2/2011 | LebensWert Arbeit | 1/2018 | Digitalisierung gestalten |
| 3/2011 | Wohlstand ohne Wachstum? | 2/2018 | Terrorismus und Terrorismusbekämpfung |
| 4/2011 | Soziale Marktwirtschaft für Europa? | 3/2018 | Wohnen |
| 1/2012 | Religionspolitik | 4/2018 | Steuergerechtigkeit |
| 2/2012 | Was dem Frieden dient | 1/2019 | Politik der Transformation – Transformation der Politik |
| 3/2012 | Finanzmärkte und Staatsschulden | 2/2019 | Demokratie neu stärken |
| 4/2012 | Stark gegen Rechts | | |
| 1/2013 | Bevölkerungswachstum | | |
| 2/2013 | Menschenrechte interreligiös | | |



VORSCHAU

Heft 3/2019

Schwerpunktthema: Mobilität – Verkehr – Transport

Heft 4/2019

Schwerpunktthema: Nationalstaat und nationale Identitäten

Heft 1/2020

Schwerpunktthema: Sozialethische Ansprüche an die Kirchenreform

